



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

91. Sitzung

Hannover, den 8. März 2016

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen des Präsidenten	9073
<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i>	9073

Zur Geschäftsordnung:

Björn Försterling (FDP)	9073, 9079
Kai Seefried (CDU)	9075, 9076
Grant Hendrik Tonne (SPD).....	9077
Helge Limburg (GRÜNE).....	9077
Ulf Thiele (CDU).....	9078

Außerhalb der Tagesordnung:

Unterrichtung durch den Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz über eine Durchsichtung durch die Staatsanwaltschaft zum Themenkomplex „Ritterhude/Organo Fluid“	9079
Stefan Wenzel , Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz	9079

Tagesordnungspunkt 2:

Abgabe einer Regierungserklärung mit dem Titel „Integration von Flüchtlingen - Unterwegs auf einem langen Weg“ - Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten - Drs. 17/5301.....	9080
Stephan Weil , Ministerpräsident	9080, 9082, 9087
Björn Thümler (CDU)	9089, 9092
Johanne Modder (SPD).....	9097, 9099, 9100
Christian Dürr (FDP)	9101
Anja Piel (GRÜNE).....	9106

Tagesordnungspunkt 3:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/4928 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung - Drs. 17/5292.....	9109
Hans-Dieter Haase (SPD)	9110, 9112
Adrian Mohr (CDU).....	9112
Christian Dürr (FDP).....	9112, 9116
Jens Nacke (CDU).....	9113
Gerald Heere (GRÜNE)	9115, 9116
Stephan Weil , Ministerpräsident	9116
<i>Beschluss</i>	9117
(Direkt überwiesen am 08.01.2016)	

Tagesordnungspunkt 4:

Erste Beratung:

Gesetz zur institutionellen Stärkung und Weiterentwicklung des Zweckverbandes „Großraum Braunschweig“ - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 17/5290.....	9117
Detlef Tanke (SPD).....	9118
Angelika Jahns (CDU)	9119, 9122
Gerald Heere (GRÜNE)	9122, 9123
Ulrich Watermann (SPD)	9122
Björn Försterling (FDP)	9124
<i>Ausschussüberweisung</i>	9125

Tagesordnungspunkt 5:

Abschließende Beratung:

Freies WLAN in Niedersachsen: Freifunk unterstützen, Bürgernetze ausbauen! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/4524 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung - Drs. 17/5260 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/5314 9125

Maximilian Schmidt (SPD) 9126

Axel Miesner (CDU) 9128

Belit Onay (GRÜNE) 9129

Horst Kortlang (FDP) 9130

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 9131

Beschluss 9132
(Erste Beratung: 80. Sitzung am 13.11.2015)

Tagesordnungspunkt 6:

Abschließende Beratung:

Europäische Stahlindustrie - vor unlauterem Wettbewerb schützen und für faire Handelsbedingungen im internationalen Stahlmarkt sorgen! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/4972 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung - Drs. 17/5261 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 17/5289 9133

Stefan Klein (SPD) 9133

Maaret Westphely (GRÜNE) 9134

Dirk Toepffer (CDU) 9135

Jörg Bode (FDP) 9136, 9137

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD) 9137

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 9137

Beschluss 9139
(Erste Beratung: 87. Sitzung am 22.01.2016)

Tagesordnungspunkt 7:

Abschließende Beratung:

Rechnung über den Haushalt des Niedersächsischen Landesrechnungshofs (Einzelplan 14) für das Haushaltsjahr 2014 - Antrag des Landesrechnungshofs - Drs. 17/5243 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/5293 9139

Beschluss 9139
(Direkt überwiesen am 24.02.2016)

Tagesordnungspunkt 8:

Abschließende Beratung:

Diskriminierung in Sicherheitsbehörden entgegenreten - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/3838 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 17/5255 9139

Belit Onay (GRÜNE) 9139, 9141

Karsten Becker (SPD) 9141, 9147

Thomas Adasch (CDU) 9143

Jan-Christoph Oetjen (FDP) 9145

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport 9146

Jens Nacke (CDU) 9147, 9148

Beschluss 9148
(Erste Beratung: 70. Sitzung am 17.07.2015)

Tagesordnungspunkt 9:

Erste Beratung:

Barrierefreier Zugang zum Recht muss auch in Niedersachsen gewährleistet sein! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/5278 9148

Mechthild Ross-Luttmann (CDU) 9149, 9152, 9154

Andrea Schröder-Ehlers (SPD) 9150, 9153

Dr. Marco Genthe (FDP) 9151

Helge Limburg (GRÜNE) 9151, 9153

Antje Niewisch-Lennartz, Justizministerin... 9154

Ausschussüberweisung 9155

Tagesordnungspunkt 10:

Erste Beratung:

CO₂-Reduktion, weniger Lärm und Vision Zero mit Tempo 30 - Modellversuche ermöglichen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5285 9155

Susanne Menge (GRÜNE) 9155, 9158

Gabriela König (FDP) 9157, 9158

Gerd Ludwig Will (SPD) 9159, 9160

Jörg Bode (FDP) 9160

Karsten Heineking (CDU) 9161

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 9162

Ausschussüberweisung 9163

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführerin	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Klaus Krumfuß (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Elke Westen (GRÜNE)
Schriftführerin	Hilgriet Eilers (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Stephan Weil (SPD)	Staatssekretär Dr. Jörg Mielke, Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Boris Pistorius (SPD)	Staatssekretär Stephan Manke, Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Peter-Jürgen Schneider (SPD)	Staatssekretär Frank Doods, Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Cornelia Rundt (SPD)	Staatssekretär Jörg Röhmann, Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD)	Staatssekretärin Erika Huxhold, Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Olaf Lies (SPD)	Staatssekretärin Daniela Behrens, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Christian Meyer (GRÜNE)	
Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)	Staatssekretärin Stefanie Otte, Justizministerium
Ministerin für Wissenschaft und Kultur Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)	
Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz Stefan Wenzel (GRÜNE)	

Beginn der Sitzung: 13.33 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie namens des Präsidiums. Die beiden Schriftführer und ich wünschen Ihnen zunächst einen guten Tag.

(Zurufe: Guten Tag, Herr Präsident!)

- Danke.

Ich eröffne die 91. Sitzung im 33. Tagungsabschnitt des Landtages der 17. Wahlperiode.

(Unruhe)

- Ich darf bereits jetzt um die erforderliche Ruhe bitten.

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen des Präsidenten

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen es längst, aber ich will es von dieser Stelle noch einmal sagen: Heute ist der Weltfrauentag. Das möchte ich in Erinnerung rufen.

(Beifall - Johanne Modder [SPD]: Ja!)

Ob wir das nun mit Glückwünschen verbinden - wie auch immer -: Sie finden auf Ihrem Platz ein Kärtchen, auf dem Sie über Frauenorte erfahren. Ich denke, dass wir dem Anliegen der Bedeutung des Weltfrauentages am besten dadurch gerecht werden, dass wir in unserem politischen Tun, in den Debatten - nicht nur über die nächsten drei Tage - einfach deutlich machen, wie sehr wir im gesellschaftlichen Leben, aber auch in der Politik die Arbeit von Frauen schätzen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf bereits jetzt die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen.

Zur Tagesordnung: Die Einladung für diesen Tagungsabschnitt sowie die Tagesordnung einschließlich des Nachtrages und der Information zu den von den Fraktionen umverteilten Redezeiten liegen Ihnen vor. - Ich stelle das Einverständnis des Hauses mit diesen geänderten Redezeiten fest. Die heutige Sitzung soll demnach gegen 19.40 Uhr enden.

Für die Initiative „Schulen in Niedersachsen online“ werden in den kommenden Tagen Schülerinnen und Schüler der 12. Klasse der Fachoberschule Wirtschaft der BBS Papenburg mit einer Onlineredaktion live aus dem Landtag berichten. Die Patenschaft dafür hat der Abgeordnete Busemann übernommen.

(Beifall)

Sie ersehen daraus, auch Präsidenten haben Wahlkreise.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr Herr Brinkmann als Schriftführer mit.

Schriftführer Markus Brinkmann:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: von der Fraktion der SPD Herr Uwe Schwarz, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Heinrich Scholing, von der Fraktion der FDP Frau Almuth von Below-Neufeldt sowie Herr Dr. Gero Hocker.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Brinkmann. - Meine Damen und Herren, es gibt auch ein freudiges Ereignis mitzuteilen. In den frühen Morgenstunden wurde ein kleiner Jonas geboren. Ich darf Ihnen berichten, Mutter und Kind, der Vater, aber auch die Großeltern, insbesondere der Vizepräsident Klare, freuen sich über dieses Ereignis und sind wohlauf.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir wollen jetzt in die Tagesordnung eintreten. - Herr Kollege Försterling meldet sich aber **zur Geschäftsordnung**. Bitte sehr!

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens der FDP-Fraktion beantrage ich die Erweiterung der Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt um den Punkt „Unterrichtung der Landesregierung zur Versetzung einer Lehrkraft an ein Gymnasium in Göttingen“.

Im Rahmen der 86. Sitzung des Landtages habe ich unter Tagesordnungspunkt 13 c die Landesregierung zu dem Vorgang einer Versetzung einer Lehrkraft an ein Gymnasium in Göttingen befragt.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ja, richtig!)

In der Sitzung selbst sowie in der 87. Sitzung des Landtags konnte die Landesregierung zu diesem Vorgang keine Auskunft geben. In der Folge unterrichtete das Kultusministerium mit Schreiben vom 22. Januar 2016 und mit Schreiben vom 26. Januar 2016 über den Vorgang. Die Kultusministerin unterrichtete den Kultusausschuss in seiner Sitzung am 29. Januar 2016.

Dem Aktenvorlagebegehren von FDP und CDU vom 29. Januar wurde durch die Landesregierung erst am 3. März 2016 entsprochen und damit nach Aufstellung der Tagesordnung für den 33. Tagungsabschnitt. Aus den Akten ergibt sich, dass die bisherigen Unterrichtungen der Kultusministerin lückenhaft, bewusst irreführend und falsch sind.

(Beifall bei der FDP)

Mit der Unterrichtung durch das Kultusministerium am 22. Januar 2016 um 17.26 Uhr wurde mitgeteilt, dass eine Versetzung der vom Fragesteller angesprochenen Lehrkraft nicht ausgesprochen worden sei. Diese Unterrichtung ist bewusst irreführend; denn bereits um 11.17 Uhr desselben Tages, also noch während der Sitzung des Landtags, in der eine Unterrichtung möglich gewesen wäre, wurde die Staatssekretärin über den zuständigen Referatsleiter vonseiten der Niedersächsischen Landesschulbehörde wie folgt informiert - ich zitiere -: Frau XYZ wird seitens der Niedersächsischen Landesschulbehörde an das Theodor-Heuss-Gymnasium versetzt.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Wir stellen fest, dass die Unterrichtung bewusst irreführend ist und der Sachverhalt nicht zutreffend dargestellt worden ist, indem wichtige, dem Ministerium bekannte Details weggelassen worden sind. Damit hat die Landesregierung entsprechend dem sogenannten Bartling-Urteil gegen Artikel 24 der Niedersächsischen Verfassung verstoßen.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es! -
Christian Grascha [FDP]: Einmal mehr!)

Wir erwarten eine wahrheitsgemäße und vollständige Unterrichtung durch die Landesregierung in diesem Tagungsabschnitt.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

In der Unterrichtung durch das Kultusministerium vom 26. Januar 2016 wird ausgeführt, dass die Leiterin des Ministerbüros den Referatsleiter unter Verweis auf die Sicherstellung der Unterrichtsver-

sorgung angewiesen hat, die Versetzung der Lehrkraft zu veranlassen, und anschließend ein Telefonat mit der Niedersächsischen Landesschulbehörde geführt worden sei. Diese Darstellung entspricht ebenfalls nicht der Wahrheit.

(Björn Thümler [CDU]: Was?)

Den Akten zufolge gab es am 20. November 2015 ein Telefonat zwischen der Niedersächsischen Landesschulbehörde und dem zuständigen Referatsleiter des Kultusministeriums. Hier wurde dargestellt, dass die Versetzung bereits abgelehnt worden sei, im Hinblick auf die Unterrichtsversorgung an der Oberschule Badenhausen.

(Zuruf von der CDU: Ach nee!)

Dennoch hat am 3. Dezember 2015 die Ministerbüroleiterin die Versetzung entgegen der bisherigen Beurteilung durch die Niedersächsische Landesschulbehörde angewiesen.

(Björn Thümler [CDU]: Was? - Jörg Bode [FDP]: Ach!)

In der bisherigen Darstellung wurde der Landtag über die zeitliche Abfolge der Geschehnisse getäuscht.

(Zuruf von der FDP: Unglaublich!)

Wir erwarten eine wahrheitsgemäße und vollständige Unterrichtung durch die Landesregierung in diesem Tagungsabschnitt.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Der zuständige Referatsleiter erklärte im Nachgang der Veröffentlichung der Unterrichtung vom 26. Januar 2016 gegenüber seinem Abteilungsleiter, dass die eben genannte Passage nicht zutreffend sei und auch die Ministerbüroleiterin nicht auf eine zu sichernde Unterrichtsversorgung hingewiesen habe.

(Jörg Bode [FDP]: Was?)

Vonseiten des Kultusministeriums gab es bisher keine weiteren Versuche, den Sachverhalt lückenlos aufzuklären und die falsche Darstellung gegenüber dem Landtag zu korrigieren.

(Björn Thümler [CDU]: Was?)

Auch hierin liegt ein Verstoß gegen Artikel 24 der Niedersächsischen Verfassung. Wir erwarten eine wahrheitsgemäße und vollständige Unterrichtung durch die Landesregierung.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

In der 58. Sitzung des Kultusausschusses führte die Kultusministerin aus:

„Das Verfahren, das bei der Landesschulbehörde mit dem entsprechenden Prüfvorgang abgelaufen ist, war ganz normal.“

Auch diese Darstellung ist falsch. Dem Kultusministerium ist am 20. November 2015 mitgeteilt worden, dass der Versetzungsantrag abgelehnt wird, beruhend auf einer aktenkundigen Verfügung des Dezernats 3 der Niedersächsischen Landesschulbehörde vom 16. November 2015. Das übliche Verfahren war damit abgeschlossen.

(Christian Grascha [FDP]: So ist es!)

Es folgte ein unübliches Versetzungsverfahren auf Weisung des Kultusministeriums, aufgrund dessen die zuständige Bearbeiterin der Niedersächsischen Landesschulbehörde am 22. Dezember 2015 die Versetzung an das Theodor-Heuss-Gymnasium verfügte und die Lehrkraft auch darüber informiert wurde.

(Björn Thümler [CDU]: Was?)

Noch am 22. Januar wurde dem Kultusministerium mitgeteilt, dass die Lehrkraft wunschgemäß versetzt werde. Erst nach dem Bekanntwerden des Vorgangs ist dieser gestoppt worden.

Wir erwarten in diesem Tagungsabschnitt erstens eine Entschuldigung der Landesregierung für die falschen Unterrichtungen, die bisher erfolgt sind, und zweitens eine wahrheitsgemäße und vollständige Unterrichtung durch die Landesregierung zu dieser Versetzungsaffäre. Wir als Parlament haben ein Recht darauf, dass die Landesregierung Sachverhalte nicht schön, sondern sie so darstellt, wie sie tatsächlich gewesen sind. Das ist bisher nicht erfolgt, und dafür muss sich die Landesregierung in diesem Tagungsabschnitt rechtfertigen.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Försterling. Ich darf Ihren Antrag im Sinne von § 75 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung so deuten: Sie wollen eine Unterrichtung in diesem Tagungsabschnitt, also heute.

(Jörg Bode [FDP]: Wenn die Landesregierung noch lesen muss, dann meinetwegen auch morgen früh!)

- Es könnte eine gewisse Vorbereitungszeit angemessen sein. Wir klären das ab.

Ebenfalls zur Geschäftsordnung hat sich Herr Kollege Seefried, CDU-Fraktion, gemeldet. Bitte!

Kai Seefried (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Vorgänge rund um die Versetzungsaffäre werfen nach wie vor Fragen auf, die jetzt endlich vollständig und wahrheitsgemäß durch die Kultusministerin aufgeklärt werden müssen. Daher unterstützen wir den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung, damit dies hier endlich dem Parlament gegenüber umfassend durch die Kultusministerin erfolgen kann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Akteneinsicht, die seit dem vergangenen Donnerstag möglich ist, hat manche Information, die wir haben, bestätigt, vor allem aber weitere Fragen eröffnet.

Es ist nach wie vor offen, warum das Büro der Kultusministerin entgegen allen Hinweisen und Vorgaben die Versetzung schriftlich angeordnet hat. Dass es dies getan hat, geht eindeutig aus den Akten hervor - in anderem zeitlichen Zusammenhang, als es das Kultusministerium bisher der Öffentlichkeit versucht hat darzustellen.

Laut den Akten hat der zuständige Referatsleiter am 20. November - das ist zehn Tage, nachdem die Anfrage dort ankam - in einem handschriftlichen Vermerk darauf hingewiesen, dass der Vorgang des Versetzungsantrages bereits abgeschlossen sei und aufgrund der schlechten Unterrichtsversorgung an der abgebenden Schule keine Freigabe erfolgen könne. Hierzu findet sich in den Akten auch die schriftliche Bestätigung der Landesschulbehörde, Regionalabteilung Braunschweig, vom 16. November.

(Björn Thümler [CDU]: Was?)

Damit ist eindeutig belegt, dass genau an dieser Stelle dieser Vorgang hätte beendet werden müssen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Trotzdem hat - wieder handschriftlich - die Büroleiterin am 3. Dezember, wie sie dort vermerkt, die Versetzung an ein Gymnasium/eine IGS im Raum

Göttingen veranlasst. Die Frage ist: Was ist in der Zwischenzeit passiert? - Die Büroleiterin trifft eine solche Entscheidung doch nicht allein. Es muss doch Rücksprachen und Anweisungen durch die Ministerin gegeben haben. Hier fehlen nach wie vor die Antworten, und diese Antworten erwarten wir in diesem Plenarabschnitt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie aus den Akten ebenfalls hervorgeht, hätten wir all diese Antworten auch schon während der Januar-Plenarsitzung haben können. Bereits am Donnerstag, als die Dringliche Anfrage hier im Parlament diskutiert wurde, hat der zuständige Referatsleiter ausweislich der Akten die Niedersächsische Landesschulbehörde in Braunschweig um umgehende Unterrichtung über den Sachstand gebeten. Von dort wurde ihm bereits am nächsten Morgen, am Freitag, dem 22. Januar, noch vor Beginn des Plenartages, um 8.31 Uhr, geantwortet. In dieser E-Mail heißt es: Frau XY wird seitens der Niedersächsischen Landesschulbehörde an das Theodor-Heuss-Gymnasium versetzt. - Diese Mail, die der Referatsleiter bekommen hatte, ging drei Minuten später bei der Staatssekretärin, Frau Huxhold, ein.

(Jörg Bode [FDP]: Ach!)

Sie alle erinnern sich an die Abläufe in diesem Parlament an jenem Freitag. Am Ende des Plenartages hat die FDP hier nochmals die Debatte eröffnet und gesagt: Wir wollen jetzt Antworten haben. - Und wie war die Reaktion des Ministeriums? - Obwohl - wie wir heute wissen - diese Informationen vorlagen, hat das Ministerium beharrlich geschwiegen und keine Antworten geliefert. Im Gegenteil: Der Ministerpräsident hat die Debatte beendet.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es gewesen!)

Wir wollen jetzt endlich die Antworten wissen, die wirklich dahinterstecken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Spannend ist jedoch

(Helge Limburg [GRÜNE]: Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege!)

- Herr Kollege, das ist zur Geschäftsordnung -,

(Anja Piel [GRÜNE]: Na ja! - Helge Limburg [GRÜNE]: Das ist aber eine sehr kreative Auslegung!)

wie sich dann die Tonart im weiteren Verfahren geändert hat. Hieß es morgens noch in den Akten: „wird ... versetzt“, hieß es in der Stellungnahme, die am Nachmittag durch das Ministerium gekommen ist: Bis heute ist keine Person an eine andere Schule versetzt worden.

Hier ist die Öffentlichkeit bewusst getäuscht worden. Der Sachverhalt ist bewusst ein einem anderen Zusammenhang dargestellt worden. Es ist bewusst lückenhaft und auch nicht wahrheitsgemäß unterrichtet worden. Wir wollen hier jetzt endlich die wahrheitsgemäße Gesamtsituation hören.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn es - zur Geschäftsordnung - eines letzten Beleges bedarf, dann will ich noch einmal darstellen, wie irreführend - das hat der Kollege Försterling eben schon gesagt - hier geantwortet worden ist. Denn das Kultusministerium schrieb in seiner Pressemitteilung vom 26. Januar - als das Verfahren durch das Ministerium beendet worden war -:

„Die Leiterin des Ministerinbüros bat dennoch um weitere Veranlassung und wies gleichzeitig auf die zu sichernde Unterrichtsversorgung hin.“

Nach Veröffentlichung dieser Pressemitteilung um 15.44 Uhr widersprach der Referatsleiter um 18.06 Uhr, also gut zwei Stunden später, schriftlich gegenüber seinem Abteilungsleiter dieser Darstellung

(Glocke des Präsidenten)

und wies darauf hin, dass er nicht *gebeten*, sondern *schriftlich angewiesen* worden sei, diese Versetzung zu veranlassen.

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Oh!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Kai Seefried (CDU):

Ich glaube, mehr Belegen bedarf es nicht, dass wir hier eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu erwarten haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Seefried. - Es hat sich jetzt für die SPD-Fraktion Herr Tonne zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte!

(Unruhe)

- Ruhe, bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Tonne hat das Wort.

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mittlerweile überlegt man sich ja zu Beginn eines jeden Sitzungsabschnittes, womit jetzt wieder versucht wird, viel künstliche Aufregung zu erzeugen.

(Lachen bei der CDU - Christian Dürr [FDP]: Falscher Textbaustein, Herr Tonne!)

Heute ist es wieder einmal die Situation um die Versetzung einer Lehrkraft.

Meine Damen und Herren, in beiden Redebeiträgen, die wir gerade eben gehört haben - - -

(Christian Grascha [FDP]: Verfassungsbruch ist schon ziemlich schwerwiegend!)

- Herr Kollege Grascha, hier liegt überhaupt kein Verfassungsbruch vor. Ich finde, Sie sollten sich einmal in Ihrer Wortwahl mäßigen. Das wäre sehr angemessen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Sie verlieren doch dauernd beim Staatsgerichtshof! - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Verfassungsbruch ist bei Ihnen doch an der Tagesordnung!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alles das, was hier eben dargestellt worden ist und an vermeintlichen Widersprüchen aufgezählt worden ist, haben wir bereits im Rahmen der Debatten um die Unterrichtung im Kultusausschuss gehabt und beantwortet.

(Zurufe von der FDP: Nichts! Null! - Ulf Thiele [CDU]: Herr Tonne, Sie sind nicht informiert!)

Es stünde Ihnen gut zu Gesicht, wenn Sie die Debatte um den Vorgang der Versetzung und die Versetzungsverfügung einmal etwas differenzierter betrachten würden. Das haben Sie beide offensichtlich nicht getan.

(Ulf Thiele [CDU]: Es gibt Aktenbelege dafür, dass die Unwahrheit gesagt wurde, Herr Tonne!)

Es besteht keine Veranlassung für eine Erweiterung der Tagesordnung in diesem Abschnitt. Wenn es weitere Fragewünsche gibt, kann dies gerne im nächsten Kultusausschuss geschehen.

(Zuruf von der CDU: Unverschämtheit! - Christian Dürr [FDP]: Wussten Sie von der Entscheidung der Landesschulbehörde? Waren Sie in Kenntnis?)

Ihre Sachverhaltsschilderung bzw. das, was Sie an Fragen aufwerfen, wurde mehrfach beantwortet,

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Nein! - Das ist falsch!)

sowohl im Ausschuss als auch schriftlich. Es besteht für Ihren Antrag kein Bedarf.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Ebenfalls zur Geschäftsordnung Herr Kollege Limburg!

(Unruhe)

- Ich darf um die notwendige Ruhe bitten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal stelle ich fest, dass die beiden schulpolitischen Sprecher der Oppositionsfractionen hier die Wortmeldungen zur Geschäftsordnung genutzt haben, um eine inhaltliche Debatte zu starten.

(Christian Grascha [FDP]: Das ist aber Kritik am Präsidenten!)

Unter dem Deckmantel eines Geschäftsordnungsantrags, Herr Kollege Grascha, wurden hier unbewiesene Behauptungen in den Raum gestellt.

(Christian Dürr [FDP]: Die stehen in den Akten!)

Nichts von alledem, was Sie hier gesagt haben, ist substantiell neu oder erweitert substantiell die von Ihnen vorher erhobenen Vorwürfe.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Wussten Sie vorher, Herr Limburg, was die Landessschulbehörde entschieden hat?)

Belege habe ich den Wortbeiträgen auch nicht entnehmen können.

(Christian Grascha [FDP]: Es waren doch Zitate aus den Akten!)

Im Übrigen möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Sie selber die normalen parlamentarischen Mittel kennen. Wenn Sie, wie Sie selber gesagt haben, seit vergangenem Donnerstag diese Akteneinsicht haben, hätten Herr Seefried und Herr Försterling selbstverständlich die Möglichkeit gehabt, am Montag diese Themen im Rahmen der Aktuellen Stunde, als Dringliche Anfrage oder Ähnliches einzubringen.

(Jörg Bode [FDP]: Da war die Frist schon abgelaufen! - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Herr Försterling hat das alles dargestellt!)

Das alles haben Sie nicht getan, weil es Ihnen dann offenbar doch nicht so wichtig war, sondern Sie das Thema lieber auf diesem Wege hier einbringen wollten.

Ich schließe mich den Ausführungen des Kollegen Tonne an. Wenn Sie weitere Fragen und Ausführungen haben, dann tun Sie das an den dafür vorgesehenen Stellen, aber nicht hier im Plenum.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von der FDP: Absurd!)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege.

(Unruhe)

Wenn Ruhe eingekehrt ist, hat Herr Thiele zur Geschäftsordnung das Wort.

Ulf Thiele (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Tonne, Herr Limburg, unser Eindruck ist, dass Ihre Fraktionen bisher die Akten nicht gesehen haben.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Ja!)

Wäre das der Fall, könnten Sie hier nicht sagen, dass der Kultusausschuss umfänglich informiert wurde und der Sachverhalt im letzten Plenarsit-

zungsabschnitt und darauffolgend im Kultusausschuss aufgeklärt worden ist; denn der Akteninhalt belegt eineindeutig,

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Es ist eindeutig, dass Sie nicht zugehört haben!)

dass das Ministerium dem Parlament bzw. dem Kultusausschuss gegenüber zum Teil unvollständig und in Teilen sogar unwahr und in der Öffentlichkeit unwahr argumentiert hat. Das heißt im Klartext, dass das Parlament falsch informiert wurde und nicht nur unvollständig.

Es ist das Gebot der Fairness und des klugen Umgangs zwischen Landesregierung und Parlament, so schnell wie möglich diesen Sachverhalt aufzuklären und die bisher unwahren Äußerungen, die in der Öffentlichkeit dargestellt wurden, auszuräumen.

Wenn die Ministerin das nicht tut - ich sage das in allem Ernst -

(Johanne Modder [SPD]: Ist das zur Geschäftsordnung?)

und wenn die Parlamentsmehrheit die Aufklärung dieser Affäre hier im Parlament mit Einstimmigkeit verhindert,

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Was ist das denn für eine Wortwahl? Das ist doch abenteuerlich!)

dann laufen Sie Gefahr, dass nicht nur der Staatsgerichtshof, sondern möglicherweise auch ein dafür eingesetztes Gremium dieses Parlaments das tun muss.

(Christian Grascha [FDP]: Vetternwirtschaft ist das!)

Wenn die Ministerin das verhindern will, dann sollte sie jetzt an dieses Mikrofon treten, spätestens morgen früh, und das Parlament wahrheitsgemäß und vollständig informieren.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Thiele. - Abschließend, vermute ich, noch einmal Herr Försterling zur Geschäftsordnung!

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich haben wir eben die Chance genutzt, allen hier im Haus und damit auch der Landesregierung deutlich zu machen, wo die Unterschiede zwischen der bisherigen Darstellung der Kultusministerin und der Landesregierung auf der einen Seite und der Aktenlage auf der anderen Seite sind.

(Christian Grascha [FDP]: Oder stimmen die Akten nicht?)

Ich finde, es muss doch der Anspruch eines Parlaments sein, noch in diesem Tagungsabschnitt Auskunft darüber zu bekommen, ob entweder unvollständige Akten vorgelegt worden sind oder die Landesregierung bisher den Sachverhalt nicht richtig dargestellt hat.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Sie haben nicht zugehört! Das ist der Punkt!)

Genau darum muss es doch gehen! Es ist doch das Recht dieses Parlaments, von einer Landesregierung die Wahrheit zu erfahren! Wir wollen doch nichts anderes, als die Wahrheit über diesen Vorgang wissen!

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen zu diesem Geschäftsordnungsantrag liegen nicht vor.

(Christian Dürr [FDP]: Warum meldet sich der Herr Ministerpräsident nicht? Das hat er das letzte Mal auch gemacht! - Christian Grascha [FDP]: Er ist für die Verfassung zuständig! Dann ist er auch für Verfassungsbruch zuständig!)

Das Petition der FDP und der CDU ist, diesen Punkt - ich bezeichne ihn einmal als Komplex „Versetzung einer Lehrerin“ - in den heutigen Tagungsabschnitt aufzunehmen. Wenn wir denn so beschließen würden, wäre damit über den Zeitpunkt noch nichts gesagt. Ich würde dann weitergehend einen Vorschlag machen oder die Parlamentarischen Geschäftsführer bitten, einen Vorschlag zu machen, damit wir die Tagesordnung für heute entsprechend gestalten könnten. Wie gesagt: sofern das eine Mehrheit findet.

Selbst wenn wir - diesen Hinweis gebe ich auch hier mehrheitlich die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes beschließen, löst das nicht zwangsläufig die Verpflichtung der Landesregierung aus, tatsächlich auch zu reden. Das hat jede Regierung so herum und so herum stets in der Hand.

Nachdem ich das noch einmal erklärt habe, darf ich das Haus fragen, wer dem Antrag von Herrn Försterling und anderen auf Unterrichtung zu diesem Komplex „Versetzung einer Lehrerin“ beipflichten möchte. Wer also dafür ist, das heute noch in die Tagesordnung aufzunehmen, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Zweite war die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sind sicherlich innerlich darauf eingestellt, dass es jetzt unter dem Tagesordnungspunkt 2 zu einer Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten zum Komplex „Flüchtlingspolitik“ kommt. Ich möchte Sie aber darüber in Kenntnis setzen, dass sich kurze Zeit vor Beginn des heutigen Tagungsabschnitts der Herr Umweltminister gemeldet hat, um hier eine Unterrichtung vorzunehmen, und zwar - ich darf das so bezeichnen - zum Komplex „Ritterhude“. Ist das richtig? - Er nickt. Auch innerhalb der Landesregierung ist abgestimmt, dass diese Unterrichtung vor der Regierungserklärung stattfindet.

Außerhalb der Tagesordnung:

Unterrichtung durch den Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz über eine Durchsichtung durch die Staatsanwaltschaft zum Themenkomplex „Ritterhude/Organo Fluid“

Dazu erteile ich jetzt Herrn Umweltminister Wenzel das Wort. Bitte sehr!

(Christian Dürr [FDP]: Das geht jetzt, aber das andere nicht! Das ist unglaublich!)

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke für die Gelegenheit, Sie kurz zu unterrichten.

Die Staatsanwaltschaft Verden hat heute, am 8. März 2016, Räumlichkeiten des Gewerbeaufsichtsamtes Cuxhaven im Rahmen eines laufen-

den Ermittlungsverfahrens auf Beschluss des Amtsgerichts Verden durchsucht. Konkret geht es um den Verdacht der Bestechlichkeit gegen eine beschuldigte Person des Amtes im Zusammenhang mit der Aufsichtstätigkeit über den Betrieb Organo Fluid in Ritterhude.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass die Landesregierung zur Unterstützung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bereits am 11. Mai 2015 den Abschlussbericht der Koordinierungsgruppe vom niedersächsischen Innenministerium, vom niedersächsischen Sozialministerium und vom niedersächsischen Umweltministerium an die Staatsanwaltschaft übergeben hat. Zu dem laufenden Verfahren der Staatsanwaltschaft kann die Landesregierung keine Auskunft geben.

Ich danke Ihnen herzlich fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Minister Wenzel. - Meine Damen und Herren, diese Unterrichtung hat etwa eine Minute gedauert. Diese Unterrichtung löst - so denn Bedarf besteht - eine Aussprache mit entsprechenden Redezeiten aus. Besteht Bedarf?

(Jörg Bode [FDP]: Nein, das war ja die Wahrheit!)

Es gibt keine Wortmeldungen zu dieser Thematik. Von daher können wir diese Unterrichtung jetzt so für sich stehen lassen.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 2:

Abgabe einer Regierungserklärung mit dem Titel „Integration von Flüchtlingen - Unterwegs auf einem langen Weg“ - Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten - Drs. 17/5301

Zunächst gibt der Herr Ministerpräsident die angekündigte Regierungserklärung unter dem Titel „Integration von Flüchtlingen - Unterwegs auf einem langen Weg“ ab. Herr Ministerpräsident, ich erteile Ihnen das Wort. Bitte sehr!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn wir in diesen Tagen auf die politische Lage in Europa und in Deutschland schauen, dann se-

hen wir eine kombinierte Krise. Es ist eine seit Monaten anhaltende Unfähigkeit in Europa, auf die großen Flüchtlingswanderungen gemeinsam zu reagieren. Es ist gleichzeitig eine europäische Krise, weil damit auch die Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft insgesamt gefährdet ist.

Minister Stefan Wenzel und ich haben vor acht Tagen in Brüssel Gespräche führen können. Wir hatten Gelegenheit, in kurzer Zeitabfolge Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, Parlamentspräsident Martin Schulz und eine ganze Reihe von in diesem Zusammenhang wichtigen Mitgliedern der Europäischen Kommission zu sprechen. In allen diesen Gesprächen ist uns eine tiefe Sorge im Hinblick auf die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft begegnet.

Wie sieht es derzeit mit der Aufnahme von Flüchtlingen in unserem Land aus? - Seit dem Jahresbeginn hat Niedersachsen ca. 16 000 Menschen aufgenommen. Das entspricht einem Wochen-durchschnitt von etwa 1 800 Menschen oder mehr als 250 Menschen täglich. Wer an dieser Stelle erleichtert über den Rückgang der Zugangszahlen gegenüber den Erfahrungen der letzten Monate ist, der, meine Damen und Herren, freut sich zu früh. Denken wir nur an die Situation der Flüchtlinge in Griechenland an der Grenze zu Mazedonien! Dort warten Zehntausende von Menschen auf die Weiterreise, größtenteils nach Deutschland. Bedenkt man dann noch die schlechten Witterungsbedingungen in dieser Jahreszeit, gibt es nur eine Schlussfolgerung: Es gibt leider keinen Grund zur Entwarnung. Wir brauchen dringlich eine Lösung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich hinzufügen: Mehr denn je bin ich davon überzeugt: Es gibt nur eine vernünftige Lösung, aber viele unvernünftige Lösungen. Es gibt entweder eine gemeinsame europäische Vorgehensweise oder eine Reihe von nationalen Alleingängen. Bei Letzterem - das sehen wir in diesen Tagen jedes Mal aufs Neue sehr deutlich, wenn wir Nachrichten schauen - sind Leidtragende die Flüchtlinge. Das sehen wir auf dramatische Weise auf dem Balkan. Das zeigt eindringlich, wie schnell wir eine Lösung benötigen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der gestrige EU-Gipfel war vor diesem Hintergrund sicherlich nicht der erhoffte Durchbruch, aber sehr

wohl ein Zeichen der Hoffnung. Durch die neuen Vorschläge der Türkei zeichnet sich nun zum ersten Mal die Chance ab, zu einer gemeinsamen Lösung auch innerhalb der Europäischen Union zu gelangen, zu einer Lösung, die den Schleusern das Handwerk legt, zu einer Lösung, die ein Europa der offenen Grenzen bewahrt, und zu einer Lösung, die künftige Zuwanderung planbar macht auf der Grundlage von Kontingenten.

Meine Damen und Herren, hoffen wir gemeinsam darauf, dass es in den nächsten Tagen und Wochen tatsächlich zu dieser Lösung kommen wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Antworten auf diese Fragen sind auch von entscheidender Bedeutung für die innere Entwicklung bei uns in Deutschland. Wir sehen doch genau, vor welcher Aufgabe wir stehen. Im vergangenen Jahr waren alle Beteiligten in einem permanenten Krisenmanagement gefordert, Massenobdachlosigkeit zu verhindern. Das ist in Niedersachsen gelungen. Mein Dank gilt den Kommunen für ihr Engagement sowie den Bediensteten des Landes, ob sie nun in den Aufnahmeeinrichtungen oder bei der Polizei oder an anderen Stellen angepackt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vor allem aber erleben wir bis zum heutigen Tage eine überwältigende Hilfsbereitschaft der Mitglieder von Hilfsorganisationen, der Kirchen, vieler anderer Organisationen und Tausender Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren. Diese Erfahrungen machen Mut für die nächste Etappe, in der wir nun stehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die jetzt anstehende Aufgabe wird noch schwieriger sein. Zu Recht rückt nun die Integration in den Mittelpunkt des Interesses. Gewiss nicht alle, aber sehr viele Flüchtlinge werden viele Jahre und vielleicht auch für immer bei uns in Niedersachsen bleiben. In ihrem Interesse und im Interesse von uns allen sollen sie so schnell und so gut wie irgend möglich in unserer Gesellschaft ankommen und Teil unserer Gemeinschaft werden. Das ist gut für die Menschen, um die es geht und die noch einmal etwas machen wollen aus ihrem Leben. Und das ist für eine erfolgreiche Zukunft unserer ganzen Gesellschaft notwendig, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In dieser Grundhaltung, so denke ich, sind wir uns in Niedersachsen in hohem Maße einig. Das zeigt vor allem die Resonanz auf die Initiative „Niedersachsen packt an!“, der inzwischen dankenswerterweise fast alle relevanten Organisationen unseres Landes angehören, einschließlich aller im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien. Wir sind uns in dieser Haltung einig, und wir sollten diese Einigkeit auch immer nach vorne stellen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich einen Zwischenstand über die Integrationsarbeit und einen Ausblick darauf geben, wo wir bei den Integrationsbemühungen stehen und wohin wir wollen.

Ein besonders wichtiges Handlungsfeld ist zunächst einmal die Wohnungspolitik. Es ist doch gar keine Frage, dass der Druck auf dem Wohnungsmarkt gestiegen ist. Alleine die Nachfrage nach Wohnraum für die Menschen, die zu uns gekommen sind, beeinflusst die Verhältnisse und auch den Mietmarkt. Ich nehme dieses Thema außerordentlich ernst. Eine Konkurrenz zwischen denjenigen, die neu dazugekommen sind, und denen, die auch schon bisher Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt hatten, müssen wir unbedingt vermeiden. Das wäre Gift für den sozialen Frieden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aus Anlass einer aktuellen Diskussion füge ich hinzu: Eine solche Sichtweise als Neiddebatte abzutun, halte ich wirklich für abwegig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In Niedersachsen sind wir vorangegangen. Sozialministerin Cornelia Rundt hat bekanntlich nahezu eine halbe Milliarde Euro für die Förderung von sozialem Wohnungsbau mobilisiert, gemeinsam mit der NBank und unter Nutzung von Entflechtungsmitteln des Bundes. Wir werden auf diese Weise mehr als 5 000 Wohnungen öffentlich fördern können.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Kein Cent eigenes Landesgeld! - Ulf Thiele [CDU]: Wer braucht denn Darlehen bei so niedrigen Zinsen?)

Auf der Bundesebene konzentrieren sich die Diskussionen zwischen dem Bund und den Ländern derzeit auf steuerliche Erleichterungen für den Wohnungsbau. Ich bin optimistisch, dass wir noch in diesem Halbjahr ein entsprechendes Gesetz beschließen können und damit einen weiteren Anstoß für mehr Wohnungsbau geben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Was trägt Niedersachsen denn dazu bei?)

- Es wird Ihnen entgangen sein, aber solche Gesetze bedürfen der Zustimmung des Bundesrates. Folglich ist Niedersachsen sehr intensiv an der Vorbereitung dieses Gesetzes beteiligt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Wie immer! - Christian Grascha [FDP]: Sind Sie dann auch bereit, die Mindereinnahmen zu tragen? Darum geht es doch!)

Das wird aber noch nicht reichen.

(Zurufe - Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident, einen Moment, bitte! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf hier grundsätzlich um die notwendige Ruhe bitten. Es geht um eine Regierungserklärung. Wir haben sicherlich alle Interesse daran, uns das alles anzuhören. Es ist dann Zeit genug, zu debattieren. Wer sich hier jetzt schon hervortut, kann sicherlich einen Zettel für eine Wortmeldung abgeben und dann alles das sagen, was gesagt werden soll.

Bitte sehr, Herr Ministerpräsident!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Das wird aber nicht reichen. Zur Jahresmitte wird Sozialministerin Cornelia Rundt ein Mieterschutzpaket auf den Tisch legen. Damit wird die Mietpreisbremse für eine ganze Reihe von Städten in Niedersachsen eingeführt, und es werden verschiedene andere Maßnahmen ergriffen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir wollen Mieterinnen und Mieter so gut wie möglich vor nicht tragbaren Mietbedingungen oder auch vor einer künstlichen Verknappung des Wohnungsangebotes schützen. Gerade unter den ak-

tuellen Bedingungen muss Mieterschutz nach unserer festen Überzeugung ein besonders wichtiges Anliegen sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nach der Sommerpause wird eine Integrationskonferenz im Rahmen des Bündnisses „Niedersachsen packt an!“ die bisher ergriffenen Maßnahmen bewerten und - so hoffe ich - auch den weiteren gemeinsamen Weg abstimmen.

Lassen Sie mich aber in diesem Zusammenhang eines klar und deutlich sagen: Ich bin der festen Überzeugung, wir werden noch viel mehr öffentlich geförderten Wohnungsbau in diesem Jahr und in den nächsten Jahren benötigen. Unterschätzen wir nicht die Bedeutung der Wohnungspolitik für den sozialen Frieden! Deswegen hoffe ich sehr darauf, dass der Bund sein Engagement in diese Richtung deutlich erhöht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein zweites entscheidendes Handlungsfeld ist die Integration von Kindern und Jugendlichen in unser Bildungssystem. Die Bedeutung dieser Aufgabe liegt klar auf der Hand. Für das weitere Leben von Kindern und Jugendlichen in einer für sie völlig fremden Umgebung ist Bildung der entscheidende Schlüssel. Das gilt für die frühkindliche Förderung in den Kindertagesstätten, das gilt auch für den Besuch der Schule. Die genauen Zahlen werden in den nächsten Wochen ermittelt sein. Derzeit besuchen schätzungsweise 25 000 Kinder und Jugendliche, die nicht die deutsche Sprache sprechen, die Schulen in unserem Land. Dabei handelt es sich zwangsläufig um eine sehr heterogene Gruppe, die von potenziellen Abiturienten bis zu Analphabetinnen und Analphabeten reicht.

Kultusministerin Frauke Heiligenstadt hat durch 20 Bausteine zur Sprachförderung

(Zuruf von der CDU: Wahnsinn!)

den Schulen dafür ein Instrument an die Hand gegeben, das je nach Situation die relativ beste Vorgehensweise ermöglichen soll. Lassen Sie mich dazu nur einige Beispiele erwähnen: Wir haben inzwischen über 700 - über 700! - Sprachlernklassen in Niedersachsen, mehr als 600 in den allgemeinbildenden und 100 in den berufsbildenden Schulen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU)

Bis jetzt hatte ich zweimal Gelegenheit, solche Sprachlernklassen zu besuchen, und ich war tief beeindruckt

(Ulf Thiele [CDU]: Versorgungsquote 20 %!)

von dem spürbaren, mit den Händen zu greifenden Willen, ganz schnell die deutsche Sprache zu lernen und ganz, ganz schnell am allgemeinen Unterricht teilzunehmen.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Ich weiß nicht, ob Sie glauben, Sie könnten mich auf diese Art und Weise aus der Ruhe bringen. Ich versichere Ihnen: Das wird Ihnen nicht gelingen!

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Offensichtlich doch! - Zuruf von Mechthild Ross-Luttmann [CDU])

Nicht weniger eindrucksvoll - - -

Präsident Bernd Busemann:

Einen Moment, Herr Ministerpräsident! - Frau Ross-Luttmann, jetzt ist es aber gut!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier redet nur einer: Das ist der Redner, der Ministerpräsident im Moment. - Bitte!

(Filiz Polat [GRÜNE]: Das ist ja wohl ungehobelt!)

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Vielen Dank. - Nicht weniger eindrucksvoll waren für mich die dortigen Lehrerinnen und Lehrer, die sensibel und zielgerichtet ihre Klassen vorangebracht haben. Lassen Sie mich diesen Lehrerinnen und Lehrern stellvertretend für alle anderen Pädagoginnen und Pädagogen, die sich derzeit in der Sprachförderung ganz besonders engagieren, herzlich danken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das Land hat auch etliche andere Maßnahmen zur Sprachförderung in den Schulen in die Wege geleitet, z. B. integrative Sprachförderkurse. Dafür sind insgesamt 7 500 Lehrerstunden bereitgestellt worden. Auch in diesem Zusammenhang will ich das Engagement von Pädagoginnen und Pädagogen

ganz besonders hervorheben. Über 300 ehemalige Lehrkräfte haben sich entschieden, unserer Bitte folgend aus dem Ruhestand in den aktiven Schuldienst zurückzukehren. Auch dafür ein ganz herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Weitere Schwerpunkte will ich hier gewissermaßen nur im Zeitraffer aufrufen: die Errichtung von 15 Sprachbildungszentren zur Beratung der Lehrkräfte überall in unserem Land, die Einrichtung von inzwischen 150 Sprintklassen in den 70 Berufsschulen - ein höchst nachgefragtes Angebot - usw.

Weil das Thema schon ausführlich im Landtag erörtert worden ist, will ich Ihnen auch einen aktuellen Zwischenstand zum Ausbau der schulischen Sozialarbeit geben. Auf die Ausschreibung von 100 Stellen, mit denen rund 150 Grundschulen versorgt werden sollen,

(Christian Grascha [FDP]: Sind die jetzt schon ausgeschrieben worden?)

gibt es ca. 1 000 Bewerbungen von ca. 450 Bewerberinnen und Bewerbern. Diese Bewerbungen werden jetzt sukzessive geprüft und entschieden. Darüber hinaus sind weitere 167 Stellen derzeit Gegenstand von Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden über ein Gesamtkonzept für die schulische Sozialarbeit. Sie werden nach dem Auslaufen des sogenannten Hauptschulprofilierungsprogramms zum nächsten Schuljahr besetzt werden.

(Jörg Hillmer [CDU]: Sind die nicht zusätzlich?)

Im Zusammenhang mit unseren Schulen möchte ich gerne noch auf einen Aspekt aufmerksam machen, der mir bis jetzt in der Integrationsdebatte etwas zu kurz gekommen zu sein scheint. Integration funktioniert nach aller Erfahrung dann besonders gut, wenn Menschen, vor allem junge Menschen Zeit miteinander zubringen, sich kennenlernen und Freundschaften schließen. Vor diesem Hintergrund ist der zielstrebige Ausbau der Ganztagschulen bei uns in Niedersachsen von ganz erheblicher Bedeutung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben die Förderung des Landes für Ganztagschulen in nur zwei Jahren um mehr als ein Drittel erhöht. Heute sind es mehr als 60 % aller allgemeinbildenden Schulen, die als Ganztags-

schulen gute, sehr gute pädagogische Angebote machen. Niedersachsen wird nach und nach Ganztagschulland. Das hilft uns gerade bei der Integration sehr, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

So wichtig der Blick auf die jungen Menschen ist, die zu uns kommen: Sie sind ja, wie wir wissen, nicht die Mehrheit. Etwa zwei Drittel der Flüchtlinge sind Erwachsene. Das heißt auch, die Erwachsenenbildung steht vor einer enormen Herausforderung.

Ich habe kürzlich ein Gespräch mit dem Deutschen Volkshochschulverband geführt. Diese Expertinnen und Experten haben eindringlich hervorgehoben, wie wichtig es ist, Sprachförderung für erwachsene Flüchtlinge so früh wie möglich und unabhängig von Aufenthaltsstatus oder Bleibeperspektive durchzuführen.

(Zustimmung von Petra Tiemann [SPD])

Auf meine Frage, welches Land in dieser Hinsicht ihres Erachtens Maßstab sei, haben sie zu meiner Freude Niedersachsen genannt. Es ist in der Tat eindrucksvoll, in welcher Breite Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljajić die Sprachförderung für Flüchtlinge in Bewegung gebracht hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Hervorzuheben sind dabei die etwa 700 Sprachkurse, durch die derzeit etwas mehr als 13 000 Flüchtlinge die notwendigen Grundlagen für das Leben in Deutschland erhalten. Am Jahresende sollen es nahezu 33 000 Menschen sein. Auch dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine sehr beachtliche Zahl, wie ich finde.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich ein weiteres Modul hervorheben: In hohem Maße werden die ersten Schritte der Sprachförderung in unseren Städten und Gemeinden auch durch Bürgerinnen und Bürger begleitet, die sich freiwillig zur Verfügung stellen. Etwa 3 000 dieser ehrenamtlich engagierten Menschen wollen wir fortbilden und damit rechnerisch mehr als 40 000 Flüchtlingen ebenfalls eine qualifizierte Anleitung in die deutsche Sprache geben.

Oder - um ein drittes Beispiel zu erwähnen -: Deutsch als Zweitsprache wird in der Ausbildung

der Lehrerinnen und Lehrer in besonderer Weise nachgefragt. Mehr als 500 Studierende haben in Niedersachsen bereits jetzt in wenigen Monaten eine entsprechende Basisqualifikation erhalten und engagieren sich nun ihrerseits in der Sprachförderung. Auch dieses Angebot wollen wir sukzessive in Niedersachsen für Lehramtsstudentinnen und Lehramtsstudenten ausbauen. Das ist ein richtiger Schritt nach meiner Auffassung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese Formen der Sprachförderung werden in der nächsten Woche Gegenstand der ersten Integrationskonferenz des Bündnisses „Niedersachsen packt an!“ sein. Derzeit laufen die Vorbereitungen für diese Konferenz auf Hochtouren, und es gibt ein sehr erfreuliches Interesse: Die Konferenz ist bereits ausgebucht.

Ich freue mich auf die Veranstaltung und bin darauf gespannt. Ich hoffe, an ihrem Ende steht eine klare, zwischen den Beteiligten abgestimmte Förderkette, die es unterschiedlichen Zielgruppen ermöglicht, so schnell wie möglich zu ihrem ganz persönlich erreichbaren Ziel zu gelangen und sich sicher in der deutschen Sprache auszudrücken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Sprachförderung und der Integration in den Arbeitsmarkt. Für die Vermittelbarkeit auf unserem Arbeitsmarkt ist Sprache nun einmal eine zwingend notwendige Voraussetzung.

Dieser Arbeitsmarkt - lassen Sie mich das in diesem Zusammenhang sagen - erweist sich in Niedersachsen nach wie vor als auch im Bundesvergleich besonders robust und aufnahmebereit. Darüber bin ich sehr froh, ebenso über die unverändert anhaltend große Bereitschaft von Unternehmen, sich für die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt zu engagieren. Wir sind für diese Bereitschaft sehr dankbar.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will daran erinnern: Die Zuwanderung von geflüchteten Menschen ist für Niedersachsen in Anbetracht unserer demografischen Entwicklung eine große Chance. Für viele unserer Unternehmen ist der Fachkräftebedarf ein ganz entscheidendes Zukunftsthema. Der Arbeitsmarkt in unserem Land ist schon heute in nicht wenigen Bereichen vom Fachkräftemangel geprägt. Wir werden in der Zu-

kunft auch Zuwanderung benötigen, um an dieser Stelle einen Ausgleich zu erreichen.

Zuwanderung ist also auch ein Gewinn und auch eine Chance, gerade für den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Ohne Nettozuwanderung - das muss immer wieder in Erinnerung gerufen werden - würde das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland in den nächsten zehn Jahren um 4 Millionen bis 5 Millionen Menschen sinken. Wir haben daher allen Anlass, Integration als Zukunftsinvestition und als Chance für Fachkräftesicherung sowie für die duale Berufsausbildung zu begreifen.

Wirtschaftsminister Olaf Lies hat im vergangenen Jahr wichtige Projekte angeschoben, die zeigen, in welche Richtung es gehen wird. Ich nenne die Bestandsaufnahme vorhandener Kompetenzen bei Flüchtlingen, ich nenne das Integrationsprojekt „Handwerkliche Ausbildung für Flüchtlinge und Asylbewerber“, ich nenne die Zentrale Beratungsstelle Arbeitsmarkt und Flüchtlinge des Caritasverbandes für die Diözese Osnabrück als Beispiele.

Die Landesregierung wird in diesen Anstrengungen fortfahren. Aber wir wissen sehr genau, dass wir dabei zwar ein wichtiger, aber eben nur ein Beteiligter sind. Von zentraler Bedeutung sind vor allen Dingen auch die Bundesagentur für Arbeit und übrigens auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Ich hatte erst am gestrigen Tag ein Gespräch mit Herrn Weise, der bekanntlich beiden Behörden in Personalunion vorsteht - eine sehr kluge Entscheidung, wie ich meine. Wir waren uns einig, wir müssen Sprachförderung und Integration in den Arbeitsmarkt gemeinsam entwickeln. Wir müssen die Kräfte bündeln. Wir werden gemeinsam eine Förderkette für Niedersachsen entwickeln. Das geschieht auch mit Blick auf eine weitere Integrationskonferenz, die für Anfang Juni vorgesehen ist. Der Innenminister Boris Pistorius, die Wissenschaftsministerin Gabriele Heinen-Kljajić, Staatssekretärin Behrens aus dem Wirtschaftsministerium, der Chef der Staatskanzlei - wir alle haben dieses gestrige Gespräch mit Herrn Weise als ein sehr ermutigendes Gespräch empfunden. Daran können wir gut anknüpfen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dieses Vorgehen entspricht dem, was ich Ihnen im Kern zur Methode, auch zur Wohnungspolitik und zur Sprachförderung berichtet habe. Wir arbeiten gemeinsam mit den anderen Beteiligten systematisch an abgestimmten Konzepten, an Förderketten. Wir wollen und werden zusammen mit unseren

Partnern solche Konzepte aus einem Guss entwickeln. Das ist der richtige Weg für eine nachhaltige Integration, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich füge hinzu: Selbstverständlich werden wir dabei auch darauf achten, dass alle Angebote und alle Maßnahmen gleichermaßen für Frauen und für Männer zur Verfügung stehen. Auch das ist selbstverständlich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang aber auch die andere Seite der Medaille ansprechen. Integration ist ein gegenseitiger Prozess. Er setzt die Bereitschaft voraus, sich auf eine neue Heimat einzulassen, und er setzt umgekehrt die Bereitschaft voraus, Menschen neu in eine Gemeinschaft aufzunehmen.

An dieser Stelle müssen wir nicht groß darum herum reden: Es gibt eine spürbare Verunsicherung bei vielen Menschen in unserer Gesellschaft. Auf diese Entwicklung setzen dann übrigens auch Rechtsextremisten, deren Aktivitäten unsere Sicherheitsbehörden mit größter Aufmerksamkeit verfolgen. Über 100 Anschläge auf Flüchtlingseinrichtungen hat es in Niedersachsen bislang schon gegeben. Rechtsextremisten verlieren erkennbar immer mehr Hemmungen.

Gerade vor diesem Hintergrund möchte ich aus aktuellem Anlass eines hervorheben: Der Antrag der Bundesländer - aller 16 Bundesländer! -, die NPD zu verbieten, ist heute meines Erachtens noch wichtiger als zum Zeitpunkt der Antragstellung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Rechtsextremisten müssen wissen, dass ihnen der Staat auf den Füßen steht. Sie müssen auch wissen, dass der Staat seine Möglichkeiten nutzt, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zu bekämpfen. In diesem Sinne bin ich auf die anstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sehr gespannt.

Und übrigens: Ich finde es nach wie vor sehr bedauerlich, dass sich Bundestag und Bundesregierung der Initiative der Länder nicht angeschlossen haben. Unser Staat sollte gemeinsam Entschiedenheit demonstrieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Sehr traurig! - Christian Grascha [FDP]: Aus guten Gründen! Dummheit kann man nicht verbieten!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Bundespräsident Joachim Gauck hat in einer seiner, wie ich finde, vielen klugen Reden zum Thema der Flüchtlingsnot vor Kurzem darauf hingewiesen, es gehe darum, „die Besorgten und die Begeisterten“ zusammenzubringen. Genau das ist die Aufgabe. Bürgerinnen und Bürger, die wegen der Zuwanderung Sorgen haben, sind deswegen ja noch lange nicht rechts. Unser Staat - das halte ich für eine ganz wichtige Voraussetzung - muss sehr schnell - und zwar in allen Bereichen - zu einer uneingeschränkten Handlungsfähigkeit zurückfinden und auch Vertrauen zurückgewinnen. Damit meine ich vor allem die Beschleunigung der Asylverfahren und die genaue und für alle öffentlichen Stellen zugängliche Registrierung der Menschen, die in unser Land kommen. Auch das war, wie Sie sich vorstellen können, Gegenstand meines Gesprächs mit Herrn Weise.

Wir müssen aber auch an etwas anderem arbeiten. Heribert Prantl hat kürzlich pointiert ausgeführt:

„Typisch deutsch sind nicht Heimatland, Sauerkraut und Gipfelkreuze. Sondern typisch deutsch sind Demokratie, Rechtsstaat und Grundgesetz“.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es geht also um Werte und um Wertevermittlung.

Deswegen ist es so wichtig, dass die Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen bald wieder ihre Arbeit aufnehmen wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Arbeit des Bündnisses „Niedersachsen packt an!“ besteht nach ihrem Verständnis ebenfalls darin, die Wertegemeinschaft bei uns in Niedersachsen zu betonen. Der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ist sehr groß, die Übereinstimmung in großen Teilen der Bevölkerung ist unübersehbar. Ich bin der festen Überzeugung: Gemeinsam sind wir gut beraten, diese gemeinsame Basis auch in den Vordergrund zu stellen. Lassen wir als Demokraten den Spaltern keine Chance, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wertevermittlung ist auch gegenüber Flüchtlingen enorm wichtig. Die Werte des Grundgesetzes stehen nicht zur Disposition. Sie sind die Grundlage unseres Zusammenlebens. Lassen Sie mich nur einen dieser Werte aus aktuellem Anlass beispielhaft nennen; denn heute - es ist schon gesagt worden - ist der Internationale Frauentag: Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist fundamental für unsere Gesellschaft. Meine Erwartung ist, dass dies bei allen Integrationsangeboten zum Ausdruck kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir leben in einer freien und offenen Gesellschaft. Wir haben den Anspruch auf Toleranz und Vielfalt. Aber wir sind nicht beliebig. Wir werden die Einhaltung staatlicher Regeln konsequent einfordern, Zuwiderhandlungen verfolgen und die öffentliche Sicherheit sehr ernst nehmen. Unter der Verantwortung von Innenminister Boris Pistorius haben wir in Niedersachsen im Jahr 2016 so viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wie noch niemals in unserer Landesgeschichte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich bin diesen Beamtinnen und Beamten für ihre schwierige Arbeit außerordentlich dankbar. Die Polizei in Niedersachsen verdient unser aller Vertrauen und unsere Unterstützung bei ihrer schwierigen Arbeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Nur warme Worte!)

In diesem Zusammenhang möchte ich gerne eine letzte Bemerkung machen: Der Staat steht in dieser Situation auf dem Prüfstand, das ist richtig. Das gilt aber auch, wie wir wissen, für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Dieser Zusammenhalt ist mehr denn je gefordert. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hoffe ich, dass unsere weiteren Beratungen über einen Vertrag mit den großen muslimischen Glaubensgemeinschaften konstruktiv geführt und erfolgreich beendet werden können.

Migrantinnen und Migranten, die sich als Teil unserer Gesellschaft verstehen und sich die Werte unseres Grundgesetzes zu eigen machen, sind gerade gegenüber den vielen Tausend Flüchtlingen in

unserem Land häufig die besten Botschafterinnen und Botschafter. Die damit verbundene Chance sollten wir nutzen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Rahmen einer solchen Erklärung besteht natürlich die Versuchung, in aller Breite und bis in das Letzte Beispiele darzustellen und zu würdigen. Ich habe mich bemüht, mich auf Schwerpunkte zu beschränken; es gäbe noch sehr viel mehr zu berichten.

Ist das alles jetzt viel oder wenig, ist es genug? Nach meiner Überzeugung ist es in diesen wenigen Monaten in einer beeindruckenden Breite und Tiefe gelungen, die Integrationsarbeit mit und für Flüchtlinge zu etablieren. Es ist viel, es ist sehr viel, was geschieht. Das kann man sicher sagen. Das ist vor allem ein Kompliment an die vielen Tausend Menschen, die in allen Teilen unseres Landes in vielfältiger Art und Weise mithelfen, sei es beruflich, sei es durch privates Engagement. Die Haltung dieser Menschen - es kann nicht oft genug wiederholt werden - ist vorbildlich! Einen dieser Menschen erlaube ich mir gesondert zu nennen: Unsere Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf, arbeitet ebenfalls ehrenamtlich. Das verdient eine besondere Anerkennung. - Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU: U! - Christian Grascha [FDP]: Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!)

Aber sind all diese Maßnahmen genug? Es wird kaum jemanden geben, der auf diese Frage mit einem uneingeschränkten Ja antworten wird. Natürlich sehen wir die Grenzen, an die wir stoßen. Das sind nicht zuletzt finanzielle Grenzen. Peter-Jürgen Schneider, unser Finanzminister, geht dabei bis an die Grenzen des verfassungsrechtlich Möglichen.

(Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Ministerpräsident, einen Moment, bitte. - Ich darf um Ruhe bitten. - Weiter geht es!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Sie kennen die Zahlen: Im Jahr 2014 hat das Land 170 Millionen Euro im Zusammenhang mit Flüchtlingen aufgewandt. Im Jahr 2015 waren es ca. 620 Millionen Euro, und in diesem Jahr werden es

voraussichtlich 1,3 Milliarden Euro sein - wenn dieser Betrag denn reicht.

Die Kommunen überall in Niedersachsen - das ist die andere Seite - sehen sich unter einem enormen Druck und werden auch finanziell beansprucht. Das Land wird den Kommunen pro Kopf bekanntlich künftig nicht mehr 6 200 Euro, sondern in diesem Jahr 9 500 Euro und im nächsten Jahr 10 000 Euro zur Verfügung stellen.

(Björn Thümler [CDU]: Zu wenig!)

Darüber hinaus stellt das Land den Kommunen für die Liquiditätsstärkung vorab 250 Millionen Euro jährlich bereit.

Wir tun dies aus der tiefen Überzeugung, dass die Arbeit der Kommunen in Niedersachsen im Zusammenhang mit Unterbringung und Integration von Flüchtlingen allerhöchsten Respekt verdient. Wir wollen das so gut wir irgend können unterstützen. Für das Land und für die Kommunen gilt gleichermaßen, dass ein enormes Engagement und die Bereitschaft zum Handeln nahezu unbegrenzt bestehen, aber die Grenzen der Möglichkeiten ebenfalls sichtbar sind. Die Bürgerinnen und Bürger in den niedersächsischen Kommunen müssen darauf vertrauen können, dass auch künftig ihre Heimatgemeinde den berechtigten Erwartungen gerecht werden kann.

Ich habe jetzt eine staatliche Ebene noch nicht erwähnt. Über alles gesehen beteiligt sich der Bund im Jahr 2016 etwa mit 25 % an den Kosten, die im Zusammenhang mit geflüchteten Menschen entstehen. Ein Viertel - das ist nicht viel, vor allem gemessen an dem Umstand, dass der Bund bekanntlich durchaus seinen eigenen Anteil an der Situation hat.

(Zuruf von der CDU: Sie haben doch verhandelt!)

Ein Viertel - das ist erst recht nicht viel gemessen an der fundamentalen Bedeutung, die Erfolg oder Misserfolg der Integration für die Entwicklung unserer gesamten Gesellschaft haben werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir entscheiden jetzt, in diesem Jahr, darüber, ob die Bundesrepublik in zehn Jahren von sich behaupten kann, die große Herausforderung gemeistert zu haben. Wir stellen jetzt die Weichen dafür, ob unser Land in zehn Jahren stärker oder schwächer sein wird.

Ich betone bewusst die Dimension der Herausforderung, vor der wir derzeit stehen. Notwendig ist eine große gemeinsame Anstrengung aller staatlichen Ebenen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die ganze Gesellschaft muss engagiert und mutig die Arbeit der Integration angehen. Wer wollte bestreiten, dass diese Aufgaben, von denen ich spreche, für die Gesamtheit unserer Gesellschaft bedeutsam sind? Wer wollte bestreiten, dass die Mitwirkung des Bundes zur Verbesserung der Lebensverhältnisse erforderlich ist? Genau das sind die Voraussetzungen, die in Artikel 91 a unseres Grundgesetzes für Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder genannt werden.

Bis jetzt fallen darunter die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, die Verbesserung der Agrarstruktur und die Verbesserung des Küstenschutzes. Daran gemessen ist die Integration der vielen, vielen Tausend Menschen in unserem Land doch wohl allemal eine Aufgabe, an der sich der Bund beteiligen muss. Die Finanzminister aller 16 Länder haben in der vergangenen Woche gemeinsam gefordert, der Bund müsse sich zur Hälfte an den Kosten von Ländern und Kommunen beteiligen. Lassen Sie uns darüber reden, und lassen Sie uns dafür streiten, dass eine solche Gemeinschaftsaufgabe Integration künftig der Rahmen für unser gemeinsames Vorgehen ist. Wir brauchen klare Grundlagen für das Engagement des Bundes, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist viel in Bewegung gekommen. Vieles geht in die richtige Richtung, aber vieles wird auch noch geschehen müssen, damit wir Erfolg haben. Integration ist eine Aufgabe von herausragender Bedeutung, die sich die ganze für mich absehbare Zeit unserer Gesellschaftspolitik stellen wird. Anders ausgedrückt: Wir brauchen jetzt nicht in erster Linie Asylpakete und eine Verschärfung des Asylrechts, wir brauchen Integrationspakete für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Frau Pieper gefällt es.

(Björn Thümmler [CDU]: Ja, die hat gelächelt! - Christian Grascha [FDP]: Wir sind einfach nur freundlich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin im Laufe der letzten Monate in vielen Flüchtlingseinrichtungen gewesen. Dort sind mir Menschen begegnet,

vor denen ich großen Respekt habe. Vielleicht sollten Sie sich wenigstens diese Passage einmal in Ruhe anhören.

(Christian Dürr [FDP]: Wir hören die ganze Zeit zu! Wir denken, vielleicht kommt noch was!)

- Ich sage es noch einmal: Dort sind mir viele Menschen begegnet, vor denen ich großen Respekt habe. Sie haben Schicksalsschläge ertragen müssen, die mir in meinem Leben zum Glück erspart geblieben sind. Sie alle suchen Schutz in Deutschland, aber sie hoffen auch, aus ihrem Leben noch einmal etwas machen zu können.

(Zuruf von der CDU: Zwei Millionen?)

Meine Damen und Herren, geben wir ihnen diese Chance, und tun wir damit gleichzeitig unserer gesamten Gesellschaft Gutes!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In Niedersachsen gibt es eine große, beeindruckende Bereitschaft, anzupacken. Die Landesregierung wird alles daransetzen, damit die Integration gelingt. Ich weiß sehr viele Menschen in unserer Gesellschaft dabei auf unserer Seite. Lassen Sie uns also ebenso realistisch wie beherzt, ebenso pragmatisch wie begeistert an diese Aufgabe herangehen, die wir am Ende nur gemeinsam bewältigen können. Lassen Sie uns auf dieser Grundlage für eine gute, gemeinsame Zukunft aller Menschen bei uns in Niedersachsen arbeiten!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für die Abgabe der Regierungserklärung.

Meine Damen und Herren, bevor wir gleich in die Aussprache eintreten, will ich noch etwas zu der Abstimmung über den Antrag von Herrn Försterling vorhin nachtragen: Ich hatte das Haus insgesamt abstimmen lassen, und die Mehrheit hat beschlossen, den Punkt nicht in die Tagesordnung aufzunehmen.

(Jens Nacke [CDU]: Gleichstand!)

Ich hätte es mir auch leichter machen und Sie auf § 66 Abs. 1 Nr. 1 unserer Geschäftsordnung hinweisen und abklären können, ob eine Fraktion oder gar zwei Fraktionen in toto oder mindestens

zehn Mitglieder des Landtages widersprechen. Dem wäre wohl so gewesen. Das Ergebnis wäre aber das Gleiche gewesen. - Das nur zur Korrektheit des Verfahrens.

Meine Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat eine Regierungserklärung abgegeben. Nach unserer Zeitmessung hat sie etwa 38 Minuten gedauert. Nach unseren Gepflogenheiten erhalten für die nun folgende Aussprache die beiden großen Fraktionen die gleiche Zeit - also jeweils 38 Minuten - und die beiden anderen Fraktionen die Hälfte dieser Zeit - also 19 Minuten.

Ich rufe zunächst Herrn Thümler für die CDU-Fraktion auf. Ich darf um Ruhe bitten und erteile Ihnen das Wort. - Bitte sehr!

(Zustimmung bei der CDU)

Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! EU-Sondergipfel und Debatte über Integrationspolitik in Niedersachsen sind zwei Seiten einer Medaille. Die Frage, die sich mir gerade gestellt hat, ist allerdings: Was war eigentlich der Kerninhalt Ihrer Erklärung, Herr Ministerpräsident? Welche Erkenntnisse gab es, und was war daran neu?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Sie hätten zuhören sollen! Das wäre besser gewesen!)

Und wenn Sie schon den Sondergipfel ansprechen, der gestern stattgefunden und zu Ergebnissen geführt hat, die sich durchaus sehen lassen können und die insbesondere auch einige in Ihrer Partei nicht für möglich gehalten hätten, dann wäre es doch vielleicht auch sinnvoll gewesen, das Parlament im Einzelnen über die Ergebnisse dieses Sondergipfels zu unterrichten, bei dem sich die Bundeskanzlerin deutlich durchgesetzt hat

(Johanne Modder [SPD]: Ach! Das ist ja was ganz Neues! Frau Merkel ist gescheitert! Sie hat sich nicht durchgesetzt!)

und in dem Bemühen, die Schleuserrouten zu schließen, die EU-Außengrenzen zu schützen und der Migrationskrise in Europa ein Ende zu bereiten, meine Damen und Herren, einen entscheidenden Schritt weitergekommen ist.

(Johanne Modder [SPD]: Frau Merkel ist gescheitert, Herr Thümler!)

- Liebe Frau Modder, es macht auch keinen Sinn, dazwischenzublöken.

(Zurufe von der SPD: Hey, hey! - Johanne Modder [SPD]: Sie sollten mal Ihre Position korrigieren!)

Sie sollten endlich damit aufhören, in dieser für uns alle schwierigen staatspolitischen Situation ständig zu sagen, dass demokratisch etablierte Parteien in diesem Land diesem Land schaden, und sie damit zu diskreditieren. Das tun Sie nachhaltig - das ist Ihr Problem -, und das ist ziemlich schofelig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Genau das machen Sie in der Union!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Thümler, bitte etwas Vorsicht bei der Wortwahl!

Björn Thümler (CDU):

Wieso, seit wann ist denn „schofelig“ nicht parlamentarisch?

(Johanne Modder [SPD]: Na ja! Dazwischengeblökt! - Doris Schröder-Köpf [SPD]: Entschuldigen!)

Präsident Bernd Busemann:

Der Tiervergleich gehört nicht hierher.

Björn Thümler (CDU):

Der Sondergipfel, meine Damen und Herren, hat deutlich gemacht: Es gibt sichtbare Fortschritte bei der Umsetzung des gemeinsamen Aktionsplans. Die Türkei hat ihre Zusage bekräftigt, die rasche Rückführung aller Migranten zu akzeptieren, die keinen internationalen Schutz benötigen und von der Türkei aus in Griechenland einreisen.

(Doris Schröder-Köpf [SPD]: Sie sollten sich entschuldigen!)

- Wenn Sie da hinten jetzt auch noch anfangen, dazwischenzurufen, können wir das ja klären: Ich nehme den Begriff des „Blökens“ mit dem Ausdruck größten Entsetzens zurück, meine Damen und Herren, und entschuldige mich bei Frau Modder, die natürlich nicht „dazwischengeblökt“, sondern dazwischengerufen hat - wenn Ihnen das lieber ist.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Aber versuchen Sie doch nicht, immer von der Unzulänglichkeit Ihres Ministerpräsidenten abzulenken, hier eine ordentliche Regierungserklärung abzugeben! Das ist doch das Problem, das Sie haben!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Johanne Modder [SPD]: Ach herrje,
Herr Thümler! - Helge Limburg
[GRÜNE]: Wann kommt denn die
Antwort auf die Regierungserklärung?
Darauf warten wir schon seit fünf Mi-
nuten!)

Meine Damen und Herren, die Türkei hat ebenso ihre Zusage bekräftigt, alle in türkischen Gewässern aufgegriffenen nicht schutzbedürftigen Migranten zurückzunehmen.

Wichtig ist diesem Zusammenhang auch der NATO-Einsatz in der Ägäis, der gestern begonnen hat.

Ebenso hilfreich sind die von der Türkei auf dem Gipfel vorgelegten zusätzlichen Vorschläge zur Bewältigung der Migrationsproblematik insgesamt. Bis zum nächsten europäischen Gipfel in der kommenden Woche werden diese Vorschläge in Gesprächen auf Fachebene weiter konkretisiert.

Die Staats- und Regierungschefs haben ebenso Beistand für Griechenland in dieser schwierigen Lage signalisiert; dazu gehört auch die Gewährung finanzieller Soforthilfe. Griechenland soll also alle notwendige finanzielle Unterstützung erfahren.

Schließlich haben die Staats- und Regierungschefs ein ebenso deutliches Bekenntnis zur Rückkehr zum Schengener Grenzkodex abgegeben. Auch das findet unsere volle Zustimmung. Es ist richtig, dass die Politik des Durchwinkens jetzt endlich zügig beendet wird.

Meine Damen und Herren, ich hatte bereits eingangs meiner Rede gesagt, dass Asyl- und Flüchtlingspolitik und die Bemühungen um eine erfolgreiche Integration eng zusammenhängen. Wir dürfen in der Integrationspolitik deswegen nicht den Fehler machen, den wir in den 60er-, 70er- oder gar 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts gemacht haben. Leider klang auch in Ihrer Rede, Herr Weil, wieder dieser übertriebene Missionierungsgedanke durch nach dem Motto: Wir wissen schon, was gut für euch ist. - So wird es eben nicht funktionieren. Wir sollten uns daran halten, die Flüchtlinge, die bei uns sind, zu fragen, was sie wirklich wollen, wie sie in diese Gesellschaft integriert werden wollen und nach welchem Rhythmus jedes Individuum

selbst bereit ist, sich in diese Gesellschaft hinein-zubewegen.

Entscheidend ist, meine Damen und Herren: Das funktioniert nur mit dem Ansatz, dass Flüchtlinge und Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive - um die geht es vorrangig - gefördert und gefordert werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Sie in Ihrer Regierungserklärung sagen, es lägen große Aufgaben vor uns, dann ist das nichts Neues, meine Damen und Herren. Denn die liegen schon seit über einem Jahr vor uns. Nur: Was daraus konkret folgt, das sagen Sie immer noch nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Anja Piel [GRÜNE]: Welche Rede ha-
ben Sie denn gehört, Herr Thümler?)

- Ich habe die Rede sogar gelesen, Frau Piel; stellen Sie sich das vor!

(Johanne Modder [SPD]: Das ist noch schlimmer!)

Ich habe aber selbst beim Lesen nichts Neues entdeckt, außer der Ankündigung, weiter Kongresse abzuhalten, die dazu führen sollen, dass sich viele Menschen in diesem Land mit einer Thematik beschäftigen

(Christian Grascha [FDP]: Nach den Sommerferien!)

- nach der Sommerpause -, bei der die sich aufdrängenden Fragen schon lange hätten geklärt sein können, wenn Sie ausnahmsweise einfach einmal auf die Opposition zugegangen wären. Das haben Sie bis heute nicht fertiggebracht - trotz einer Einstimmenmehrheit. Das ist schon ziemlich erbärmlich, meine Damen und Herren. Ich gehe gleich noch darauf ein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen kann ich Ihnen für die CDU-Fraktion sagen: Wir haben die Herausforderung steigender Asylbewerberzahlen für die Landespolitik sehr frühzeitig nicht nur erkannt, sondern auch darauf hingewiesen und konkrete Vorschläge dazu gemacht, wie man mit diesem Thema umgehen soll.

Bereits am 29. August 2014 haben wir gefordert, dass die Landesregierung Städte und Gemeinden bei der Unterbringung von Flüchtlingen stärker unterstützt. Das war im August 2014, meine Damen und Herren. Über ein Jahr später sind Sie auf

die Idee gekommen, das Amtshilfeverfahren anzuwenden und die Kommunen zu nötigen, Flüchtlinge aufzunehmen. Ein totales Staatsversagen Ihrer Regierungspolitik!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Am 10. Oktober 2014 haben wir die Landesregierung aufgefordert, weitere Erstaufnahmestellen einzurichten. Sie haben das hier mit einem Federstrich abgelehnt. Am 14. Oktober 2014 haben wir von der Landesregierung gefordert, mehr Mittel für Sprachkurse im Bereich der Erwachsenenbildung zur Verfügung zu stellen. - Passiert ist nichts!

Am 27. November 2014 haben wir vom Land ein Gesamtkonzept zur Unterbringung von Flüchtlingen angemahnt, weil in den drei Monaten vorher - nachdem wir diese Anträge gestellt hatten - nichts passiert war.

In der Haushaltsdebatte im Dezember 2014 haben wir in zwei Änderungsanträgen mehr Mittel für Sprachförderung gefordert.

Am 17. März 2015 haben wir die sofortige Übernahme der Unterbringungs- und Beratungskosten für Asylsuchende durch das Land gefordert. Für die Sondersitzung des Landtages Anfang September 2015 haben wir vier Entschließungsanträge und einen Gesetzentwurf vorgelegt. Wir haben u. a. gefordert, Deutschkurse für Flüchtlinge aller Altersgruppen einzurichten. Heute verkaufen Sie es als Erfolg, dass es gelungen ist, in 600 Schulen Sprachlernklassen einzurichten. Wir haben über 3 500 Schulen in Niedersachsen, meine Damen und Herren. In vielen Schulen, in denen Sprachlernklassen dringend benötigt werden, gibt es bis heute keine. Ich glaube nicht, dass das ein Erfolg ist, sondern es ist nachweislich eine Arbeitsverweigerung Ihrer Kultusministerin.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zuruf von Johanne Modder [SPD])

In den Plenarsitzungen im Oktober, November und Dezember 2015 haben wir weitere konkrete Vorschläge gemacht. Beim Sprachförderunterricht für junge Flüchtlinge an Niedersachsens allgemeinbildenden Schulen ging es uns darum, dass das Land hier flexible Lösungen ermöglicht. Schließlich haben wir im Dezember 2015 den Entwurf eines eigenen Niedersächsischen Integrationsgesetzes vorgelegt. Bedauerlicherweise weigert sich Rot-Grün bis zum heutigen Tag, sich überhaupt inhaltlich mit diesem Gesetz auseinanderzusetzen und zu beschäftigen.

(Zuruf von der FDP: Ganz genau!)

Um in Niedersachsen flächendeckend integrationsbegleitende Angebote anbieten zu können, wollen wir Integrationszentren in allen 38 Landkreisen, kreisfreien Städten und der Region Hannover einrichten. Im Integrationszentrum schließen sich Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen, Agenturen für Arbeit, Jobcenter, Arbeitgeberverbände und ehrenamtliche Initiativen in den Kreisen zu einem „Netzwerk Integration“ zusammen. Warum? Damit endlich die Frage von denen richtig koordiniert wird, die wirklich vor Ort dafür die Verantwortung tragen, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU)

und damit der Dilettantismus dieser Landesregierung aufhört. Hier soll jeder einzelne Integrations-schritt abgestimmt und koordiniert werden. Der Asylbewerber erhält einen Anspruch auf integrationskursbegleitende Maßnahmen und die Verpflichtung, an diesen regelmäßig teilzunehmen und gewissenhaft mitzuwirken. Das Angebot an integrationskursbegleitenden Maßnahmen umfasst Sprachkurse, Fortbildungskurse, Betriebspraktika und ebenso Maßnahmen der kulturellen Integration. Es geht uns nachhaltig darum, Arbeitsmarktintegration schon in diesen Integrationszentren zu ermöglichen, den ersten Kontakt zu Betrieben herzustellen und Personal direkt in die Betriebe zu vermitteln. Das ist all das, was heute im Sumpf der Bürokratie nach wie vor steckenbleibt. Natürlich kann letztendlich niemand zu einer erfolgreichen Integration gezwungen werden.

(Unruhe)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Thümler, einen Moment. - Ich darf darum bitten, auf der Regierungsbank ein bisschen Ruhe herzustellen.

(Jens Nacke [CDU]: Hinter der Regierungsbank vor allen Dingen! - Anja Piel [GRÜNE]: Keine Kritik am Präsidium jetzt! Davon gehen wir mal aus!)

- Hinter der Regierungsbank gehört auch dazu.

Weiter geht es, Herr Thümler.

(Jens Nacke [CDU]: Seit fünf Minuten quatschen Watermann und die dahinten rum! Seit fünf Minuten! - Weitere Zurufe)

- Herr Nacke, jetzt ist es gut. - Weiter geht es.

Björn Thümler (CDU):

Natürlich kann letztlich niemand zu einer erfolgreichen Integration gezwungen werden. Ich bin jedoch der Ansicht, dass wir zusätzliche Anreize schaffen müssen, um ein gewisses Maß an Verbindlichkeit bei diesen Integrationsbemühungen auf beiden Seiten zu erreichen.

(Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

Mit einem Integrationsgesetz, das auf den beschriebenen Prinzipien des Forderns und Förderns aufbaut, setzen wir genau das um, was die Unternehmerverbände in Niedersachsen in ihrer Erklärung zum Aktionsbündnis „Niedersachsen packt an!“ gefordert haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir machen deutlich, was wir von den Zuwanderern einfordern und was sie als Unterstützung von uns erwarten dürfen, und zwar nicht nur als unverbindlichen Aufruf, sondern in rechtlich verbindlicher Form.

Meine Damen und Herren, ich finde es deswegen bedauerlich, dass sich Rot-Grün dieser Debatte verweigert, zumal wir mit diesem Gesetzentwurf offene Türen u. a. bei den kommunalen Spitzenverbänden einrennen. In der letzten Woche hat der Landkreistag gefordert, das unkoordinierte Nebeneinander von Sprachkursangeboten verschiedenster Behörden endlich zu beenden. Das ist ein klarer Hilferuf auch an die Landesregierung. Es wird Zeit, Herr Weil, dass Sie die Kommunen mit den Sorgen, Nöten und Bedürfnissen in der Integrationspolitik endlich ernst nehmen und entsprechend kommunalfreundlich handeln.

(Zuruf von Johanne Modder [SPD])

Auch das ist die Wahrheit: Die kommunale Ebene ist das Fundament aller Integrationsbemühungen und sollte auch dementsprechend durch die Politik dieser Regierung behandelt werden. Aber hier ist Fehlanzeige festzustellen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer heutigen Regierungserklärung die Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus herausgestrichen. Leider bleiben Sie mit Ihren Vorschlägen und Konzepten auf halbem Weg stehen.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: So wie immer!)

Die Mietpreisbremse ist eben nicht der Weisheit letzter Schluss. Zudem ist der Mangel an bezahl-

barem Wohnraum eben nicht nur ein Problem in Großstädten, sondern auch in ländlichen Ballungsräumen, und er trifft Städte und Gemeinden im Umland von Großstädten, aber darüber hinaus mindestens genauso.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Die Erfahrungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen in den Kommunen haben in den letzten Monaten im Übrigen gezeigt: Starre Verteilungsquoten lösen keine Probleme, sondern verschärfen sie im Gegenteil zusätzlich. Das gilt gerade für Gegenden, in denen der Wohnraum ohnehin schon knapp ist. - Deswegen: Verabschieden Sie sich von diesen starren Verteilungsquoten, weil sie Gift für eine gelingende Integration sind!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nun wird innerhalb der Bundesregierung seit einigen Wochen ernsthaft über eine Wohnsitzauflage/Residenzpflicht diskutiert. Auch Sie, Herr Weil, haben eine derartige Maßnahme zu Beginn des Jahres ins Gespräch gebracht.

(Gerald Heere [GRÜNE]: Das haben Sie nicht verstanden! Residenzpflicht!)

Sie haben diese Forderung aber niemals wiederholt,

(Gerald Heere [GRÜNE]: Sie haben den Unterschied einfach nicht verstanden!)

vermutlich weil der Widerstand - das klang gerade schon durch - bei den Grünen vehement sein wird. Deswegen werden Sie es leider nicht durchsetzen. Ich sage Ihnen: Die Wohnortzuweisung, die im Prinzip schon bei den Aussiedlern in den 90er-Jahren funktioniert hat, ist auch für die Flüchtlinge der richtige Weg. Sie können dann gut und besser integriert werden, bevor es in Ballungsräumen zu einer Ghettoisierung kommt, durch die viele Problemlagen entstehen, die anschließend mit viel Geld wieder aufgearbeitet werden müssen. Das kann nicht gelingende Integration sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Ministerpräsident hat in seiner Rede einmal mehr die Notwendigkeit einer Grundgesetzänderung betont. Ich finde, die Forderung einer weiteren Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Integration“ hilft uns in der aktuellen Integrationsdebatte keinen einzigen Schritt weiter. Sie können auf die Erfahrungen der Föderalismuskommissionen I und

Il zurückblicken, die unter Federführung des leider zu früh verstorbenen Peter Struck und anderer maßgeblich daran beteiligt gewesen sind, die Finanzbeteiligung endlich zu entflechten und auf ein vernünftiges Niveau und Maß zu bringen. Wenn Sie diesen Schritt wieder durchbrechen wollen, machen Sie das Gegenteil von dem, was Peter Struck immer gewollt hat. Das ist falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Leider, Herr Weil, konnten Sie in Ihrer Regierungserklärung auch nicht der Versuchung widerstehen, die von Herrn Gabriel losgetretene Sozialneiddebatte um einen zweifelhaften Beitrag zu ergänzen.

(Christian Dürr [FDP]: Ja!)

Dabei wissen Sie doch genauso gut wie ich: Niemandem wird in diesem Land etwas weggenommen, weil Flüchtlingen geholfen wird.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Nirgendwo ist gekürzt worden.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es! Im Gegenteil!)

Die Große Koalition hat im Gegenteil unglaublich viel für den sozialen Zusammenhalt in dieser Gesellschaft getan.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn die Große Koalition jetzt den Wohnungsbau stärker fördern wird, dann tut sie das eben nicht nur für die Flüchtlinge, sondern gerade auch für die einheimische Bevölkerung.

(Johanne Modder [SPD]: Richtig ist das! Ja, Gott sei Dank ist das so!)

Deswegen verstehe ich nicht, Herr Ministerpräsident, warum Sie sich und die SPD in dieser Frage so klein machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Ach herrje! - Christian Grascha [FDP]: Genauso ist es! Genauso ist es!)

- Ja, Sie sind ja der Weltmeister im Kleinmachen. Das merkt man jedes Mal bei Geschäftsordnungsdebatten, Herr Tonne. Sie sind nicht bereit, hier parlamentarische Verantwortung zu übernehmen, weil Sie die Kohlen für andere aus dem Feuer holen. Das ist doch die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Weil Sie und Ihre Fraktion bei Unterrichtungen nicht zuhören können! - Zurufe von Johanne Modder [SPD] und Anja Piel [GRÜNE])

- Ich kann doch nichts dafür, Herr Tonne, wenn Ihre Ministerin vier Stunden lang nicht die Wahrheit erzählt.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Unfug ist das! Das wissen Sie doch!)

Das ist doch Ihr Problem. Klären Sie das doch mit ihr. Das Parlament hat ein Anrecht darauf, die Wahrheit minutiös zu erfahren, und darf nicht in die Verlogenheit geführt werden.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta übernimmt den Vorsitz)

Das ist doch die Problematik, vor der wir hier stehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich hätte eigentlich gedacht, dass man aus Schaden klug wird. Dass die Debatte um die Sozialpakete am Ende nur Radikale stärkt, das wissen wir spätestens seit Sonntagabend, als die ersten Trendmeldungen der Kommunalwahlergebnisse in Hessen bekannt wurden.

(Zuruf von Gerald Heere [GRÜNE])

- Wir können uns über die anderen Gründe gerne austauschen. Aber dieser Grund gehört garantiert dazu, weil der Zickzackkurs des Herrn Gabriel sicherlich nicht dazu beiträgt, dass die Politik in der deutschen Gesellschaft als positiv wahrgenommen wird.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

- Gucken Sie sich doch einmal die Wahlenthaltungen in Hessen an, Herr Schremmer! Das ist doch das wahrhafte Problem, das wir haben. Hören Sie auf mit dem Klamauk, den Sie hier andauernd veranstalten!

Meine Damen und Herren, Herr Weil, die von Ihnen in der Regierungserklärung so überschwänglich gelobten Anstrengungen zur Sprachförderung sind bei näherer Betrachtung ein einziges Trauerspiel.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte hier nur einmal festhalten: Die mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2015 bereitgestellten 100 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind immer noch nicht in den Grundschulen angekommen, weil die Ausschreibung erst in der letzten Woche endete, jetzt die Personalauswahl stattfindet und dann, möglicherweise nach Ostern, eine Besetzung stattfindet. Von den 167 weiteren Stellen in diesem Zusammenhang wollen wir gar nicht reden. Es bleibt ein Trauerspiel Ihrer Regierungspolitik, weil Sie nicht in der Lage sind, zusätzliches Geld, das das Parlament Ihnen zur Verfügung stellt, zügig dahin zu bringen, wo es hingehört, nämlich in die Schulen. Das ist ein Versagen Ihrer Kultuspolitik!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Wieso das denn? Sie haben doch dagegen gestimmt!)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat in seiner Rede die Chancen betont, die sich aus Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten ergeben. Nach meinem Dafürhalten klang das recht euphorisch und zum Teil reichlich blauäugig. Ich hätte mir gerade in diesem Punkt schon eine differenziertere Betrachtungsweise gewünscht.

Ich erlaube mir zwei Hinweise: Zum einen sind nicht alle, die einen Asylantrag in Deutschland stellen, tatsächlich auch schutzbedürftig.

(Gudrun Pieper [CDU]: Richtig!)

Viele wollen einfach ihre soziale Situation verbessern. Das ist verständlich, und ich mache den Menschen daraus auch gar keinen Vorwurf. Es ist aber keine Grundlage des Schutzanspruches, der sich aus unserem Asylrecht ergibt.

Zum Zweiten sollten wir nicht von vornherein davon ausgehen, dass alle Flüchtlinge wirklich dauerhaft bleiben wollen. Wir sollten vielmehr der Erwartung Ausdruck verleihen, dass in Syrien irgendwann Frieden einkehrt und diese Menschen in ihre Heimat zurückkehren, um das Land wieder aufzubauen.

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Weil, bin ich ebenso der Auffassung: Als Staat sind wir moralisch berechtigt, die Zuwanderung zu steuern. Wir sollten hier sauber trennen.

Und ja, wir haben als CDU-Landtagsfraktion schon im Frühjahr letzten Jahres Eckpunkte für ein Zuwanderungsgesetz formuliert. Wir haben in einem weiteren Entschließungsantrag dargelegt, wie wir

mit den langjährig Geduldeten, die in diesem Land leben und sich nichts haben zuschulden kommen lassen, weiter umgehen wollen.

(Johanne Modder [SPD]: Wie weit sind Sie denn beim Einwanderungsgesetz?)

Wir wollen jenen Menschen, die langjährig von den Behörden geduldet werden und ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland leben, unter klar formulierten Bedingungen eine mögliche Aufenthaltsperspektive in Niedersachsen und in Deutschland bieten. Auch hierzu hätte ich mir von Ihnen eine klare Aussage gewünscht.

Aber auch hier kam von Ihnen lediglich der plakative Hinweis, mit dem Sie derzeit jedes Interview bestreiten: dass Sie nicht mehr über Asylpakete, sondern über Integrationspakete reden wollten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Sehr richtig! - Christian Grascha [FDP]: Das sind doch nur Worthülsen! - Gegenruf von Johanne Modder [SPD]: Das ist reale Politik!)

Sie scheuen auch hier bewusst den Konflikt in Ihrem grünen Koalitionspartner. Auch diese Art der Realitätsverweigerung geht am Ende zulasten einer gelungenen Integrationspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Denn gerade Ihre Nachlässigkeit bei der praktischen Umsetzung der Asylpakete macht es unmöglich, dass wir uns in Niedersachsen wirklich um Asylbewerber mit guten Bleibeperspektiven kümmern.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat nicht versäumt, den Polizisten in diesem Land für ihren großen Einsatz in diesen Wochen und Monaten zu danken. Ich schließe mich diesem Dank ausdrücklich und gerne an.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch den Innenminister loben. Herr Pistorius, Sie sind gerade dabei, sich von den Grünen zu emanzipieren. Gut so, machen Sie weiter!

(Beifall bei der CDU - Reinhold Hilbers [CDU]: Aber nur so lange, wie es gutgeht!)

Das ist nicht nur gut und notwendig. Die Stärkung der inneren Sicherheit sollte ein gemeinsames Anliegen aller in diesem Landtag vertretenen Fraktionen sein.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie, Herr Weil, es mit der Wertschätzung der Polizei wirklich ernst meinen, dann verstehe ich nicht, weshalb wir morgen in diesem Parlament über einen Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen debattieren, der die Polizeibehörden und den Verfassungsschutz unter den Generalverdacht der Diskriminierung stellt.

(Beifall bei der CDU - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Sie haben den Antrag nicht gelesen, mal wieder nicht!))

Meine dringende Bitte an Sie, Frau Modder und Frau Piel: Ziehen Sie diesen Antrag zurück!

(Beifall bei der CDU)

Herr Weil und Herr Pistorius, an Sie habe ich ebenfalls eine Bitte. Ringen Sie sich doch mit Blick auf den abscheulichen Mordanschlag auf einen Bundespolizisten endlich einmal zu einem klaren Wort des Bedauerns durch.

(Johanne Modder [SPD]: Herr Thümler, jetzt wird es aber wirklich ein bisschen merkwürdig! - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Peinlich!)

Es ist schlimm genug, dass Ihre Sprecher in der LPK am Freitag dazu nicht im Ansatz in der Lage waren.

Meine Damen und Herren, ich hatte gestern Abend die Gelegenheit zu einem ausgiebigen Meinungsaustausch mit Oberbürgermeistern und Bürgermeistern aus ganz Niedersachsen. Die kommunalen Hauptverwaltungsbeamten haben viele wichtige Punkte angesprochen, aber eben auch den, der in der Landkreisversammlung in der letzten Woche Thema war.

Es ist das Problem, dass die Kosten für die Flüchtlingsbetreuung durch das Land mit zwei Jahren Verzögerung erstattet werden und das Geld für die Flüchtlinge aus 2016 erst 2018 fließt. Die Landesregierung verzichtet also nicht nur auf eine volle Kostenerstattung, wie es andere Länder, beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern, tun. Sie zwingen die Kommunen vielmehr zu einer überhöhten Kreditaufnahme, und Sie nötigen sie dann auch förmlich zu zweifelhaften Buchungstricks.

(Beifall bei der CDU)

Die Frage ist: Wie wollen Sie in absehbarer Zeit mit den daraus resultierenden Problemen der kommunalen Ebene umgehen? Auch dazu hätten Sie hier heute ein klärendes Wort sagen sollen,

(Reinhold Hilbers [CDU]: Dann regieren die doch nicht mehr!)

weil - ich wiederhole das - die kommunale Ebene der entscheidende Faktor für das Gelingen der Integrationspolitik in Niedersachsen ist.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion hat in der Asyl- und Flüchtlingspolitik stets einen klaren Kurs gefahren. Das kann man vom Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen nun wahrlich nicht sagen. Die Einlassungen von Herrn Weil zur Flüchtlingskrise in den letzten Monaten glichen einer wahren Achterbahnfahrt. Zugegebenermaßen: An das Niveau von Herrn Gabriel kommen Sie in dieser Frage noch nicht heran, weil er den Zickzackschlag tagtäglich mindestens zweimal wiederholt. Bei Ihnen dauert das meistens mehrere Wochen.

(Johanne Modder [SPD]: Es hat gegessen, was Herr Gabriel gesagt hat!)

Sie reichten von bedingungsloser Unterstützung der Kanzlerin über wohl kalkulierte Kritik, um bundesweit Beachtung zu finden, bis hin zu verantwortungslosem Alarmismus.

(Christian Grascha [FDP]: Blanke Angst vor dem nächsten Sonntag! Das genau ist das Problem!)

In Amerika, meine Damen und Herren, würden Sie glatt als Prototyp des klassischen Flip-Flopers durchgehen.

In Ihrer Regierungserklärung vom September 2015 haben Sie noch völlig euphorisch erklärt: „Die Flüchtlinge von heute sind die Nachbarn von morgen.“

(Wiard Siebels [SPD]: Das stimmt ja auch!)

Je mehr aber die SPD in Umfragen schwächelte, und je kritischer der Kurs der Kanzlerin in der Öffentlichkeit debattiert wurde, umso deutlicher formulierten auch Sie Ihre öffentliche Kritik. Im November und Dezember forderten Sie von der Bundeskanzlerin die Vorlage eines „Plan B“ in der Flüchtlingskrise.

Von Journalisten auf konkrete Vorschläge angesprochen, nannten Sie genau jene Maßnahmen, die die Bundesregierung längst in praktische Politik

umsetzt: Sicherung der EU-Außengrenze, Einrichtung von Hotspots, Bekämpfung der Fluchtursachen. - Dieses Plagiiere, Herr Weil, war wenig kreativ.

In einem Interview der *Welt* vom 15. Januar 2016 forderten Sie Angela Merkel zum Kurswechsel auf, als Sie sagten: „Die Bundeskanzlerin wird sich im Laufe des Jahres korrigieren müssen.“ Sie selbst erklärten für sich und die Politik in Niedersachsen jedoch, dass Sie es nicht mehr schaffen könnten. Das kam schon einer Kapitulationserklärung gleich.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, so viel Kleinmut von einem regierenden Sozialdemokraten und einem grünen Koalitionspartner, der dazu beharrlich schweigt - das war schon bemerkenswert peinlich. Inzwischen schwenken Sie wieder auf den Kurs der Kanzlerin ein, wie am Wochenende auf *dpa* zu lesen war.

Herr Weil, Ihre Haltung in der gesamten Flüchtlings- und Asyldebatte war und ist blanker Opportunismus. Und so reihte sich auch die heutige Regierungserklärung nahtlos in eine Reihe von früheren Regierungserklärungen ein: keine klaren Aussagen, nur schwammige Formulierungen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das, Herr Weil, wurde auch in Ihren Worten zu den Verträgen mit den Muslimverbänden deutlich. Sie haben gesagt, es gebe einen endverhandelten Vertrag. Aber den gibt es nicht. Es gibt keinen endverhandelten Vertrag, sondern es gibt einen Entwurf, den Ihre Landesregierung diesem Parlament jetzt irgendwie überstellt hat. Und dieses Parlament nimmt sich jetzt die Freiheit, diesen Vertrag erst einmal auf eine vernünftige rechtliche Grundlage zu stellen. Weil die Landesregierung genau dazu nicht in der Lage war, liefern wir gerne zu und hoffen, dass wir uns dann darüber angeregt unterhalten können.

Meine Damen und Herren, wenn es Ihnen ernst damit ist, dass Sie eine breite Mehrheit für diesen Vertrag wollen, sollten Sie von Ihrem hohen Ross heruntersteigen. Ansonsten wird es nämlich schwierig; das kann ich Ihnen jetzt schon ankündigen. Ihnen geht es im Kern darum, politisches Kapital daraus zu schlagen - uns hingegen geht es darum, die Muslime tatsächlich in diese Gesellschaft zu integrieren. Das, meine Damen und Herren, ist ein kleiner Unterschied.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Anja Piel [GRÜNE]: Wir nehmen Sie beim Wort! Wir haben ein gutes Gedächtnis, da bin ich gespannt!)

Meine Damen und Herren, wir als CDU-Landtagsfraktion werden weiterhin mit parlamentarischen Initiativen unsere Vorstellungen und Konzepte einer gelingenden Integrationspolitik in diesem Parlament darlegen. Und da wird es auf Dauer auch nicht ausreichen, wenn Sie mit Ihren Einstimmigkeitsmehrheiten in den Ausschüssen und hier im Parlament versuchen, eine Debatte darüber abzuwürgen.

Ich sage es zum vierten Mal und damit endgültig zum letzten Mal: Wenn Sie bereit sind, mit uns darüber zu reden, sind wir es auch. Allerdings kann ich Ihnen dazu sagen: Wir müssen schon gemeinsam einen vernünftigen Weg finden. Wir sind dazu bereit. Wenn Sie es wollen, tun wir es gerne, aber Ihre Bereitschaft war bisher nicht zu erkennen. Dementsprechend habe ich das Angebot noch einmal wiederholt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Thümler. - Für die SPD-Fraktion hat nun Frau Fraktionsvorsitzende Modder das Wort. Bitte!

Johanne Modder (SPD):

Frau Präsidentin, ganz herzlichen Dank.

Herr Thümler, Sie haben ganz am Schluss gesagt, Sie seien zur Zusammenarbeit bereit. Ich nehme das gerne auf. Aber mit Ihrer Rede haben Sie genau den gegenteiligen Eindruck vermittelt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will mich zunächst einmal bei unserem Ministerpräsidenten ganz herzlich für die Regierungserklärung bedanken. Sie hat sehr deutlich unterstrichen, dass jetzt die Zeit gekommen ist, die Integration der Flüchtlinge in den Mittelpunkt unserer Politik zu rücken und miteinander darüber zu reden, wie die Integration gelingt. Ich würde fast sogar so weit gehen zu sagen: Lassen Sie uns das Jahr 2016 zum Jahr der Integration machen!

(Beifall bei der SPD - Uwe Schüemann [CDU]: Was?)

Die vielen Flüchtlinge, die sich auf ihren langen, beschwerlichen und oftmals auch gefährlichen Weg gemacht haben, werden in der großen Mehrzahl entweder längere Zeit bei uns bleiben oder sogar für immer hier eine zweite Heimat suchen - und ich sage ausdrücklich: und hoffentlich auch finden.

Bislang hat unser Land richtigerweise sehr viel Kraft und Energie dafür aufgewendet, dem Zustrom der Flüchtlinge zunächst dadurch gerecht zu werden, dass alle menschenwürdig untergebracht und versorgt werden. Dass dies im Großen und Ganzen auch gelingen konnte, haben wir einem gut funktionierenden Verwaltungsapparat, vor allem aber auch den vielen Hilfsorganisationen und Verbänden und, nicht zu vergessen, den vielen, vielen Ehrenamtlichen in unserem Land zu verdanken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich stelle deshalb fest: Wir haben einen starken Staat, und wir haben eine starke funktionierende Zivilgesellschaft. Unser Dank gilt all denen, die sich Tag für Tag für unser Zusammenleben, für unsere Gesellschaft und damit für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft einbringen. Wir können sehr dankbar und stolz darauf sein, in einem Land leben zu dürfen, in dem das so ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, welche Rolle Europa in dieser Frage zukommt. Der gestrige EU-Gipfel hat aus meiner Sicht aber nichts entschieden, sondern auf die nächste Woche vertagt. Wir wünschen viel Erfolg, keine Frage. Die angeblich überraschenden Vorschläge und Forderungen des türkischen Ministerpräsidenten haben wohl die gesamte Gipfelplanung durcheinandergebracht. Aber war es wirklich so überraschend, dass die Türkei, nachdem sie einen ganz entscheidenden Part in der Flüchtlingspolitik übernommen hat, dann auch Forderungen stellt?

Herr Thümler, ich möchte auf Ihre Rede zurückkommen und Ihnen empfehlen, die Schlagzeilen zu diesem Gipfel zu lesen: Merkel gescheitert - Merkel ohne Zuspruch - Merkel ganz allein.

(Björn Thümler [CDU]: Sie müssen den ganzen Text lesen! - Christian Grascha [FDP]: Wenn Merkel scheitert, scheitert auch die SPD!)

- Sie sollten das mal lesen. Gucken Sie sich das mal an!

(Reinhold Hilbers [CDU]: Wo steht das denn?)

Ich kann meine persönliche Enttäuschung gar nicht in Worte fassen, und ich denke, vielen von Ihnen geht es ähnlich.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Frau Modder! - Herr Kollege Hilbers! Ich möchte noch einmal um Aufmerksamkeit bitten.

(Johanne Modder [SPD]: Das kennen wir ja nicht anders!)

- Noch einen Moment, bitte, Frau Modder! - Bitte!

Johanne Modder (SPD):

Vielen Dank.

Ich kann meine persönliche Enttäuschung gar nicht in Worte fassen, und ich denke, vielen von Ihnen geht es ähnlich, wenn Sie ehrlich sind. Wir sind überzeugte Europäer und stehen für Weltoffenheit und Vielfalt, für ein starkes Europa, aber vor allen Dingen für ein soziales Europa. Und was müssen wir erleben? - Das gemeinsame Ziel „Europa“ scheint nicht mehr das Ziel aller zu sein.

Ich kann nur dringend an Sie, an die Union, appellieren, endlich einmal Ihren Kurs festzulegen. Stehen Sie jetzt hinter Merkel, oder nicht?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Wo steht denn eigentlich die SPD?)

Wie lange wollen Sie es sich noch gefallen lassen, dass aus München immer wieder Störfeuer kommen? Dazu haben Sie, Herr Thümler, leider kein Wort gesagt.

Gipfel wie der gestrige kommen mir manchmal so vor wie ein Basar. Man verhandelt nach dem Motto „keine Leistung ohne Gegenleistung.“ Aber dabei wird völlig vergessen, dass es um Menschen und ihre Schicksale geht, um Männer, Frauen und Kinder. Sie alle kennen diese Bilder.

Ich kann mich noch sehr genau an die letzte Rede unseres Altkanzlers Helmut Schmidt auf unserem Parteitag 2011 in Berlin erinnern. Er hat begeistert von Europa und von der Rolle Deutschlands gesprochen. Er hat uns gemahnt, dieser Rolle gerecht zu werden, für ein starkes Europa zu kämpfen und einzustehen, aber als Deutsche auch nicht überheblich aufzutreten. - Aber genau das ist passiert, besonders in der Griechenland-Krise.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Wir haben sehr viel Vertrauen verspielt, und das müssen wir wieder zurückgewinnen.

(Christian Grascha [FDP]: *Wir haben Vertrauen verspielt?*)

Das wird nicht einfach, auch nicht für Frau Merkel. Es ist richtig, an Europa festzuhalten, an der europäischen Idee, an dem starken europäischen Markt, aber vor allem an dem, was wir erreicht haben: an Frieden und Wohlstand; denn das ist keine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das wird nur gehen, wenn wir gemeinsam für ein starkes vereintes Europa eintreten. Europa ist mehr und sollte mehr sein als Handels- und Finanzbeziehungen. Jetzt, in der Flüchtlingsfrage, muss Europa sich bewähren. Wir dürfen uns nicht zurücklehnen und mit den Grenzschließungen Länder wie Griechenland oder Italien alleine lassen. Und dafür brauchen wir auch die Türkei, auch wenn es manchem schwerfällt. Wir alle kennen die Bilder von der Grenze zu Mazedonien. Auch da wird Unglaubliches seitens der Türkei geleistet.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Fluchtursachen wie Krieg, Terror und Hoffnungslosigkeit treiben die Menschen aus ihren Heimatländern. Deshalb ist und bleibt es richtig, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik, an deren Spitze Frank-Walter Steinmeier steht, setzt dabei auf diplomatische Lösungen, wie z. B. im Syrien-Konflikt. Aber es gehört auch zur Wahrheit dazu, dass wir diesen Ländern ganz massiv bei den Wiederaufbaumaßnahmen helfen müssen. Auch das wird Geld kosten. Darüber müssen wir uns im Klaren sein.

Wir werden die EU-Außengrenzen konsequent schützen müssen, wenn wir unsere Freizügigkeit erhalten wollen.

Die EU muss sich darin einig sein, dass wir Ländern wie der Türkei helfen müssen, die Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen. Auch das, meine Damen und Herren, wird Geld kosten, und auch das muss Europa gemeinsam schultern.

Sie kennen die Forderungen der Türkei auf dem gestrigen Gipfel: weitere 3 Milliarden Euro bis 2018, Visumfreiheit, beschleunigtes Verfahren zum EU-Beitritt und 1:1-Formel bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland.

Ich hoffe sehr, dass wir spätestens in der nächsten Woche zu tragfähigen Lösungen kommen, um das Drama, das sich an den Grenzen abspielt, endlich wirklich in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen in Europa eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge über fest vereinbarte Kontingente. Jeder Mitgliedstaat der EU muss Flüchtlinge in verbindlich vereinbarter, an seiner Leistungsfähigkeit ausgerichteter Zahl aufnehmen.

Aber diese Plan- und Steuerbarkeit brauchen wir auch in unserem eigenen Land. Wir kritisieren schon seit Monaten das Versagen des BAMF und des Bundesinnenministers, Thomas de Maizière. Wir brauchen schnellere Verfahren und schneller Klarheit darüber, wer bleiben kann und wer unser Land wieder verlassen und zurückgeführt werden muss. Diese Klarheit brauchen nicht nur wir und unsere Kommunen, sondern in erster Linie auch die Flüchtlinge, die zu uns kommen. Das ist von ganz entscheidender Bedeutung.

Da keiner von uns wirklich verbindlich sagen kann, wie viele Flüchtlinge in diesem Jahr zu uns kommen und bleiben werden, müssen wir jetzt unsere ganze Kraft auf eine gelingende Integration konzentrieren. Unser Ministerpräsident hat an den Schwerpunkten Sprache, Bildung, Arbeit und Wohnen, wie ich finde, sehr deutlich gemacht, was alles schon geleistet wurde und wird, und das - auch wenn Sie es nicht hören mögen, meine Damen und Herren - kann sich wirklich sehen lassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir alle wissen aber auch: Wir werden uns bei dieser Aufgabe auf einen langen Weg begeben müssen. Die Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie wird uns eine sehr lange Zeit fordern, und sie wird sehr viel Geld kosten.

Genau deshalb ist es völlig richtig, die Diskussion darüber zu führen, wer sich eigentlich wie an welchen Kosten beteiligen muss. Ich halte daher den Vorschlag, sich auf Bundesebene jetzt endlich nicht auf weitere Asylpakete - die Sie auf der rechten Seite gerne wollen -, sondern auf Integrationspakete zu verständigen, für völlig richtig und, ehrlich gesagt, längst überfällig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In dieser Debatte wird sehr deutlich, was Sie von uns unterscheidet: Sie setzen auf weitere Asylpakete, auf Verschärfungen des Asylrechts - wir setzen auf Zusammenhalt in der Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich halte auch den Vorschlag unseres Ministerpräsidenten Stefan Weil, die Integrationsleistungen dauerhaft als Gemeinschaftsaufgabe zu verankern, für völlig richtig. Wir können doch nicht ernsthaft jedes Jahr aufs Neue darüber streiten, ob und in welcher Höhe die Kosten von wem übernommen werden. Wollen Sie den Kommunen das ernsthaft antun, jedes Jahr neu bangen zu müssen, ob sie die Projekte weiterführen können oder nicht? - Deswegen kann man die Integrationsleistungen nur als Gemeinschaftsaufgabe des Bundes, der Länder und der Kommune definieren. Das ist die richtige Lösung, und sie ist überfällig.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch wenn Sie es nicht hören mögen: Natürlich ist da in erster Linie die Bundesebene gefordert. Denn nur sie hat es in der Hand und hat die Verantwortung dafür, ob und in welcher Zahl wir weitere Flüchtlinge aufnehmen werden.

Als Sigmar Gabriel einforderte, die hiesige Bevölkerung nicht aus den Augen zu verlieren, hat er mit diesem Vorstoß eine heftige Debatte ausgelöst.

(Christian Grascha [FDP]: Innerhalb der SPD!)

Ich habe es heute Nachmittag schon öfter gehört. Was wurde ihm alles vorgeworfen! Aber ich frage

Sie ganz ernsthaft: Was werfen Sie ihm eigentlich vor?

Sigmar Gabriel hat doch mit seinem Hinweis auf den Punkt gebracht, was viele in unserem Land denken und wovor viele in unserem Land Angst haben. Was wir in der Flüchtlingspolitik tun müssen und tun wollen, darf nicht dazu führen, dass wir unsere Bevölkerung vernachlässigen oder gar einzelne Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielen. Genau das hat Sigmar Gabriel benannt.

Es wäre sehr gut, wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, sich ein Stückchen ehrlicher machen würden. Das würde mich freuen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in Ihren Veranstaltungen, in Ihren Ortsvereinsversammlungen andere Fragen gestellt werden als bei uns.

(Jörg Hillmer [CDU]: Welche werden denn bei Ihnen gestellt?)

- Ganz viele, sage ich Ihnen. Wenn Sie die Mitglieder nicht mitnehmen, dann werden Sie Ihr blaues Wunder erleben, weil Sie die Wirklichkeit, die Realität völlig ausblenden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Das Problem Ihrer Mitglieder ist doch, dass Sie keine Antworten haben!)

- Soll ich Ihnen sagen, was für Fragen die uns stellen?

(Christian Grascha [FDP]: Es kommt nicht darauf an, welche Fragen gestellt werden, sondern darauf, welche Antworten gegeben werden! - Zuruf von Christian Dürr [FDP])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte! - Herr Dürr, Sie haben gleich noch die Möglichkeit, hier vorne zu reden.

Johanne Modder (SPD):

Herr Dürr, das ist so wunderbar typisch. Sie rufen dauernd dazwischen, blenden aber die Realität und das, was die Menschen bewegt, völlig aus.

(Christian Grascha [FDP]: Das Problem ist, dass Sie keine Antworten geben!)

Entweder reden Sie nicht mit denen, oder Sie - - -

(Christian Dürr [FDP]: Sie geben keine Antworten! Das ist das Problem,

Frau Modder! - Gegenruf von Petra Tiemann [SPD]: Vorhin wieder nicht zugehört?)

- Ach, Herr Dürr, ich bitte Sie! Wir sind im Gange, wo wir nur können. Das wissen Sie genau. Das, was in diesem Lande geleistet wird, ist einmalig. Das sollten Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir dürfen in unserem Bemühen für eine gelingende Integration nicht nachlassen. Wie werden die Angebote, die es z. B. im Bereich Sprachförderung gibt, besser koordinieren und aufeinander abstimmen müssen. Es geht aber nicht nur um Sprache, sondern auch - das hat der Ministerpräsident angesprochen - um die Vermittlung unserer Rechtsordnung und unserer Grundwerte. Das ist völlig klar.

Der Ministerpräsident hat aufgezeigt, was im Bereich Sprachförderung bereits auf den Weg gebracht wurde. Die Zahlen sprechen für sich: 700 Sprachlernklassen, 150 SPRINT-Klassen, 267 Schulsozialarbeiter, 700 Sprachkurse für Erwachsene, mit denen wir schon rund 13 000 Menschen erreicht haben und weitere erreichen wollen und werden.

Ich will das alles nicht im Einzelnen wiederholen. Aber das Lob des Deutschen Volkshochschulverbandes durch dessen Präsidentin, Frau Kramp-Karrenbauer - in Klammern: CDU -,

(Christian Grascha [FDP]: Das muss man bei der auch dazusagen! - Jörg Bode [FDP]: Die könnte auch bei den Linken sein!)

spricht für sich. Ich unterstelle der Präsidentin Kramp-Karrenbauer, dass sie einen guten Überblick über das ganze Bundesgebiet hat und sehr genau weiß, wo was geleistet wird - und sie hat Niedersachsen ausdrücklich gelobt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir müssen darauf achten - das ist mir besonders heute, am Internationalen Frauentag - -

(Christian Grascha [FDP]: Sie mussten sehr lange suchen, um jemanden zu finden, der Sie lobt!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Modder, Sie müssen darauf nicht eingehen.

Johanne Modder (SPD):

Ich hole nur Luft und stelle mir vor, was in den Köpfen von Grascha und Dürr vorgeht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Seit drei Jahren ist die Frage, was in Ihren Köpfen vorgeht, und die Antwort bleiben Sie bis heute schuldig! - Weitere Zurufe von der FDP)

Ich rate Ihnen, einfach einmal zuzuhören.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Nur zuhören - das würde diesem Parlament schon guttun.

(Björn Försterling [FDP]: Konzentrieren Sie sich auf Ihre Rede, anstatt zu fantasieren!)

- Ach, Herr Försterling ist auch da.

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Herr Försterling möchte auch genannt werden!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Frau Modder! - Ich möchte noch einmal um Ruhe im Plenarsaal bitten. Ich meine jetzt alle Kollegen und Kolleginnen.

(Jörg Bode [FDP]: Ich habe doch gar nichts gesagt!)

Bitte, Frau Modder!

Johanne Modder (SPD):

Vielen Dank.

Wir müssen aber auch darauf achten - das sage ich ganz bewusst am Internationalen Frauentag -, dass besonders Frauen und Kinder, die bislang nur eingeschränkten oder vielleicht gar keinen Zugang zu Bildung haben, an diesen Kursen teilnehmen. Auch darauf sollten wir besonderen Wert legen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir brauchen bezahlbaren Wohnraum - nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle. Viele Familien haben zurzeit überhaupt keine Chance mehr auf bezahlbaren Wohnraum, weil in den Kommunen alles angemietet wurde,

was verfügbar war, um Massenunterkünfte zu verhindern. Hier besteht dringender Handlungsbedarf - auch weil Sie, meine Damen und Herren auf der rechten Seite des Hauses, den sozialen Wohnungsbau über Jahrzehnte vernachlässigt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Auch wenn wir übereinstimmend der Meinung sind, dass neben dem Spracherwerb besonders auch die Integration auf dem Arbeitsmarkt eine ganz entscheidende Rolle spielt, dürfen wir darüber nicht unsere Langzeitarbeitslosen und unsere unversorgten Jugendlichen vergessen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Daneben war ein ganz wichtiges Signal, dass wir Sozialdemokraten hart geblieben sind und dass auch für Flüchtlinge der Mindestlohn gelten muss.

(Zustimmung von Petra Tiemann [SPD])

Das war aus meiner Sicht ein ganz wichtiges Signal, um auch den sozialen Frieden zu wahren. Gott sei Dank haben wir uns da durchgesetzt!

(Beifall bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Super Signal! Flüchtlinge sind uns egal, aber wir als SPD senden Signale! Peinlich!)

Natürlich darf das aber nicht darüber hinwegtäuschen - deswegen ist es ja so wichtig, Herr Dürr, einmal zuzuhören -, dass wir auch nach anderen Beschäftigungsmöglichkeiten suchen müssen, die niedrigerschwellig angeboten werden können. Teilhabe durch Arbeit und ein selbstbestimmtes Leben durch wirtschaftliche Unabhängigkeit, das müssen wir organisieren. Dafür müssen wir auch noch stärker in der Wirtschaft bei den Unternehmen werben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Integration ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist sie ihrem Umfang nach eng verbunden mit der Anzahl der Menschen und dem Tempo der Zuwanderung.

Dies lässt sich aber nicht von Niedersachsen aus beeinflussen, sondern hier liegt die Verantwortung beim Bund. Deshalb ist es richtig, dass der Bund hier stärker gefordert wird.

(Zuruf von der CDU: Im Bundesrat!)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat recht, wenn er sagt, viele der Flüchtlinge, die zu uns kommen, sind in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu uns gekommen. Sie wollen sich einbringen und aus ihrem Leben noch etwas machen. Das kann man überall wahrnehmen, wenn man sich in den Erstaufnahmeeinrichtungen und bei den Notaufnahmen umhört. Tragen wir alle also dazu bei und helfen mit, dass das auch gelingen kann! Es ist gut für die Menschen und gut für unser Land.

Unser Ministerpräsident hat auch zu Recht gesagt: Wir brauchen keine Asylpakete; wir brauchen Integrationspakete.

(Zustimmung bei der SPD)

Auch das ist richtig und wichtig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass in unserem Land nicht diejenigen, die unser Land spalten wollen, die Oberhand gewinnen! Lassen Sie uns gemeinsam für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft arbeiten und kämpfen! Lassen Sie uns also gemeinsam anpacken! Von daher gilt auch mein Appell, dass wir es gemeinsam schaffen sollten, das Thema Integration im Jahr 2016 ganz nach vorne zu stellen.

Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin Modder. - Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Fraktionsvorsitzender Dürr das Wort. Bitte!

(Unruhe)

- Moment, bitte, Herr Kollege! - Diejenigen, die der Debatte hier im Plenarsaal nicht folgen möchten, bitte ich, den Plenarsaal zu verlassen, sodass Herr Dürr unsere Aufmerksamkeit hat. - Bitte!

Christian Dürr (FDP):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe Ihnen am Anfang sehr wohl zugehört, Frau Kollegin Modder,

(Johanne Modder [SPD]: Das glaube ich nicht!)

weil ich eine Antwort auf die Frage erhofft hatte, nachdem der Ministerpräsident sie nicht geliefert hat: Warum hat es diese Regierungserklärung gegeben, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie haben nichts Neues gesagt, Frau Modder. Das war reine Phrasendrescherei. Das gilt - ich will das deutlich sagen -, weil wir in einem Bundesland leben, in dem es viel Aktivität gibt. Ja, es geschieht sehr viel in Niedersachsen, meine Damen und Herren. Aber das Wenigste davon hat mit Ihnen zu tun, Herr Ministerpräsident Weil.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Weil, Sie erwecken den Eindruck, als ob Sie akribisch an den Dingen arbeiten. Aber die Wahrheit ist: Sie kriegen nichts hin.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Sie sind nicht einmal in der Lage, die Aufgaben zu erlegen, bei denen die allerwichtigste Voraussetzung bereits sichergestellt ist, nämlich die Finanzierung.

Ich will Ihnen das am Beispiel Schulpolitik deutlich machen. Wir sind uns doch einig: Spracherwerb und Bildung sind die Schlüssel zur Integration. - Zum Thema Integration sagen Sie in Ihrer Regierungserklärung:

„Wir sind uns in dieser Haltung sehr einig, und wir sollten diese Einigkeit immer und überall nach vorne stellen.“

Genau das haben wir mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2016 im Oktober des vergangenen Jahres getan. Wir haben im Oktober hier einen Landeshaushalt einstimmig beschlossen.

Das ist ja alles andere als die Regel. In den zehn Jahren, in denen CDU und FDP hier Regierungsverantwortung getragen haben, gab es nicht einen Haushaltsplan, dem SPD oder Grüne zugestimmt hätten. Und auch zu der Zeit musste das Land mit besonderen Herausforderungen umgehen. Denken Sie an die Jahre der europäischen Finanz- und Schuldenkrise! Ich will einmal daran erinnern, wie das war. Es war nicht nur so, dass Sie nicht bereit waren, dort gemeinsam Politik zu machen. Sie waren damals nicht einmal in der Lage - der eine oder andere erinnert sich -, eigene Haushaltsvorschläge zu machen.

Herr Ministerpräsident, wir waren im Oktober durchaus gemeinsam zuversichtlich. Wir haben Ihnen erläutert, an welchen Stellen sich das Land noch mehr engagieren muss. Aber der Grundtenor war eigentlich in allen Fraktionen gleich: Das geht im Grunde in die richtige Richtung. - Deshalb haben FDP und Union die Sache nach vorne gestellt und eben nicht die Parteipolitik.

Wir haben den Haushalt im Oktober gemeinsam beschlossen. Und wissen Sie, was dann passiert ist? - Weitgehend nichts. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung von der Bedeutung der Schulsozialarbeit gesprochen. Von den 100 Stellen, die seit Oktober durch den gemeinsamen Beschluss zur Verfügung stehen, hatten Sie bis Jahresende nicht eine einzige Stelle überhaupt ausgeschrieben, geschweige denn besetzt.

(Christian Grascha [FDP]: Das ist wirklich skandalös!)

Ausgeschrieben wurden die Stellen, die speziell für die Bewältigung der Flüchtlingskrise gedacht waren, erst am 8. Februar dieses Jahres. Laut einer Unterrichtung durch das Ministerium im Kultusauschuss Ende Februar ist bis heute keine einzige dieser Stellen besetzt, meine Damen und Herren. Das ist ein Skandal, um es deutlich zu sagen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Diese Stellen sind bekanntermaßen den Grundschulen zugeteilt worden. Die weiterführenden Schulen profitieren null davon. Für sie gibt es keine zusätzlichen Schulsozialarbeiter, obgleich wir Ihnen dazu noch im Dezember Vorschläge für den Haushalt 2016 gemacht haben.

Und es geht noch weiter. Diese 100 Vollzeitstellen, von denen hier die Rede ist, sollen sich auf 150 Grundschulen im Land verteilen. Die übrigen 1 500 Grundschulen gehen dabei ebenso leer aus wie alle anderen Schulen in Niedersachsen, meine Damen und Herren.

An den allermeisten Schulen im Land leisten die Lehrer, nicht die Landesregierung.

Wenn Bildung der entscheidende Schlüssel ist, warum gilt das nicht bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen? - Ich will einmal zitieren, was die Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe dazu gesagt hat. Sie hat nämlich erklärt:

„Sprache ist der Schlüssel zu Bildung, Arbeit und Integration. Deshalb muss Flüchtlingskindern von Anfang an der Schulbesuch gewährleistet werden.“

Der entscheidende Schlüssel ist also Bildung. Warum geht das nicht in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes? - Dort findet kein regulärer Schulunterricht statt.

Hier leistet das Ehrenamt, nicht die Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie sprachen auch vom Sprachunterricht an den berufsbildenden Schulen, Herr Weil. Die sogenannten SPRINT-Klassen in den BBSn sind mittlerweile mehrfach überzeichnet. Es gibt für jede Klasse Wartelisten mit bis zu 60 Flüchtlingen, die nicht aufgenommen werden können, weil z. B. Lehrer fehlen und die Gelder des Landes schlicht nicht ausreichen. Zahlreiche Schulen nehmen mittlerweile Haushaltsreste aus dem Vorjahr und freie Gelder des laufenden Jahres, um diese SPRINT-Klassen weiter zu finanzieren und selbst zu finanzieren.

Hier leisten die Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen, nicht die Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Weil, Sie sprachen auch von den Lehrkräften im Ruhestand, die die Kultusministerin angeschrieben hat. Von 15 000 angeschriebenen Lehrkräften haben es nur 300 geschafft, die bürokratischen Hürden zu überwinden und in den Schuldienst zurückzukehren. Das liegt nicht am mangelnden Engagement dieser Lehrkräfte, meine Damen und Herren. Tatsache ist, dass viele im Laufe des Verfahrens aufgegeben haben und mittlerweile ehrenamtlich in Sprachkursen arbeiten.

Hier leisten die Menschen in Niedersachsen, nicht die Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Stilblüten, die gerade auch in der Rede von Frau Modder wieder deutlich wurden, erleben wir beim Thema Integration mittlerweile landauf, landab. Das nimmt tatsächlich bizarre Züge an. Vor dem Hintergrund dessen, was kürzlich beispielsweise in Schleswig-Holstein im Landtag diskutiert wurde, sage ich sehr deutlich: Die Werte des Grundgesetzes, die so wichtig für Integration sind, werden nicht in den deutschen Kantinen verteidigt. - Aber genauso wenig ist die Liederfibel der Landesbeauftragten für Migration ein Ersatz für vernünftigen Sprachunterricht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Das ist so billig, Herr Dürr! So billig!)

Wissen Sie, was übrig bleibt? - Der Nachtragshaushalt 2016 war reine PR. Er hat für die Finanzierung der schulpolitischen Maßnahmen überhaupt gar keinen Unterschied gemacht.

(Gerald Heere [GRÜNE]: 2015! - Anja Piel [GRÜNE]: 2015! Einen Nachtragshaushalt 2016 haben wir nicht!)

Alles das hätte man - das wissen Sie, Herr Heere - mit der Freigabe aus dem Haushaltsausschuss und einem vernünftig aufgestellten Etat 2016 machen können. Wozu Sie in der Lage sind, Herr Ministerpräsident, ist, halbschlaue Interviews zu Ihrer persönlichen Prognose zu geben, wie viele Menschen in diesem Jahr nach Deutschland kommen. Was aber fehlt, ist konkretes Handeln dort, wo Sie Verantwortung tragen, nämlich in Niedersachsen, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Die Realität in Niedersachsen zeigt: Wir laufen der Entwicklung andauernd hinterher. Sie, Herr Ministerpräsident, werden Ihren eigenen Ankündigungen aus dem Sonderplenum im September des letzten Jahres nicht gerecht, weil Sie Ihre Ministerin schlicht und einfach nicht im Griff haben. Sie dürfen eine so wichtige Aufgabe wie die schulische Bildung, die die Voraussetzung, die der Schlüssel für das Glück der Menschen ist, die derzeit nach Deutschland kommen, nicht jemandem überlassen, der in den vergangenen drei Jahren bewiesen hat, dass er nicht in der Lage ist, das Kultusministerium zu führen. Um das an dieser Stelle sehr klar zu sagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie haben es vorhin angesprochen. Sehr interessant waren in den letzten Tagen die Vorschläge von Sigmar Gabriel zu einem Sozialpaket. Sie, Herr Ministerpräsident Weil, haben sich in Lichtgeschwindigkeit hinter Sigmar Gabriel gestellt. Man konnte gar nicht so schnell gucken, wie es ging. Ich will das in aller Ernsthaftigkeit sagen, weil Frau Modder es auch angesprochen hat. Ich glaube, dass dieses zweispurige Fahren der SPD brandgefährlich ist.

(Johanne Modder [SPD]: Das ist nicht zweispurig!)

Wir dürfen Flüchtlinge nicht gegen andere Hilfsbedürftige ausspielen. Ich habe für die Vorschläge des Vorsitzenden der SPD und vor allem für die Begründung seiner Vorschläge keinerlei Verständnis, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Johanne Modder [SPD]: Es ist schön,
dass Sie das ganz öffentlich sagen!)

Dass diese Rechnung politisch nicht aufgeht, haben die Kommunalwahlen in Hessen am Sonntag doch gezeigt, Frau Kollegin Modder.

(Christian Grascha [FDP]: Ihr leistet
der AfD damit Vorschub!)

Gerade in so einer Phase eine Neiddebatte vom Zaun zu brechen, spielt denjenigen in die Hände, deren tägliches Geschäft es ist, Menschen gegeneinander auszuspielen. Was Sie machen, ist schäbig, um das sehr deutlich zu sagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Johanne Modder [SPD]: Das hat gar
nichts mit Neid zu tun!)

Frau Modder, es ist doch naiv, zu glauben, Herrn Gabriel ginge es um den sozialen Ausgleich in Deutschland.

(Wiard Siebels [SPD]: Worum geht es
ihm denn sonst?)

Der Subtext seines Wahlkampfvorschlages - in wenigen Tagen sind Landtagswahlen in drei Bundesländern - lautet doch: Jetzt sind die anderen dran. - Also die mit deutschen Wurzeln, die müssten jetzt berücksichtigt werden.

(Johanne Modder [SPD]: Herr Dürr,
seien Sie vorsichtig, was Sie sagen!
Verdammt noch mal!)

Es zeigt, wes' Geistes Kind Sie und Herr Gabriel in dieser Debatte sind. Unerträglich ist eine solche Stimmungsmache auch gegen Flüchtlinge, die zurzeit Schutz in Deutschland suchen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Johanne Modder [SPD]: Unglaublich,
was Sie da von sich geben!)

Dass das unter den SPD-Ministerpräsidenten keine weitgehende Meinung ist, zeigt doch, Herr Weil, dass Sie der einzige Ministerpräsident sind, der sich hinter Herrn Gabriel gestellt hat. Was hat denn Frau Kraft dazu gesagt? - Nichts. Was haben Herr Scholz und Herr Albig gesagt? - Kein einziger ist

auf die Idee gekommen, ein solches Gerede zu unterstützen, meine Damen und Herren. Wie soll das Gegeneinander-Ausspielen denn den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, Herr Ministerpräsident? - Mit Verlaub: Das kann ich an dieser Stelle nicht erkennen.

(Beifall bei der FDP)

Dass Reden und Handeln so weit auseinanderfallen, das setzt sich beim Thema Arbeitsmarkt fort. Sie haben in Ihrer Regierungserklärung gesagt: Die Integration in den Arbeitsmarkt ist ein eminent wichtiges Thema. - Ich teile diese Aussage. Wer ernsthaft glaubt, echte Integration und das Verhindern von Parallelgesellschaften können ohne Integration in den deutschen Arbeitsmarkt gelingen, der wird auf dem Holzweg bleiben, meine Damen und Herren. Hinsichtlich dessen, was Sie nun aber genau vorhaben, sind Sie ausreichend unkonkret geblieben. Wenn es konkret wurde, haben Sie ausschließlich Dinge beschrieben, die die Bundesagentur oder andere Verbände - Sie haben die Caritas genannt - für Sie machen. Das genau ist das Problem.

Herr Ministerpräsident, Sie verlieren sich in Worthülsen. Dabei haben wir Ihnen hier im Haus sehr konkrete Vorschläge zur Arbeitsmarktintegration gemacht. Wo ist denn Ihre Initiative zum sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Abschaffung des Arbeitsverbots? Wo ist denn Ihre Initiative zur Öffnung des Job-Seeker-Visums für Flüchtlinge, die keine Akademiker sind? Wo ist denn Ihre Initiative zur Blue Card für Asylbewerber? Wo ist Ihre Initiative zum Wechsel vom Asyl in die Einwanderung? Wo ist Ihre Initiative zur Abschaffung der Vorrangprüfung? Wo ist Ihre Initiative zur Abschaffung des Arbeitsverbots in der Zeitarbeit? Wo ist Ihre Initiative zur Gleichstellung von Geflüchteten mit Langzeitarbeitslosen beim Mindestlohn? - Die Wahrheit ist doch: Sie wollen das alles nicht.

(Johanne Modder [SPD]: Herr Dürr,
jetzt ist aber mal gut mit Ihren Unterstellungen!)

Wir haben all das hier im Landtag vorgeschlagen. Sie aber lehnen es ab. Sie wollen es nicht aus politischen Gründen! Herr Ministerpräsident, so lange Sie über Arbeitsmarktzugang nur reden, aber nicht handeln, bleibt Integration bei Ihnen nichts als ein Lippenbekenntnis.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich gucke jetzt insbesondere die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen an; denn ich kann mich

gut an Debatten zur Flüchtlings- und Asylpolitik erinnern, die hier in diesem Haus in den vergangenen Legislaturperioden geführt worden sind. Sie sagen hier: Alle sollen sehr, sehr gern herkommen. - Sich aber dann, wenn es darum geht, diesen Menschen bei uns im Land eine Perspektive zu bieten, zu verweigern, halte ich für unredlich. Der deutsche Sozialstaat - ich will das in der Deutlichkeit sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil ich in den letzten Monaten mit sehr vielen Flüchtlingen persönlich gesprochen habe - wirkt auf viele dieser Menschen wie eine Gummizelle: Sie tut nicht weh, aber man kann auch nicht raus. - Ich halte das Verhalten von Politik in Deutschland in dieser Frage, in der Frage der Arbeitsmarktintegration, bisweilen für unmenschlich, um das sehr deutlich zu sagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Maximilian Schmidt [SPD]: Was ist denn das für ein Zitat? - Weitere Zurufe von der SPD)

Dann kommen wir natürlich auch zum Thema Finanzpolitik. Herr Ministerpräsident, Sie haben gerade gesagt: Finanzminister Peter-Jürgen Schneider geht dabei bis an den Rand des verfassungsrechtlich Möglichen.

(Jörg Bode [FDP]: Ui!)

Das stimmt nicht, das ist falsch. Erinnern wir uns an das Thema Kreditermächtigungen! Er ist nicht bis an den Rand des Zulässigen gegangen, er hat ihn längst überschritten, meine Damen und Herren.

(Gerald Heere [GRÜNE]: Stimmt nicht! Einfach irgendetwas behaupten! Unverschämte! Einfach irgendetwas reden!)

Jetzt aber so zu tun - und das finde ich infam -, als hätte das finanzpolitische Irrlichtern Ihrer Regierung erst mit den Flüchtlingen begonnen, ist schlicht falsch.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Jetzt, wo Sie das Geld so dringend brauchen, rächt sich, dass Sie das Geld in den vergangenen drei Jahren, in denen es in Niedersachsen Steuereinnahmen wie seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat, zum Fenster herausgeschmissen haben. Anstatt dieses Geld in neue Lehrer zu investieren oder damit wenigstens die Pensionen aufzufangen, haben Sie das Geld in neue Verwaltungsstrukturen gesteckt, meine Damen und Herren.

(Gerald Heere [GRÜNE]: Haben Sie mal nachgeschaut, wie viele neue Lehrer es gegeben hat? Sie sollten recherchieren, bevor Sie hier etwas behaupten!)

Unser Bundesland war im Vergleich zu anderen auch deshalb schlecht auf die Flüchtlingssituation vorbereitet, weil Sie die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens seit Beginn Ihrer Verantwortung nicht im Blick hatten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie wollen sich heute für Ihre Integrationsarbeit loben lassen. Morgen aber lehnen Sie alle Initiativen, die auf ein Gelingen der Integration bei uns abzielen, ab, ohne auch nur einen einzigen eigenen Vorschlag in der Sache zu machen.

(Jörg Bode [FDP]: Unglaublich!)

Unser Antrag zum Bürokratieabbau bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise wird abgelehnt, ohne zu sagen, wie es besser geht. Der Antrag der CDU zum Asylpaket II wird abgelehnt, ohne zu sagen, wie es besser geht. Der Gesetzentwurf meiner Fraktion zum vorübergehenden humanitären Schutz wird abgelehnt, ohne zu sagen, wie es besser geht. Sie sind nicht einmal in der Lage, irgendetwas dagegenszusetzen. Es gibt derzeit keine aktuelle parlamentarische Initiative der Regierungsfractionen zur Flüchtlingspolitik. Nichts! Das ist Ihre blamable Bilanz beim Thema Integration, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

In jeder Rede - Frau Modder hat es gesagt; ich bin mir sicher, Frau Piel wird gleich anschließen; denn wir kennen die Musik ja schon seit vielen Monaten - das Loblied auf die Helfer vor Ort, auf die Lehrer, auf die Polizisten, auf die Mitarbeiter in den Landeseinrichtungen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wie aber sieht die Realität aus? - Das konnten wir alle heute Morgen in der *Neuen Osnabrücker Zeitung* gemeinsam nachlesen. *NOZ* von heute: Flüchtlingsamt: Kein Bonus für Mitarbeiter. - Dann wird gesagt, nach intensiver Abwägung habe man sich dagegen entschieden, die Leistungen der Mitarbeiter in den Aufnahmeeinrichtungen finanziell wertzuschätzen. - Ich will Ihnen eines sagen: Das sind die Menschen, die in den letzten Monaten Übermenschliches geleistet haben. In Bramsche haben Kollegen Flüchtlinge in ihren Büros

untergebracht. Neben den Überstunden haben sie sich privat für ihre Schützlinge eingesetzt. Sie aber fordern jetzt gemeinsam mit Herrn Gabriel einen Sozialpakt für Deutsche. Aber da, wo jetzt mehr als ein feuchter Händedruck nötig und möglich wäre, zeigen Sie den Menschen die kalte Schulter, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Glauben Sie das eigentlich selbst, was Sie da vorlesen?)

Ich will zum Schluss Folgendes sagen, weil Frau Modder hier auch einiges über das Binnenleben der SPD gesagt hat. Sie hat gesagt, die Menschen in den Ortsverbänden seien verunsichert. Ich will Ihnen nur sagen: Der Niedersächsische Landtag ist nicht die Selbsthilfeveranstaltung für verwirrte SPD-Ortsverbände, meine Damen und Herren, um das klar zu sagen.

(Johanne Modder [SPD]: Sie haben wieder nicht zugehört! - Weitere Zurufe von der SPD)

Wissen Sie, was Frau Modder gerade gesagt hat? - Ich habe mir das aufgeschrieben. Frau Modder hat gesagt: Die Türkei tut viel an der Grenze zu Mazedonien. - Solche Sätze sind super. Mazedonien hat keine gemeinsame Landesgrenze mit der Türkei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wie kann ich Sie ernst nehmen? - Ich würde das so gern. Wir haben dem MP die Hand gereicht, damals, im September, im Oktober. Wir haben gesagt, wir wollen es gemeinsam auf den Weg bringen. Wir sind dem Bündnis „Niedersachsen packt an!“ beigetreten - in dem Bewusstsein,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

dass es jetzt wichtig ist, die gesellschaftlichen Kräfte an dieser Stelle zu bündeln, meine Damen und Herren. Aber so kann es - um das sehr deutlich zu sagen - nicht weitergehen.

Herr Ministerpräsident, wir haben ein gemeinsames Ziel. Aber Sie müssen, wenn wir diesen Weg gemeinsam gehen wollen, auch Schritte mit uns gemeinsam gehen.

CDU und FDP - davon bin ich überzeugt - sind bereit, Sie an dieser Stelle zu stützen. Aber, Herr Ministerpräsident,

(Zurufe von der SPD)

Integration wird so nicht gelingen, wie Sie es derzeit machen. Ich erwarte, Herr Weil, dass Sie endlich an die Arbeit gehen. Die Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Dürr. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Fraktionsvorsitzende, Frau Piel. Bitte!

(Unruhe)

- Und alle darf ich noch einmal um Aufmerksamkeit bitten! - Bitte, Frau Piel!

Anja Piel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Dürr, worüber reden wir heute?

(Christian Dürr [FDP]: Das fragen wir uns auch!)

Wir reden heute über eine Regierungserklärung, nicht über Ihren Phantomschmerz, in Berlin nicht mitbestimmen zu können. Wenn Sie mit uns über das reden wollen, was wir hier in Niedersachsen machen, dann reden Sie mit uns, und reden Sie nicht mit Herrn Gabriel! Sonst bewerben Sie sich nach Berlin. Da haben Sie vielleicht die Chance, dann mit ihm zu reden. Aber wir reden heute über die Integrationspolitik in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von Björn Försterling [FDP])

Für Ihre Phantomschmerzen sind wir an der Stelle nicht zuständig.

Versuchen wir, uns vorzustellen, wie unsere Gesellschaft in Niedersachsen in 20 bis 30 Jahren aussehen wird, und versuchen wir, dabei die Angstreflexe einer Erika Steinbach zu vermeiden! Das Bild davon, wie es bei uns in 20 oder in 30 Jahren aussehen wird, wird sich vermutlich nicht wesentlich von dem unterscheiden, das wir heute schon kennen. Denn spätestens seit den 60er-Jahren kennen wir in Deutschland Migration. Und wir haben Integration erlebt. Menschen aus Italien, aus Griechenland, aus der Türkei, aus Polen und aus Jugoslawien haben in Deutschland und in Niedersachsen ein Zuhause gefunden und gehören zu

unserer Gesellschaft. Das ist längst ein gelebtes Stück Europa.

Ich bitte Sie bei allen berechtigten Sorgen und allen Einschätzungen, dass Sie ein bisschen Abstand von der aktuellen Aufregung nehmen. Und diese Aufforderung geht auch an Sie, Herr Dürr, denn Sie haben gerade von „Spaltpolitik“ geredet. Ich kann in Ihrer Rede wenig Vereinendes erkennen, wie verlässlich sich unsere deutsche Gesellschaft dabei erwiesen hat, mit Migration umzugehen. Deutschland ist längst eine Migrationsgesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich danke dem Ministerpräsidenten an der Stelle auch für die klaren Worte und das Prantl-Zitat. Denn es gehört auch zu Deutschland, dass wir bereits eine Migrationsgesellschaft sind.

Meine Damen und Herren, natürlich gibt es einiges zu tun, damit dieser Erfolg auch weiterhin gelingt. Wir brauchen konkrete politische Maßnahmen, und wir brauchen selbstverständlich - da bin ich Hanne Modder für ihre Worte ausgesprochen dankbar - eine Einigung in Europa, eine Einigung über Kontingente, über legale Einreisewege und über einen sicheren Weg für die Flüchtlinge, zu uns zu kommen. Aber auch dabei werden wir einen langen Atem brauchen.

Genauso, wie es keine Sache von ein paar Tagen ist, dass sich in Europa eine Einigung finden lässt, so ist es auch keine Sache von ein paar Wochen, die Menschen, die hier sind, in die Gesellschaft zu integrieren, die so ganz anders ist als das, was die Menschen, die hierherkamen, bisher kannten.

Es war für die Geflüchteten in der Tat kein Spaziergang. Das hat auch etwas mit den unsicheren Einreisewegen zu tun. Sie haben eine lange, eine schmerzvolle und eine anstrengende Odyssee hinter sich. Und es wird auch weiter einen langen Atem brauchen, bis sie bei uns Fuß fassen und sich hier zu Hause fühlen. Umso wichtiger ist es, dass wir bürokratische Hindernisse aus dem Weg räumen.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass sich unser Ministerpräsident und diese Landesregierung auf Integration, Herr Dürr, und nicht auf weitere Verschärfungen konzentrieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Diese Landesregierung ergeht sich eben nicht in Träumereien. Sie analysiert die Situation. Sie tut das übrigens nicht allein, sondern gemeinsam mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, und sie setzt sehr umsichtig konkrete Schritte um. Das ist genau das, was wir jetzt brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Doris Schröder-Köpf [SPD])

Was nun aber die Debatte angeht, die der Regierungserklärung Stefan Weils gefolgt ist, bin ich mir nicht sicher, ob Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, wirklich wissen, wohin Sie die Gesellschaft eigentlich bringen wollen.

(Jörg Bode [FDP]: Doch!)

Ich hatte in den letzten Wochen immer den Eindruck, dass die Erwartung an die Flüchtlinge inzwischen darin besteht, dass sie sich am besten schon integriert haben sollen, bevor sie überhaupt hier angekommen sind.

(Ulf Thiele [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Um es ganz klar zu sagen: Ich habe überhaupt nichts gegen die viel beschworene schnelle Integration. Aber wenn Sie ehrlich sind, wissen Sie auch, so einfach funktioniert das nicht.

(Ulf Thiele [CDU]: Alles nur Stereotypen!)

Denn sich in einem Land zu orientieren, nimmt auch hier ein bisschen Zeit in Anspruch und braucht Ausdauer.

(Ulf Thiele [CDU]: Das hat gar keiner anders gesagt!)

Aber, meine Damen und Herren, die Menschen, die bei uns ankommen, sind dazu auch in der Lage. Wer einen so langen und schwierigen Weg hinter sich gebracht hat, um hierherzukommen, ist normalerweise auch bereit und willens, diesen Weg weiter zu beschreiten. Das machen wir auch nicht mit dem erhobenen Zeigefinger der einen Hand und mit dem Strafgesetzbuch in der anderen Hand, sondern wir machen es mit geeigneten Maßnahmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wir haben heute gehört, dass die Sprach- und Bildungsangebote unserer Ministerin Gabriele Heinen-Kljajić in anderen Ländern auf Interesse

stoßen, weil sie in Zusammenarbeit mit der Erwachsenenbildung und den Hochschulen ein vorbildlicher Weg sind und eine großartige Möglichkeit genauso wie die Möglichkeiten zum Berufseinstieg, die Minister Olaf Lies in guter Kooperation mit zahlreichen engagierten Unternehmen im Land schafft. Für eine Unterbringung, die den Bedürfnissen, wie alle sie haben, gerecht wird, geht mein Dank an die Ministerin Cornelia Rundt für ihre verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Übrigens ist das in der Tat nicht nur gut für Geflüchtete, sondern auch für Ältere, für Menschen mit wenig Geld und für Studierende.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Dürr, wir haben von Ihnen einen wichtigen Punkt gehört, der auch mir wichtig ist: Die Kinder, die einen nicht unerheblichen Teil derer ausmachen, die zu uns kommen, brauchen gute und schnelle Maßnahmen ganz besonders. Es sind oft Kinder, die für ihre Familien den ersten Schritt in die deutsche Gesellschaft gehen. Darum ist die konsequente Sprachförderung in den Schulen so wichtig, für die ich der Ministerin Frauke Heiligenstadt und ganz besonders auch den überaus engagierten Lehrerinnen und Lehrern im Land herzlich danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, abgesehen von allem Dank möchte ich aber auch noch einmal ein persönliches Wort an Sie richten, weil mich das im letzten Plenum und in der Berichterstattung schon sehr überrascht hat. Sie gestatten mir am Internationalen Frauentag auch mal ein sehr persönliches Wort in diesem Zusammenhang. Als Familie in einem neuen Land gemeinsam anzufangen, macht vieles leichter. Darum kann ich nicht nachvollziehen, dass ausgerechnet bei der CDU, die für sich in Anspruch nimmt, christliche Werte und auch den Zusammenhalt der Familie ernst zu nehmen, das nicht so gesehen wird.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Wenn die Familie die Keimzelle der Gemeinschaft ist, warum wird nun mit dem Asylpaket II - auf Drängen der Union übrigens - gerade der Familiennachzug für syrische Flüchtlinge eingeschränkt?

(Editha Lorberg [CDU]: Das wissen Sie genau! - Ulf Thiele [CDU]: Und außerdem ist es falsch!)

Ich verstehe auch überhaupt nicht - das hat mir wirklich eine Gänsehaut im letzten Plenum bei der Berichterstattung gemacht -, wie Sie, Herr Dürr, vor die Kamera treten und das als einen kleinen Schritt in eine richtige und bestimmte Richtung bezeichnen können.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Das ist doch wirklich nicht wahr. Das ist ein Schritt zurück und kein Schritt nach vorn.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Was ist denn Ihr Vorschlag?)

Herr Thümler, Sie haben eben viel Zeit darauf verwendet,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

die SPD darüber zu belehren, dass sie einen Schlingerkurs bei der Unterstützung Ihrer Kanzlerin habe.

(Björn Thümler [CDU]: Was?)

Ich will Sie als Historiker einfach nur daran erinnern, dass es in den eigenen Fraktionen von Angela Merkel Brandbriefe gegeben hat, und ich möchte hier einfach darum bitten, wenn es Ihnen so wichtig ist, dass Ihre Kanzlerin volle Unterstützung erhält: Machen Sie sich erst einmal in Ihrem eigenen Laden dafür stark! Da haben Sie viel zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Kümmern Sie sich mal um Ihren eigenen Stall!)

Aber es ist heute schon vielfach angesprochen worden: Alle die Maßnahmen, die wir treffen, werden nichts daran ändern, dass es Zeit braucht, bis aus dem Ihr ein Wir wird. Alle diese Maßnahmen zusammen sind nicht so wertvoll wie eine aufgeschlossene Gesellschaft, in der Menschen mit Offenheit und viel Engagement aufeinander zugehen.

Weiterhin arbeiten Tausende in den Erstaufnahmeeinrichtungen, in Flüchtlingsinitiativen oder im direkten Austausch mit Einzelpersonen und Familien daran mit, dass diese Integration gelingt. Ich schließe mich ausdrücklich dem Dank an all diese Menschen an, den Frau Modder und auch der Ministerpräsident schon ausgesprochen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ohne diesen Einsatz der Zivilgesellschaft würden alle unseren besten politischen Maßnahmen nur halb so viel bringen. Der allergrößte Teil der Menschen in Niedersachsen will, dass die Geflüchteten ebenso dazugehören wie alle anderen auch.

In diesem Zusammenhang will ich auch noch einmal hervorheben, wie wichtig das Aktionsbündnis „Niedersachsen packt an!“ ist. Die Botschaft ist klar: Es ist nicht allein die Politik, die hier handeln muss. Wir alle sind Beteiligte. Wir alle können etwas tun und dabei helfen, dass aus Geflüchteten wirklich Nachbarn werden. Wenn Sie mir vorwerfen, ich sähe das zu romantisch, dann kann ich Ihnen versichern: Nachbarschaft ist nicht immer romantisch, nicht einmal dann, wenn die Nachbarn gleicher Nationalität sind. Das gilt übrigens für alle Nachbarn.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auch ich sehe, dass es bei vielen Leuten Verunsicherung gibt. Das ist aber normal bei all den Veränderungen, wie wir sie derzeit erleben. Ich verstehe aber die Verunsicherung als einen klaren Auftrag an uns alle, noch mehr zu informieren, noch mehr zu kommunizieren - und das in einer sensiblen und differenzierten Art und Weise. AfD und andere rechte Kräfte profitieren von der Verunsicherung und von den Ängsten der Menschen. Lassen Sie uns gemeinsam diese Verunsicherung nicht noch verstärken! Lassen Sie uns klar zusammenstehen und den Spaltern keinen Meter Boden geben! Hass und Hetze sind keine Alternative für Deutschland!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ja, es sind Herausforderungen, vor denen wir stehen. Noch größer aber ist die Herausforderung, vor der die Geflüchteten stehen. Ja, es kostet Geld. Ja, es dauert auch eine Zeit lang, bis sich die Menschen bei uns zu Hause fühlen. Aber es lohnt sich auch, daran mitzuarbeiten. Es lohnt sich volkswirtschaftlich, es lohnt sich kulturell, vor allen Dingen aber lohnt sich Offenheit viel mehr als jede Abwehrhaltung. Ich bin froh, dass wir in Niedersachsen eine Landesregierung und eine Gesellschaft haben, die diesen Gedanken ernst nehmen und danach handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Noch ein Wort zu den angesprochenen Verträgen mit den muslimischen Verbänden. Herr Thümler,

ich nehme Sie beim Wort. Sie haben heute hier vorne angekündigt, dass Ihnen dieser Gedanke und diese Idee, die ja auch schon andere CDU-Mitglieder zuvor geäußert haben, wichtig sind. Ich denke, Sie teilen unser Interesse daran, dass wir mit diesen Verträgen in großer Gemeinsamkeit irgendwann in diesem Jahr - wenn Sie es nicht der Kommunalwahl zum Opfer fallen lassen - einen wichtigen gemeinschaftlichen Beschluss fassen, der zeigt, dass wir auch in diesem Punkt miteinander für eine offene Gesellschaft stehen.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Kollegin.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Besprechung schließen kann.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 3:

Abschließende Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/4928 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung - Drs. 17/5292

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Die mündliche Berichterstattung hat der Abgeordnete Nacke übernommen. - Ich sehe ihn nicht im Raum. Dann halte ich Sie damit einverstanden, dass wir den Bericht zu Protokoll geben, sodass er Ihnen dann schriftlich vorliegt.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ich muss Herrn Nacke mal in Schutz nehmen! Das war im Ältestenrat so besprochen worden!)

(Zu Protokoll:)

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung empfiehlt Ihnen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, dem Gesetzentwurf der Landesregierung und damit auch dem Staatsvertrag zuzustimmen. Das Ausschussmitglied der FDP-Fraktion hat dagegen

gestimmt, die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion haben sich enthalten. Der mitberatende Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen hat sich dieser Empfehlung mit dem gleichen Abstimmungsergebnis angeschlossen.

Die Empfehlungen zu den in die Beratung einbezogenen Eingaben hat der federführende Ausschuss einstimmig beschlossen.

Der Gesetzentwurf enthält in Artikel 1 die Zustimmung zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der in fünf Artikeln eine Reihe von Änderungen verschiedener rundfunkrechtlicher Staatsverträge vorsieht. Dabei geht es vor allem um folgende Punkte:

Artikel 1 des Rundfunkänderungsstaatsvertrages betrifft den Rundfunkstaatsvertrag und sieht im Wesentlichen die Beauftragung eines gemeinsamen Jugendangebots von ARD und ZDF vor. Das Angebot soll aus Rundfunk und Telemedien bestehen und ausschließlich im Internet angeboten werden. Im Gegenzug entfallen die beiden digitalen Fernsehprogramme „EinsPlus“ und „ZDFKulturkanal“. Um die Auswirkungen auf die privaten Medienanbieter zu begrenzen, sieht der Staatsvertrag eine Negativliste mit unzulässigen Angebotsformen vor. Dazu gehören z. B. Spieleangebote ohne journalistisch-redaktionellen Bezug zum Jugendangebot. Darüber hinaus darf das Jugendangebot insbesondere keine Werbung und kein eigenständiges Hörfunkprogramm enthalten.

Artikel 4 enthält einige Änderungen des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages. Im Wesentlichen sind im privaten Bereich Verfahrensvereinfachungen und Beitragsentlastungen vorgesehen. Entlastet werden insbesondere Menschen in vollstationären Pflegeeinrichtungen, in Behinderteneinrichtungen und in Hospizen. Im nicht privaten Bereich sind Entlastungen für Unternehmen mit einem hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten sowie für gemeinnützige Einrichtungen vorgesehen. Darüber hinaus enthält der Staatsvertrag einige datenschutzrechtliche Anpassungen.

Artikel 5 enthält schließlich eine Reihe von Änderungen des Jugendmedienschutzstaatsvertrages. Im Kern werden die Altersstufen aus dem Jugendschutzgesetz des Bundes übernommen. Die Anforderungen an Jugendschutzprogramme werden präzisiert, u. a. im Hinblick auf das Zusammenwirken mit Alterskennzeichnungen. Das bestehende System der kontrollierten Selbstkontrolle wird weiter ausgebaut und stärker mit den entsprechenden Regelungen des Bundes verwoben.

In den Beratungen des federführenden Ausschusses begrüßten Ausschussmitglieder der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Gesetzentwurf. Die jeweiligen Ausschussmitglieder der FDP-Fraktion kritisierten das vorgesehene Jugendangebot unter Hinweis auf die damit verbundenen Kosten und sahen in der Beitragsfinanzierung eine Benachteiligung privater Wettbewerber. Ein Mitglied der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen verwies in diesem Zusammenhang auf die Einsparungen infolge der Streichung zweier digitaler Fernsehprogramme. Ein Vertreter der Staatskanzlei führte aus, dass nach den Ergebnissen eines im Auftrag der Länder erstellten Marktgutachtens nur mit geringen Auswirkungen auf die privaten Wettbewerber zu rechnen sei. Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion bezweifelten, dass der gesetzliche Auftrag für das Jugendangebot hinreichend präzise definiert sei.

Damit möchte ich meinen Bericht schließen und Sie namens des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung um Ihre Zustimmung bitten.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Ich eröffne die Beratung und rufe für die SPD-Fraktion Herrn Kollege Haase auf. Bitte!

(Unruhe)

- Ich darf Sie alle um Ihre Aufmerksamkeit bitten, bevor wir in der Beratung fortfahren. Kollegen und Kolleginnen, die den Plenarsaal verlassen möchten, können dies jetzt tun. - Wenn auch die Beratungen in den Gängen eingestellt sind, beginnen wir.

Bitte, Herr Kollege!

Hans-Dieter Haase (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie sehen mich etwas überrascht. Ich hatte gedacht, ich würde erst nach dem Berichterstatter ans Pult gehen. Aber das soll mich nicht daran hindern, gern zu diesem Tagesordnungspunkt zu sprechen.

Das Rundfunkrecht - Sie alle haben es sicherlich mitbekommen - entwickelt sich derzeit zum Teil wirklich rasant weiter. Allein im letzten Jahr sind der Sechzehnte, der Siebzehnte und der Achzehnte Rundfunkänderungsstaatsvertrag abgeschlossen worden. Der Neunzehnte ist heute in der Diskussion. Und - Sie werden nicht überrascht sein - in wenigen Monaten haben wir hier schon einen weiteren Staatsvertrag zu beraten.

In Niedersachsen sind wir, nachdem die Regierungschefs den Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag unterschrieben haben, wie abgesprochen, frühzeitig durch die Staatskanzlei informiert worden und haben das parlamentarische Verfahren im Ausschuss eingeleitet.

Meine Damen und Herren, dieser Änderungsstaatsvertrag wird überwiegend zum 1. Oktober dieses Jahres und in Teilen zum 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten, wenn ihn alle Landesparlamente beschlossen haben.

Dieser Staatsvertrag umfasst in seinen Artikeln eine Vielzahl von Regelungen zu aktuellen medienpolitischen Themen der Länder, ist also quasi ein dickes Paket verschiedener Thematiken, die im Wesentlichen - zumindest überwiegend - nicht wirklich streitig sind. Leider ist es uns im Ausschuss noch nicht gelungen, zu einer gemeinschaftlichen Zustimmung zu kommen. Aber ich habe Signale erhalten, dass uns das heute in größerer Breite gelingen kann bzw. wird.

Meine Damen und Herren, da die Berichterstattung fehlt, will ich kurz auf die einzelnen Teile dieses Staatsvertrags eingehen.

Erstens geht es um eine Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags. Schon mit der Einführung des Rundfunkbeitrags - Sie erinnern sich an die Diskussion - haben wir eine Evaluierung beschlossen

(Jens Nacke [CDU] nimmt seinen Platz im Plenum ein)

- moin, Herr Nacke! -

(Heiterkeit)

und angekündigt, um die Beiträge quasi fein zu justieren. Dies führt nun zu Veränderungen beim Beitrag für privilegierte gemeinnützige Einrichtungen. Welche sind das? - Das sind die Kindergärten, die jetzt nur noch einen reduzierten Beitrag von einem Drittel zu entrichten haben.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein weiteres Beispiel: Es kommt auch zu Änderungen für die Betriebe. Es war kritisiert worden, dass die Beitragshöhe für sie sozusagen nach Köpfen berechnet wird. Jetzt wird das auf Vollzeiteinheiten umgestellt, sodass nicht diejenigen Betriebe benachteiligt sind, die einen hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten haben. Auch das ist ein Fehler in der ursprünglichen Version.

Auch bei den privaten Beitragszahlern haben wir zumindest für die Kinder bis 25, die noch im elterlichen Hause leben, in Zukunft Beitragsermäßigungen bzw. -befreiungen im Vertrag vorgesehen.

Ich komme zweitens zum Jugendangebot. Die Länder beauftragen mit diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag ARD und ZDF zu einem gemeinsamen Angebot im Onlinebereich mit der Zielgruppe der jungen Menschen in unserem Land. Dies geschah im Übrigen nach einem sehr breiten Konsultationsverfahren. In einer ökonomischen Gesamtbetrachtung ergibt sich der Schluss, dass dieses junge Angebot von ARD und ZDF nur geringe Auswirkungen auf die kommerziellen Wettbewerber haben wird.

Geäußerte Kritik - sehr grundsätzliche Kritik im Übrigen - von Medienverbänden, von privaten Betreibern und insbesondere von der FDP konnte in meinen Augen nicht wirklich überzeugen. Es ist doch verfassungsrechtlich durchaus anerkannt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seinen Angeboten *alle* Bevölkerungsgruppen erreichen können muss. Bei veränderten Seh- und Hörgewohnheiten ist aber dann auch die Ausweitung im Onlinebereich nur konsequent.

Meine Damen und Herren, im Gegenzug werden die Digitalsender „EinsPlus“ und „ZDFKulturkanal“ eingestellt.

Drittens der Jugendmedienschutz. Auch dort gibt es eine Vielzahl von kleineren Verbesserungen, die ich hier nicht alle im Einzelnen aufzählen will. Wir haben beispielsweise die Altersstufen mit denen des Jugendschutzgesetzes vereinheitlicht und Ähnliches umgesetzt.

Viertens. In weiteren Artikeln dieses Staatsvertrags sind Transparenzvorschriften enthalten, die den Umfang der Prüfungsrechte der Rechnungshöfe der Länder bei Beteiligungen der Anstalten klarstellen und vereinheitlichen. Ebenfalls wird der Umfang der Berichterstattung der Rechnungshöfe gegenüber den Landesregierungen und Parlamenten vereinheitlicht. Es geht also auch um eine Stärkung unserer Unterrichtsrechte.

Fünftens. Umsatzsteuerliche Regelungen bei den gewünschten Kooperationen der öffentlich-rechtlichen Anstalten, die zur Befreiung von der Umsatzsteuerpflicht führen, ergänzen diesen Änderungsstaatsvertrag ebenso wie die Einführung einer Transparenzvorschrift zu den Programmbeschaffungskosten im öffentlich-rechtlichen Bereich. Damit will man auch die Produzentenlandschaft,

die durchaus weit über die internen Aufträge der Öffentlich-Rechtlichen hinausgeht, stärken.

Meine Damen und Herren, insgesamt sehen wir in diesem Artikelgesetz zur Annahme des Staatsvertrags ein wirklich nicht unbedeutendes Stück Fortentwicklung unseres Medienrechts, über das wir heute, wie ich hoffe, in großer Einmütigkeit entscheiden. Von Beitragsveränderungen, einem verstärkten Jugendangebot und einem verbesserten Jugendmedienschutz bis hin zu einigen Transparenzvorschriften wird ein Großteil der aktuellen medienpolitischen Diskussion abgebildet.

Ich hoffe, wir finden hier vielleicht sogar unter Zurückstellung kleinerer Bedenken bei allen, liebe FDP - denken Sie einmal darüber nach! -, zu einem breiten zustimmenden Votum zu dem Staatsvertrag, der in meinen Augen aus niedersächsischer Sicht gut verhandelt worden ist und auch in den Ländern, in denen andere Parteikonstellationen in der Regierung sind, durchaus seine Mehrheit gefunden hat.

Ich danke für die Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch einen Moment hier! Ich wollte Sie eben nicht unterbrechen, aber Herr Kollege Mohr hat darum gebeten, eine Frage stellen zu dürfen.

Hans-Dieter Haase (SPD):

Ja.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Bitte schön, Herr Kollege!

Adrian Mohr (CDU):

Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie mir die Möglichkeit zur Zwischenfrage geben. Sie haben sich eben zu den erweiterten Onlinemöglichkeiten, zu dem Internetangebot für den Jugendspartenkanal positiv geäußert. Meine Frage ist: Wie stehen Sie dazu, dass die Schaffung dieses weiteren Angebots im Internet eigentlich ein Eingeständnis ist, dass junge Menschen im herkömmlichen Programm von ARD und ZDF nicht mehr erreicht werden?

Vielen Dank.

(Zustimmung von Björn Thümler
[CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte, Herr Haase!

Hans-Dieter Haase (SPD):

Das ist sicherlich nicht ein Eingeständnis - das hat einen negativen Touch. Es ist sicherlich die Erkenntnis, glaube ich, aller in diesem Bereich, dass Jugendliche im Gegensatz zu unseren Hör- und Sehgewohnheiten mittlerweile Onlineinstrumente in einem viel stärkeren Maße nutzen als z. B. die Generation, der ich angehöre, oder vielleicht sogar die Generation, der Sie angehören. Ich kann das nicht beurteilen.

Es ist insoweit nur konsequent - nach den Urteilen sollen öffentlich-rechtliche Anstalten durchaus für alle erreichbar sein -, wenn man dann sagt: Wir brauchen auch attraktive, gute Onlinejugendkanäle. Im Gegenzug gibt man ja zwei ältere Kanäle auf. Wir werden sehen, wie sich das auswirkt.

Sie kennen die Diskussion, die in diesem Bereich sehr intensiv war. Ich glaube, am Schluss haben die 16 Ministerpräsidenten in dem Rundfunkänderungsstaatsvertrag das Richtige umgesetzt. Es ist ein Kompromiss, der aber nach intensiver, sehr harter Diskussion gerade zwischen den Medienvertretern aller Fraktionen zustande gekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Haase. - Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Fraktionsvorsitzender Dürr das Wort. Bitte!

Christian Dürr (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Neunzehnte Rundfunkänderungsstaatsvertrag schafft einmal mehr die Grundlage für eine Ausdehnung des gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Angebots. Es soll ein weiteres Jugendangebot geben; das ist vorhin gesagt worden. Dagegen scheint die Programmreduktion in diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag sehr übersichtlich verankert zu sein.

Die längst überfällige umfassende Reform des teilweise ungerechten Rundfunkbeitragssystems ist allerdings nicht Bestandteil dieses Entwurfs. Das kritisieren wir ausdrücklich. Es gibt lediglich kosmetische Korrekturen bei der Beitragsfinanzierung. Die lange angestrebte Werbereduktion ist erneut nicht angefasst worden. Aus Sicht der Freien Demokraten besteht bei der Reform des

Rundfunkbeitrags insbesondere im Hinblick auf die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Werbereduktion mittlerweile erheblicher Handlungsbedarf.

(Zuruf von der CDU: Absolut!)

Stattdessen wird die jetzige Novelle mit einem Jugendangebot angereichert, das erst einmal toll klingt, aber vor allem ein Konkurrenzangebot zu den Privaten und Printangeboten darstellen wird - und das immerhin für 45 Millionen Euro Gesamtbudget im Jahr, meine Damen und Herren!

Das geplante Jugendangebot von ARD und ZDF soll - Zitat - „inhaltlich die Lebenswirklichkeit und die Interessen junger Menschen als Zielgruppe in den Mittelpunkt stellen...“ So heißt es in der Staatsvertragsnovelle. Es erlaubt damit aber den Anstalten, ein eigenes Angebot im Internet aufzubauen, dessen Inhalte auch über Drittplattformen wie Facebook, Twitter oder Instagram verbreitet werden dürfen. Das ist eine Wettbewerbsverzerrung, auch im Vergleich zu den Privaten. Diese sind bei der Verbreitung ihrer Inhalte auf Werbeeinnahmen angewiesen. Es ist sicherlich nicht die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, soziale Netzwerke mit Inhalten zu bedienen, meine Damen und Herren.

Hinzu kommt - das zielt ein bisschen auf die Zwischenfrage des Kollegen Mohr ab -: Die Idee ist ja, man müsse jetzt, weil sich das Konsumverhalten insbesondere der 14- bis 29-Jährigen geändert hat, der vermeintlichen Zielgruppe hinterherlaufen. Ich prophezeie, was an dieser Stelle droht: Man versucht, hinterherzulaufen, ist aber schlicht langsamer als die Zielgruppe. Das wird am Ende vielleicht dazu führen, dass wir vor dem Hintergrund der rasanten Entwicklung, die der Kollege Haase zu Recht beschrieben hat, ein Programm, aber unter Umständen kein Publikum haben werden. Das kann nicht das Ziel der Veranstaltung sein.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Insbesondere in Zeiten, in denen sich junge Menschen ihre Angebote bei Netflix, Amazon Prime, YouTube und Co. holen - ich will gar keine Werbung machen; es gibt viele andere -, stelle ich mir die Frage, ob das sinnvoll sein kann. Auch wenn zur Finanzierung des Jugendkanals andere Programmangebote - EinsPlus und ZDFkultur sind genannt worden - eingestellt werden sollen, handelt es sich doch um unnötige Ausgaben, und zwar auf dem Rücken der Gebührenzahler. Das ist übri-

gens auch der Grund, warum der Bund der Steuerzahler diese Ausweitung und die Einführung des Jugendkanals zu Recht kritisiert.

Grundsätzlich: Erneut wird über weitere öffentlich-rechtliche Kanäle entschieden, ohne dass sich die Beitragszahler an dieser Diskussion auch nur beteiligen können, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich stelle mir unter dem Strich - das soll nicht polemisch klingen - die Frage: Man hat sich zwar einen Jugendkanal ausgedacht, aber hat man auch die Jugendlichen gefragt, ob sie dieses Angebot wirklich haben wollen? - Ich mache ein Fragezeichen dahinter, und meine Fraktion setzt heute ein Nein hinter den Rundfunkänderungsstaatsvertrag.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Kollege Nacke das Wort. Bitte!

Jens Nacke (CDU):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal Entschuldigung, dass ich eben nicht im Saal war, als ich aufgerufen wurde, um den Bericht zu erstatten. Aber ich glaube, es ist deutlich gesagt worden, dass wir uns im Ältestenrat mit Blick auf das, was wir heute noch beraten wollen, verständigt hatten, die Berichterstattung nicht vorzunehmen, sondern den Bericht zu Protokoll zu geben. Ich habe mich dann mit Minister Lies in einer Besuchergruppe etwas verquatscht. Ich bitte um Entschuldigung, freue mich aber, dass ich jetzt Gelegenheit habe, für die CDU-Fraktion noch kurz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag Stellung zu nehmen.

Im Ergebnis wollen und werden wir dem zustimmen. Sie können der Vorlage entnehmen, dass wir uns im Ausschuss noch enthalten haben, weil wir es schon kritisch sehen, dass der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst deutlich Punkte angesprochen hat, die er in dem gesamten Staatsvertragswerk kritisch sieht, und vor allen Dingen auch deutlich gemacht hat, dass der Ausschuss - in diesem Falle die Ausschussmehrheit - ihm nicht die Zeit gelassen hat, sich den Staatsvertrag ordentlich anzuschauen und ein umfassendes Statement dazu abzugeben. Wir kritisieren das und bitten darum, die Zeitabläufe anders vorzusehen. Das richtet sich auch an den zuständigen Ministerpräsidenten, der ins Gespräch vertieft ist. Dieses Par-

lament ist kein Abnickverein für Staatsverträge, sondern es hat einen Anspruch darauf, sich sorgfältig mit den Dingen befassen zu können. Das gilt auch für den Gesetzgebungs- und Beratungsdienst.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Inhaltlich stimmen wir dem gleich zu. Die neu hinzugekommenen Regelungen für den Jugendschutz erscheinen vernünftig. Gleiches gilt auch für die Beitragssatzung. Bei den Beiträgen würden wir uns natürlich wünschen, dass sich die Ministerpräsidenten zukünftig an die Empfehlung der KEF halten. Es steht zu befürchten, dass da erneut ein Zugeständnis gemacht wird.

Kritischster Punkt war wahrscheinlich das Jugendangebot. Der Kollege Dürr hat es gerade schon angesprochen. Aber, lieber Kollege Dürr, am Ende liegen wir wohl genau in dieser Frage auseinander. Der Vorwurf an die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten - erste wie zweite Programme, sage ich einmal etwas begrenzt - ist ja immer, dass gerade für Jugendliche kein Angebot vorhanden ist, dass gerade dort zu wenig passiert. Wenn man dann aber der Argumentation folgt: „Das braucht man auch nicht, Jugendliche haben ja im privaten Markt genügend Möglichkeiten, sich über alles zu informieren“ und das etwas weiterdenkt, stellt man natürlich den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, das duale System in Deutschland insgesamt infrage. Denn natürlich gilt dies auch für jeden anderen.

Wenn wir das nicht wollen, sondern wenn wir deutlich machen wollen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk einen Gesamtversorgungsauftrag hat, der auch für Jugendliche gilt, dann ist der Gedanke „Können wir ein gesondertes, eigenständiges Angebot in einem Spartenkanal für Jugendliche machen?“ jedenfalls überlegenswert. Das wird dann hier auch passieren.

Ich bedauere in der Tat - der Kollege Mohr hat das auch mit seiner Zwischenfrage deutlich gemacht -, dass sich das Ganze im Ergebnis - so war es ja ursprünglich nicht gedacht - nun doch nur auf das Internet beschränkt. Dahinter, ob dies das ausreichende Angebot ist, um der Aufgabe gerecht zu werden, darf man jedenfalls ein Fragezeichen machen. Gleichwohl zu dem Betrag - ich glaube, es war in der FAZ; ich habe es jetzt nicht mitgebracht -: So manches Start-up-Unternehmen würde sich freuen, wenn es mit 45 Millionen Euro starten dürfte.

(Christian Dürr [FDP]: Allerdings! Da gibt es keine Beitragszahler, die dahinterstehen!)

Bei dem Betrag muss natürlich schon etwas rüberkommen; das sehe ich auch so. Ich möchte an dieser Stelle aber nicht die gesamte Debatte wiederholen. Ich finde es im Ergebnis richtig, dass diese Möglichkeit jetzt bestehen soll. Ich hoffe, dass dabei etwas herauskommt, was Jugendliche dann auch tatsächlich abfragen und sehen möchten. Das ist eben kein Programm ohne Wert. Aber das kann man auch nur dann sehen, wenn man die Chance eröffnet, es auszuprobieren.

Ich glaube, mit Blick auf die Entscheidung der Regierungschefs sicher sagen zu können: Wenn das ein Programm wird, das Jugendlichen gefällt, dann ist es ganz bestimmt kein Programm, das Ministerpräsidenten gefällt. Aber das gehört zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk dazu.

(Widerspruch bei den GRÜNEN - Miriam Staudte [GRÜNE]: Das geht jetzt zu weit!)

Diesem Ministerpräsidenten wird es jedenfalls nicht gefallen, aber dieser Ministerpräsident interessiert sich ja auch im Wesentlichen nicht für Medienpolitik. Das haben wir in diesem Haus oft genug erleben dürfen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Helge Limburg [GRÜNE] lacht - Miriam Staudte [GRÜNE]: Er hat vielleicht nicht viel Zeit zum Fernsehen, aber das ist etwas anderes! - Helge Limburg [GRÜNE]: Es fing an, zu harmonisch zu werden!)

Im Ergebnis wird die CDU-Fraktion dem Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag bei allen Bedenken, die wir hinsichtlich des Beratungsverlaufes haben, zustimmen. Insofern, lieber Kollege Haase, wird es zu der breiten Mehrheit kommen, die Sie sich gerade so sehr gewünscht haben. Das war aber auch ein frommer Wunsch; ich hatte ja vor der Tür schon gesagt, dass wir zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Dr. Gero Hocker [FDP])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Nacke. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Heere das Wort. Bitte!

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Neunzehnte Rundfunkänderungsstaatsvertrag nimmt einige offene Fäden aus der Vergangenheit auf und führt sie zu einer aus unserer Sicht sinnvollen Weiterentwicklung des deutschen Rundfunks zusammen.

Auch ich beginne gerne mit dem Jugendangebot. Das ist aus unserer Sicht ein richtiger Schritt. Anders als die FDP habe ich auch keine finanziellen Bedenken. Sie suggeriert ja, dass es da Probleme geben könnte. Das Modell ist kostendeckend; es ist kein Fass ohne Boden. Es stehen - das ist angesprochen worden - 45 Millionen Euro aufgrund der Einstellung von EinsPlus und ZDFkultur zur Verfügung, die kostenneutral bereitgestellt werden. Es ist auch kein Zugriff auf die Überschüsse möglich, da sie auf einem Sperrkonto liegen.

Zu dem Vorwurf, Herr Dürr, dass die Beitragszahler nicht beteiligt werden: Sie wissen, dass für die Beantwortung der Frage, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk kosten soll, die KEF verantwortlich ist. Das ist eine unabhängige Kommission, die die Beitragszahlersicht an der Stelle berücksichtigt. Das ist ein eingefahrenes Instrument. Insofern sind diese Vorwürfe haltlos.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich finde es schwierig, dass die FDP offensichtlich beim Thema Jugendangebot argumentiert - das haben Sie hier ausgeführt -, dass bei einem öffentlich-rechtlichen Angebot die Gefahr der Konkurrenz zu privaten Angeboten besteht.

(Christian Dürr [FDP]: Nein, die sollen das im Vollprogramm hinkriegen!)

Ich habe den Eindruck, Sie meinen, dass Angebote für junge Menschen marktgängig sind und dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk deshalb da zurückhalten soll. In der Konsequenz wären nach Ihrer Argumentation möglicherweise Angebote für Ältere weniger marktgängig. Diese Argumentation, die man an dieser Stelle bei Ihnen heraushört, finde ich schwierig.

(Christian Dürr [FDP]: Das war nicht meine Argumentation!)

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat einen Qualitätsanspruch. Auch viele junge Menschen zahlen Rundfunkbeiträge; sie profitieren aber deutlich weniger von den bisherigen Angeboten als andere Beitragszahlerinnen und -zahler.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte, Herr Kollege Heere! - Es ist jetzt wirklich sehr unruhig im Plenarsaal, sodass es sehr schwierig ist, dem Redner zu folgen. Ich bitte daher noch einmal um Ruhe.

Bitte!

Gerald Heere (GRÜNE):

Auch junge Leute profitieren natürlich vom Qualitätsjournalismus der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten; das ist richtig.

(Christian Dürr [FDP]: Warum sollen sie dann nicht einschalten?)

Aber ein konkretes qualitatives Unterhaltungsangebot für junge Leute fehlt bislang. Stattdessen muss man konstatieren, dass ARD und ZDF überwiegend ein älteres Publikum haben. Daher ist ein Jugendangebot richtig, und zwar natürlich auf anderen Kanälen und nicht im Fernsehen, nämlich dort - das ist schon ausgeführt worden -, wo sich die jungen Menschen tummeln.

Das heißt aber nicht, Herr Nacke - um darauf einzugehen -, dass gute Internetfilme, Kurzfilme, Podcasts oder Ähnliches nicht wiederum den Weg ins Fernsehen oder ins Radio finden können. Genau das ist ja der Ansatz dieses Jugendangebots. Den finden wir genauso richtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte ganz kurz auf die anderen Punkte eingehen:

Stichwort „Beitragsstaatsvertrag“: Es ist richtig und sehr erfreulich, dass privilegierte soziale Einrichtungen, Kindergärten, Kitas, Schulen und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen entlastet werden. Das haben wir schon im Rahmen früherer Novellen und Diskussionen gefordert. Das wird jetzt mit eingebaut.

Ebenso finden wir es sinnvoll, dass beim Thema Jugendmedienschutz endlich ein richtiger Anlauf u. a. zur Vereinheitlichung von Altersstufen usw. unternommen wird.

Ich freue mich, dass wir diese losen Fäden aufnehmen und ein Stück weit zusammenführen. Wir werden dem Staatsvertrag zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment noch, bitte, Herr Kollege Heere! Herr Kollege Dürr hat darum gebeten, Ihnen eine Frage stellen zu dürfen. - Bitte, Herr Kollege!

Christian Dürr (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Kollege, damit kein Missverständnis darüber aufkommt, was ich vorhin gemeint habe: Es ging mir keineswegs darum, zu sagen, dass das Programm für die 14- bis 29-Jährigen der Privatmarkt regeln soll. Ich bin sehr für das Zwei-Säulen-Modell. Aber die Frage ist doch - Sie haben das ja richtig analysiert -: Wenn es ARD und ZDF als Vollprogramme nicht mehr ausreichend schaffen, junge Menschen anzusprechen, müssten sie dann nicht selbstkritisch ihr Vollprogramm überprüfen, um junge Menschen mehr anzusprechen und genauso als Zielgruppe zu identifizieren wie vielleicht Menschen im Alter des Herrn Ministerpräsidenten?

(Zustimmung bei der FDP - Petra Tiemann [SPD]: Was soll das denn heißen?)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank.

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Dürr, vielen Dank für die Frage. Das Hauptproblem ist ja nicht der Inhalt, den ARD und ZDF liefern, sondern das Hauptproblem ist das Medium, über das geliefert wird.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Junge Leute gucken einfach weniger Fernsehen. Aber trotzdem sollten junge Leute von dem qualitativ hochwertigen Angebot der öffentlich-rechtlichen Anstalten profitieren. Wenn sie das besser im Internet können als im Fernsehen, dann ist das doch eine sinnvolle Weiterentwicklung des Rundfunks.

(Christian Dürr [FDP]: Das kann man bei ARD und ZDF heute schon!)

Ich glaube, das sollten Sie einmal wahrnehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Heere. - Für die Landesregierung hat nun Herr Ministerpräsident Weil das Wort.

(Unruhe)

- Ich darf noch einmal um etwas Ruhe bitten!

Bitte!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Neunzehnte Rundfunkänderungsstaatsvertrag ist insofern eine Besonderheit, als - wie ich mir habe berichten lassen - es sich um den umfangreichsten Änderungsstaatsvertrag handelt, den wir seit Bestehen dieser löblichen Einrichtung haben. Ich kann Ihnen sagen, dass wir uns in diversen Ministerpräsidentenkonferenzen intensiv mit diesem Thema befasst haben. Dabei haben wir übrigens eine ganze Reihe von Diskussionen genau über die Fragen geführt, die Sie eben in der Debatte aufgeworfen haben: Wohin geht der öffentlich-rechtliche Rundfunk? Wie kann man sicherstellen, dass bei einem veränderten Medienkonsum auch den Öffentlich-Rechtlichen die Möglichkeit eröffnet wird, dabei zu sein, und zwar auf der Grundlage eines qualitativvollen und werbefreien Angebots? - Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

Last, but not least, haben auch viele wirtschaftliche Erwägungen eine große Rolle gespielt.

Unter dem Strich ist es gelungen, tatsächlich unter allen 16 Ministerpräsidenten Einvernehmen herbeizuführen. Ich finde, in Zeiten, in denen man dem Föderalismus immer weniger zutraut, ist das ein schöner Beweis dafür, dass er sehr wohl funktionsfähig ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Frage ist also: Wie können sich die Öffentlich-Rechtlichen in den Zeiten des Internets behaupten? - Es ist natürlich völlig richtig: Man kann die Öffentlich-Rechtlichen auch im Internet sehen. Aber es gibt einen entscheidenden Unterschied beim Medienkonsum. Da sich verschiedene Herren Kollegen hier schon über meinen Medienkonsum intensive Gedanken gemacht haben,

(Christian Dürr [FDP]: Herr Nacke hat angefangen!)

will ich Ihnen das einmal an meinem Beispiel erläutern.

(Jens Nacke [CDU] blättert in Unterlagen)

- Herr Nacke, hören Sie doch einmal zu!

(Jens Nacke [CDU]: Das sagt jetzt der Richtige! Wer liest denn hier permanent seine Unterlagen? - Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- Wissen Sie, es gibt Männer, die sind multifunktional: Die können gleichzeitig lesen, zuhören und arbeiten.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Ich glaube, Herr Ministerpräsident, dass wir das heute nicht weiterverfolgen sollten. Bitte führen Sie weiter aus!

(Zuruf von Jens Nacke [CDU])

Herr Nacke!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Lieber Kollege Nacke, in meiner Jugend, meiner Blüte gab es nur ein lineares Angebot. Das heißt, man war auf das Programm angewiesen, das angeboten wurde. Das war in meinem Fall - weil Sie das interessiert hat -, gewissermaßen von Kindheit an, samstags um 18.15 Uhr die „Sportschau“ - damals noch ohne Werbung. Später kam sonntags um 20.15 Uhr der „Tatort“ dazu.

Beides gibt es heute immer noch, aber die jungen Leute heute - das müssen Sie sich wirklich mal merken, Herr Nacke - wollen selber entscheiden, welche Sendung sie zu welcher Zeit sehen. Die Chance, mit jugendadäquaten Angeboten genau auf dieses unterschiedliche Medienverhalten zu reagieren und sich entsprechend zu präsentieren, wollen wir den Öffentlich-Rechtlichen eröffnen. Das entspricht übrigens auch der Bestands- und Entwicklungsgarantie, die wir nun einmal dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk gegeben haben.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Auch sonst ist manches Gute in diesem Änderungsstaatsvertrag enthalten. Deswegen will ich abschließend sagen: Ich glaube, das ist ein gutes Regelwerk. Dem kann man gut zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, sodass ich die allgemeine Beratung schließen kann.

Wir kommen jetzt zur Einzelberatung zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung. Ich rufe auf

Artikel 1 einschließlich Staatsvertrag. - Unverändert.

Artikel 2. - Unverändert.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Die Gegenprobe!

(Zurufe: Oh!)

Stimmhaltungen? - Das Erste war die große Mehrheit.

(Christian Dürr [FDP]: Es muss ja ein paar Leute geben, die noch Haltung bewahren!)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Nr. 2 der Beschlussempfehlung.

Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit die in die Beratung einbezogene Eingabe 01857 und Folgesätze für erledigt erklären und die Einsender über die Sach- und Rechtslage unterrichten möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmhaltungen? - Das Erste war die große Mehrheit.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Nr. 3 der Beschlussempfehlung.

Wer Nr. 3 folgen und damit die in der Beratung einbezogene Eingabe 02460 für erledigt erklären möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmhaltungen? - Auch hier war das Erste die große Mehrheit.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 4:

Erste Beratung:

Gesetz zur institutionellen Stärkung und Weiterentwicklung des Zweckverbandes „Großraum Braunschweig“ - Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 17/5290

Zur Einbringung erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Tanke das Wort. - Bitte, Herr Kollege!

(Unruhe)

Bevor wir beginnen, möchte ich noch einmal alle Kollegen, die der Beratung nicht folgen möchten, bitten, den Plenarsaal zu verlassen. - Vielen Dank. Bitte; Herr Kollege!

Detlef Tanke (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! SPD, Grüne und FDP legen heute einen Vorschlag vor, um die jahrzehntelange Debatte in der Region Braunschweig über Veränderungen zu bündeln. An Vorschlägen hat es in dieser Zeit nicht gemangelt.

(Vizepräsident Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

Es gehört seit Jahren zum Selbstverständnis fast jedes wichtigen Akteurs in der Region, seinen Vorschlag zur Stärkung der Region in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Dabei stand häufig die Selbstprofilierung im disproportionalen Verhältnis zu dem Gedanken der möglichen Umsetzung. Das, meine Damen und Herren, ist der Unterschied zu dem heutigen Gesetzentwurf, weil sich drei Fraktionen auf diesen kleinsten gemeinsamen Nenner in der Region geeinigt haben. Klar werden wir jetzt hören: Das ist zu wenig auf dem Weg zur Region. Andere werden sagen: Das geht viel zu weit. - Aber ich glaube, dass solche Diskussionen um Verwaltungsstrukturen so alt sind wie die Organisation kommunaler Aufgabenerledigung.

Die Muster dieser Debatten sind häufig ähnlich. Trotz jahrelanger Diskussion zu diesem Thema sprechen Kritiker dann von einem Schnellschuss oder beklagen Veränderungen, die überhaupt nicht geplant sind. Deswegen sind Veränderungen generell schwierig. Das wissen alle Landtagskolleginnen und -kollegen hier im Haus, weil es immer wieder auch Protagonisten gibt, die sich gegen Vorschläge stellen. Auch hier im Landtag gingen die Vorstellungen darüber, was wo und wie in Niedersachsen zu tun ist, quer durch alle Fraktionen auseinander. Macht man eine Enquetekommission für Teilregionen? Macht man eine Enquetekommission für ganz Niedersachsen, oder macht man überhaupt keine Enquetekommission?

(Zuruf von der CDU: Ihr könnt euch ja nicht einigen!)

Meine Damen und Herren, wir lassen diese Diskussion heute hinter uns; denn wir wollen ein Stück in der Frage von Verwaltungs- und Aufgabengliederung vorankommen. Deswegen legen wir heute diesen Vorschlag vor.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Wie Sie wissen - das will ich nicht zu unbescheiden sagen -, fällt bei solchen Diskussionsprozessen im Raum Braunschweig natürlich der SPD als stärkster Kraft eine besondere Rolle zu.

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Deswegen haben wir als SPD im Bezirk Braunschweig mindestens seit 2009 im Zweijahresrhythmus auf jedem Parteitag beschlossen, die Region zu stärken. Wir haben aber dann nicht nur geredet, sondern haben auch gesellschaftliche Bündnisse angestrebt. Deswegen kam es dazu, die einzige regionale Klammer zu stärken, die es im Großraum Braunschweig gibt, nämlich den Zweckverband. Das hat dazu geführt, dass der Zweckverband eine entsprechende Beschlussfassung im Mai letzten Jahres vorgenommen hat.

Ich darf an dieser Stelle ganz herzlich auch unseren Verbandsdirektor Hennig Brandes und die erste Verbandsrätin Manuela Hahn begrüßen. Herzlich willkommen heute im Landtag.

(Beifall bei der SPD, der CDU und bei den GRÜNEN)

Wir haben im Beschluss eine Menge Vorschläge gemacht. Dies geschah übrigens nahezu einstimmig mit allen Vertretern in der Verbandsversammlung im Mai letzten Jahres. Wir haben dort z. B. noch gefordert, die Genehmigung von Flächennutzungsplänen dem Zweckverband zu übertragen. Das ist im Gesetzentwurf nicht enthalten. Fragen der Gesamtmobilität und der Wirtschaftsförderung sind beschlossen worden. Sogar die Trägerschaft der berufsbildenden Schulen ist im Beschluss des Zweckverbandes einstimmig gefordert worden. Das ist auch etwas, was heute nicht im Gesetzentwurf steht. Möglichkeiten zur weiteren Aufgabenübertragung sind gefordert worden. Das ist im Gesetzentwurf jetzt entsprechend geregelt worden.

Ganz besonders wichtig ist mir noch, dass in den Beschlüssen und den Empfehlungen, die aus dem Zweckverband an den Landtag gegangen sind, bei entsprechender Aufgabenfülle auch eine Direktwahl für das Jahr 2020 vorgeschlagen worden ist.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: 2020 schon?)

- 2021. Das ist nachzulesen. Alle in Lengede an dem Tage Anwesenden haben das mitbeschlossen, Herr Kollege Oesterhelweg.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Dann war ich wohl nicht da, was?)

- Das kann ja sein. Aber zumindest hat die CDU-Fraktion das mitbeschlossen. Darauf lege ich großen Wert.

Das fällt alles nicht vom Himmel, sondern wir haben uns bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfs natürlich auch an diesen Empfehlungen des Zweckverbandes orientiert. In diesen Empfehlungen des Zweckverbandes wird eine Direktwahl vorgeschlagen. Es wird vorgeschlagen, sie ab 2021, also ab der übernächsten Wahlperiode, einzurichten. Dazu haben wir auch etwas gemacht, was im Bogumil-Gutachten als einer der zentralen Kritikpunkte an der Region genannt worden ist. „Dualität der Akteure“ hat Herr Prof. Bogumil das genannt. Die Akteure in Braunschweig sprechen mehr übereinander als miteinander. Deswegen wollen wir einen Verbandsrat einführen, in dem sozusagen der Dialog der regionalen Akteure institutionalisiert ist. Das ist ein wichtiger Fortschritt für die Region Braunschweig und eine Möglichkeit, gegenseitiges Vertrauen stärker wachsen zu lassen.

Wir haben mit dem Gesetzentwurf neben den bisherigen Aufgaben der regionalen Raumordnung und des öffentlichen Personennahverkehrs vor, die Aufgabe des ÖPNV zur Gesamtmobilität zu entwickeln. Wir wollen besonders bedeutsame Gewerbegebietsflächen regional koordinieren - wer genau liest, kann das in dem Text finden -, ohne dabei die gemeindliche Zuständigkeit einzuschränken. Wir wollen, dass die Standorte und Bildungsangebote berufsbildender Schulen koordiniert werden und dass für touristische Konzepte auch der Zweckverband Pläne erstellen kann. Wir wollen das Regionalmarketing bei dem zukünftig zu benennenden Regionalverband ansiedeln. Hochwasserschutzpläne sollen zukünftig in diese Aufgabenveränderung einbezogen sein.

Alles in allem, meine Damen und Herren, ist das aus unserer Sicht eine maßvolle Stärkung der Region. Ich danke allen an den Debatten und an den konstruktiven Vorarbeiten zwischen den Fraktionen Beteiligten. Ich darf namentlich Herrn Heere, Herrn Försterling und auch Herr Oesterhelweg nennen. In unseren Vorgesprächen sind viele, viele Punkte gemeinsam erarbeitet worden. Ich hoffe, es wird am Ende der Debatte möglich sein, dass alle Fraktionen gemeinsam ein Gesetz beschließen.

Wir, die drei Fraktionen, die diesen Gesetzentwurf vorgelegt haben, wollen heute die jahrzehntelange Debatte in der Region Braunschweig darüber, was man macht, zu Ende führen. Wir glauben, dass es nach diesen Jahren der Diskussionen, die zu keinem Ziel geführt haben, aufhören muss, immer Vorschläge zu entwickeln und zu sagen, was nicht geht, sondern dass gesagt werden muss, was geht. Das, was geht, haben wir heute vorgelegt.

Ich freue mich auf die Diskussion und auf konkrete Alternativvorschläge. Ich bitte darum, dass konkrete Alternativvorschläge Antworten auf die Fragen geben, die viele in der Region stellen - Wie kann man die Region stärken? Wie kann man die regionale Zusammenarbeit stärken? Wie können wir das bewerkstelligen? -, wie es alle hier im Hause sagen, wie es der ZGB sagt, wie es alle Akteure in der Region, auch jenseits der Politik, immer sagen. Ich darf Ihnen auf jeden Fall versichern: Wir sind bereit, mit solchen Vorschlägen in der Debatte konstruktiv umzugehen. Ich hoffe, wie gesagt, darauf, dass wir am Ende zu gemeinsamen Lösungen und zu einem gemeinsamen Gesetzentwurf kommen, der die Region Braunschweig entsprechend stärkt.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tanke, für die Einbringung und Begründung. - Jetzt hat sich die Kollegin Angelika Jahns, CDU-Fraktion, zu Wort gemeldet. Frau Jahns, Sie haben das Wort.

Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Tanke! Ich höre Ihre Worte; allein mir fehlt der Glaube, heißt es immer so schön.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]:
Das ist doch keine Religion!)

Sie hätten diesen Gesetzentwurf auch gemeinsam mit uns abstimmen können. Ich habe mir erzählen lassen, wie die Gespräche gelaufen sind. Danach kann ich nur sagen: Wir sind ziemlich enttäuscht, dass Sie so vorgeprescht sind und diesen Gesetzentwurf jetzt eingebracht haben.

Die Regierungsfaktionen haben gemeinsam mit der FDP-Fraktion jetzt den Gesetzentwurf zur institutionellen Stärkung und Weiterentwicklung des

Zweckverbandes „Großraum Braunschweig“ eingebracht. Ich glaube, wir sind uns hier alle fraktionsübergreifend einig, dass Strukturveränderungen, d. h. Verbesserungen, für den Bereich des bisherigen Zweckverbandes Braunschweig dringend erforderlich sind.

Leider hat diese Landesregierung alle bisherigen Entwicklungen für Fusionen in diesem Bereich gegen die Wand gefahren. Insbesondere die bereits weit fortgeschrittenen Planungen zur Fusion des Landkreises Helmstedt mit der Stadt Wolfsburg wären ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. Der Landkreis Helmstedt ist finanziell sehr schlecht aufgestellt und bedarf dringend der Unterstützung. Statt hier bereits ein Zeichen zu setzen und mit Mut und Innovation Türen zu öffnen, hat die Landesregierung allen Akteuren einen Strich durch die Rechnung gemacht und sieht tatenlos zu, wie es in diesem kommunalen Bereich immer weiter bergab geht. Wachen Sie endlich auf, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, und unterstützen Sie die Kommunen bei ihrer Suche nach Entwicklungsperspektiven und bei den entsprechenden Aktivitäten!

Aber auch andere von den Kommunen beabsichtigte Fusionen haben Sie gnadenlos scheitern lassen. Allerdings war das nicht die Landesregierung, sondern die sie tragenden Fraktionen. Ich nenne hier beispielhaft die Stadt Helmstedt und die Samtgemeinde Nordelm.

Meine Damen und Herren von SPD, Grünen und FDP, der Gesetzentwurf für diese Fusion war handwerklich so schlecht, dass Sie ihn zurückziehen mussten. Der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst hat hierzu ein vernichtendes Gutachten erstellt. Statt die Anregung, hier nachzubessern, zu berücksichtigen und Rechtssicherheit herzustellen, hat Sie der Mut verlassen, und Sie machen lieber gar nichts. Das ist eine Bankrotterklärung Ihres kommunalen Handlungsspielraumes.

(Beifall bei der CDU - Zuruf bei der SPD: Ihre Rede ist eine Bankrotterklärung!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ihr jetzt vorgelegter Gesetzentwurf zur institutionellen Stärkung des ZGB soll anscheinend von Ihrer bisherigen Tatenlosigkeit und dem Pleiten-, Pech- und Pannenkataster ablenken.

(Beifall bei der CDU)

Statt den von der CDU vorgeschlagenen Weg einer Enquetekommission zu gehen, der die Erar-

beitung einer strukturellen Entwicklungschance für den Großraum Braunschweig ermöglicht hätte, versuchen Sie jetzt, mit dieser Kurzschlussbehandlung von den Defiziten abzulenken, die Sie seit drei Jahren in diesem kommunalen Bereich zu verantworten haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben die Hand ausgeschlagen, die Ihnen zu einer stabilen Mehrheit oder vielleicht sogar zu einem einstimmigen Beschluss für eine alternative kommunale Zukunftsperspektive für den Großraumverband Braunschweig verholfen hätte. Damit haben Sie eine große Chance vertan, fraktionsübergreifend eine positive Lösung zu entwickeln.

(Björn Thümler [CDU]: So ist es!)

Doch kommen wir jetzt zu dem Gesetzentwurf! SPD, Grüne und FDP möchten die Macht des bisherigen ZGB verstärken. Zunächst soll der Name geändert werden in Regionalverband - - -

(Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Es geht um die Macht!)

- Das war eine Äußerung in den Medien, meine Damen und Herren! - Der erste Schritt hin zu einer Gesamtregion Braunschweig? Ob dies im Interesse aller Verbandsglieder liegt, ist fraglich. Die unterschiedlichen Ziele und Möglichkeiten auf der kommunalen Ebene müssen sorgfältig gegeneinander abgewogen werden. Der Chor der Entscheidungsträger vor Ort ist sehr vielstimmig. Deshalb wäre es klug gewesen, eine gemeinsame Zukunftsstruktur zu erarbeiten, wie dies von allen Fraktionen hier im Landtag in mehreren Gesprächen angestrebt war.

(Beifall bei der CDU)

Stattdessen haben Sie diesen kooperativen Weg verlassen und die Gespräche abgebrochen. Wir werden die Beratungen über diesen Gesetzentwurf trotz alledem positiv begleiten in der Hoffnung, dass Sie doch noch die Notwendigkeit für einige Kurskorrekturen ihrerseits erkennen.

Meine Damen und Herren von SPD, Grünen und FDP, ich frage Sie: Deutet der Name „Regionalverband Großraum Braunschweig“ darauf hin, die Kreise aufzulösen?

(Detlef Tanke [SPD]: Nein!)

- Das ist gut! Das höre ich gerne!

(Heiterkeit bei der CDU)

Die CDU ist sehr gespannt, wie sich die kommunalen Spitzenverbände, aber auch die Verbandsglieder sowie z. B. der Handel oder das Handwerk zu Ihrem Gesetzentwurf positionieren. Wir konnten schon Stellungnahmen des Landkreistages dazu lesen.

Das wichtigste Vorhaben in Ihrem Gesetzentwurf scheint die Übernahme des Verbandsvorsitzes durch den Kollegen Tanke zu sein,

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe bei der SPD: Oh nein! - Unruhe bei der SPD)

wie in den Medien zu lesen war. Zusätzlich soll ein Verbandsrat gebildet werden, dem die HVBen angehören.

Mit diesem Gesetzentwurf soll aber auch der bisherige Aufgabenkatalog des künftigen RGB erweitert werden. Unter anderem soll eine Übertragung von Aufgaben, z. B. aus dem Freizeit- oder Kulturbereich, auf den RGB von mindestens zwei Verbandsgliedern möglich sein. Hierzu stellt sich die Frage, ob die Kostenverteilung positiv sein wird und von den Verbandsgliedern auch so anerkannt wird. 90 % sollen von den antragstellenden Gebietskörperschaften getragen werden, der Rest von allen anderen.

Die Stellungnahmen im Rahmen der Anhörung zu diesem Gesetzentwurf werden zeigen, ob er Unterstützung findet. Die ursprüngliche Absicht, dem neuen RGB auch die Flächennutzungsplanung zu übertragen, ist gestrichen worden; das haben wir schon gehört. Des Weiteren wird auf die Möglichkeit der kommunalen Zusammenarbeit bei der Ausweisung von gemeinsamen Gewerbegebieten hingewiesen. Meine Damen und Herren, die gibt es jetzt schon. Diese Möglichkeit hat die Vorgängerregierung durch das Gesetz zur kommunalen Zusammenarbeit schon geschaffen.

Im Rahmen des Gesetzentwurfes soll die Direktwahl ermöglicht werden. Das von Ihnen zitierte Bogumil-Gutachten sah dies ausdrücklich nicht vor.

Die Direktwahlen werden zusätzliche Kosten verursachen, auch wenn sie zusammen mit den Kommunalwahlen durchgeführt werden.

(Ingrid Klopp [CDU]: So ist es!)

Von Einsparungen kann also auch hier keine Rede sein.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, Sie greifen mit Ihrem Vorhaben in die Selbstverwaltung der kommunalen Strukturen ein und beschränken diese erheblich. Sie schaffen mehr Bürokratie und erhöhen auch noch die Verbandsumlage. Außerdem gibt es schon andere Institutionen, die ebenfalls Aufgaben, die der ZGB bzw. der RGB wahrnehmen soll, erledigen. Wir haben die Allianz für die Region, den Landesbeauftragten und den ZGB. Auch die Wolfsburg AG arbeitet überregional. Alle beschäftigen sich mit der Entwicklung dieses kommunalen Bereiches.

Die CDU-Fraktion erwartet hier eine klare Abgrenzung. Schauen wir, wie der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst Ihren Gesetzentwurf bewertet. Handwerklich bestehen bereits jetzt Zweifel. Es ist sicherlich nicht schlüssig, wenn Sie den § 4 aufheben und einen neuen § 4 a schaffen. Darüber hinaus gibt es auch Unstimmigkeiten in Artikel 1 Nr. 11. Aber das werden wir sicherlich in den Beratungen klären.

Wir werden uns ausführlich mit den Einzelheiten dieses Entwurfes auseinandersetzen, die Stellungnahmen aller Beteiligten sorgsam bewerten und in die Beratungen einbeziehen. Am Ende wird für die CDU-Fraktion ausschlaggebend sein, wie die Einschätzung der Entwicklungschancen durch Unterstützung eines Regionalverbandes Braunschweig vor Ort gesehen wird. Eine Aufgabenkritik muss erlaubt sein. Den großen Herausforderungen einer finanziellen Zukunftssicherung der Gebietskörperschaften wie dem Landkreis Helmstedt werden Sie leider nicht gerecht.

Trotz alledem wollen wir als CDU-Fraktion nicht nach dem Motto „Wie du mir, so ich dir“ agieren, sondern konstruktiv an einer besseren Infrastruktur im Bereich des ZGB oder künftigen RGB mitarbeiten.

Im Interesse unserer Kommunen wollen wir Nägel mit Köpfen machen und nicht nur reden, sondern handeln. Wir werden sehen, ob auch Sie im Interesse unserer Kommunen kompromissbereit sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Jahns. - Es gibt zwei Wortmeldungen zu Kurzinterventionen. Der Bitte wird entsprochen. Herr Kollege Heere, Sie haben das Wort. Anschließend folgt Herr Watermann.

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Jahns, anstatt sich konstruktiv mit diesem Gesetzentwurf auseinanderzusetzen, machen Sie wieder einmal eine platte Generalabrechnung. Dabei ist es die CDU, die hier mangelnde Verantwortung für die Region zeigt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir erinnern uns. Erstes Beispiel: Enquete. Erst ein eigener Enqueteantrag, ohne jede Abstimmung oder Gespräche mit den anderen - das war ganz anders, als es hier beim ZGB gelaufen ist -, dann in dem gleichen Kontext Ihre Weigerung, die Hauptverwaltungsbeamten überhaupt nur anzuschreiben, um die Ausrichtung oder die lokale Unterstützung einer Enquetekommission mit den Entscheidungsträgern vor Ort zu diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig! Genau!)

Das ist das, was Sie machen.

Zweites Beispiel: die Fusion der Stadt Helmstedt. Erst unterstützen Sie, auch presseöffentlich, die gemeinsame Initiative, dann bekommen Sie aber nicht einmal in Ihrer eigenen Fraktion eine Mehrheit für diesen Gesetzentwurf zur Fusion.

Drittes Beispiel: Jetzt, beim ZGB, ziehen Sie sich zurück. Warum eigentlich? Wegen der Direktwahl? - Es war doch in den gemeinsamen Gesprächen, auch mit Herrn Oesterhelweg, klar, dass das ein für uns sehr wichtiger Punkt ist. Dass Sie aber deshalb abspringen, ist schon ein bisschen merkwürdig. Es vertieft sich ernsthaft der Eindruck, dass Sie sich für diese Region immer erst staatstragend geben, dann aber irgendein Haar in der Suppe suchen, um sich zurückziehen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Schon in der letzten Legislaturperiode hat die CDU für die Region Braunschweig nichts geschafft, ganz im Gegenteil: Sie haben ihr immer wieder Knüppel zwischen die Beine geworfen. Gut, dass die anderen Fraktionen dieses Hauses jetzt Verantwortung für diese Region übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke, Herr Heere. - Herr Watermann, bitte schön!

Ulrich Watermann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Heere hat im Wesentlichen schon das ausgeführt, worauf auch ich eingehen wollte: Sie sind am Anfang immer mit dabei, dann aber sind Sie stets die Ersten, die verschwunden sind. Das ist sehr bedauerlich. Jetzt haben Sie noch einmal angeboten, mitzuarbeiten. Ich messe einmal, wie lange diese Mitarbeit am Ende funktionieren wird.

Eines kann ich Ihnen wirklich zusichern: Wir werden es bei dieser Gesetzesberatung nicht ermöglichen, dass Detlef Tanke, auch wenn er gerade einen runden Geburtstag hatte, schon quasi per Gesetz zum Vorsitzenden gewählt wird. Das werden wir nicht tun, das wäre undemokratisch. Ansonsten erwarte ich von Ihnen, dass Sie konstruktiv mitarbeiten und nicht immer gleich verschwinden,

(Zurufe von der CDU)

sondern dazuhalten und das tun, was Sie hier immer fordern. Im Fall Helmstedt war es wirklich das Dramatische, was ich bisher mit Ihnen erlebt habe.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Frau Jahns!

Angelika Jahns (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine beiden Kollegen haben ausgeführt, dass wir uns aus der Verantwortung gestohlen hätten. Aber ich kann nur sagen: Wir sind es gewesen, die immer wieder auf Sie zugegangen sind. Wir haben mit unserem Antrag auf Einrichtung einer Enquetekommission alle Möglichkeiten, alle Chancen eröffnet, hier gemeinsam etwas Vernünftiges, was Ihre Landesregierung unterstützt hat, was Ihr Innenminister unterstützt hat, auf den Weg zu bringen. Nur Sie haben es nicht unterstützt. Darin liegt das ganze Problem, weil sich Rot-Grün mal wieder nicht einigen konnte.

(Beifall bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Stimmt nicht!)

Das Scheitern des Gesetzentwurfs für Helmstedt uns anzulasten, ist ja wohl das Allerletzte. Sie haben eine ganz ausführliche Kritik des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes bekommen, dass dieser Gesetzentwurf nicht den rechtlichen Gege-

benheiten entspricht und nicht rechtssicher ist. Sie hätten die Chance gehabt, Nachbesserungen vorzulegen, aber davor hatten Sie Angst, da haben Sie gekniffen. Deswegen können Sie jetzt die Schuld nicht uns in die Schuhe schieben.

(Beifall bei der CDU)

Zu Ihrer Äußerung zur Beteiligung der Hauptverwaltungsbeamten: Ich bin gespannt, wie sich jetzt die Hauptverwaltungsbeamten in dem Großraumbereich Braunschweig äußern werden. Denn wie wir gehört haben, haben Sie die vorher zu Ihrem Gesetzentwurf auch nicht beteiligt.

(Detlef Tanke [SPD]: Das haben Sie falsch gehört, Frau Jahns!)

- Ja, das werden wir noch feststellen können. Die heutigen Anmerkungen des Niedersächsischen Landkreistages waren ja auch extrem. Aber ich denke, dass Sie auf solche Zusagen nicht aufbauen können; denn das widerspricht genau dem, was Sie hier vorgelegt haben.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Schönen Dank. - Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Heere. Bitte schön!

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute bringen SPD, FDP und wir Grüne einen Gesetzentwurf für einen echten Fortschritt für die Region des Großraums Braunschweig ein. Der bisherige Zweckverband Großraum Braunschweig wird aufgewertet zu einem echten Regionalverband mit mehr Aufgaben, mit einer integrativen Struktur und mit einer Direktwahl der Verbandsversammlung. Stärkung der Aufgaben bedeutet - das wurde gesagt -, dass zukünftig neben dem Regionalverkehr und der Regionalplanung nun auch Regionalentwicklung zu den neuen Aufgaben des RGB gehören sollen. Unter dieser Überschrift sind eine Reihe von Detailregelungen subsummiert, z. B. der Bereich Wirtschaft - da geht es um regional bedeutsame Gewerbegebiete -, die Bildung - da geht es um die Koordination der Berufsschulen -, die Umwelt, der Hochwasserschutz - er ist angesprochen worden - sowie der Regionaltourismus und das Regionalmarketing.

Die Aufgaben sind darüber hinaus leichter zu erweitern. Zukünftig können bereits zwei Verbandsmitglieder eine gemeinsame Aufgabe auf den RGB übertragen, statt einen separaten Zweckverband zu gründen. Damit gewinnt der Verband auch als institutionelle regionale Klammer deutlich an Bedeutung, und das ist gut so.

Die neue Struktur schafft nun auch die Einbindung der acht Hauptverwaltungsbeamten auf Stadt- bzw. Kreisebene in einem mitberatenden Verbandsrat. Ich gebe zu, wir Grüne waren von Anfang an nicht unbedingt von diesem Verbandsrat überzeugt, dennoch hat diese Struktur auch Chancen. Daher formuliere ich einfach einmal die Erwartung, dass die acht Hauptverwaltungsbeamten sich mit dieser Struktur auch deutlich stärker zusammen zum Wohle der Region einbringen und ihre Kirchtürme hinter sich lassen werden. Die Zukunft wird zeigen, ob sich diese Struktur bewähren wird.

Kern der Entscheidungsfindung bleibt aber die Regionalversammlung. Sie umfasst die Repräsentanten aus allen Teilen der Region. Besonders stolz bin ich darauf, dass wir es geschafft haben, hier die Direktwahl durchzusetzen. Das ist eine urgrüne Forderung. Anders als bisher werden dann ab dem Jahr 2021 nicht mehr die Räte und Kreistage über die Mitglieder der Regionalversammlung entscheiden, sondern die Wählerinnen und Wähler direkt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der FDP)

Auch damit steigt die Chance, dass das Denken - „Was kann ich für meine Stadt und für meinen Landkreis im Verband erreichen?“ - durch ein gesamtregionales Denken ersetzt wird. Außerdem rückt der Verband durch eine Direktwahl auch viel näher an die Bevölkerung heran, und genau das brauchen wir im Großraum.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Sieben Grüne-Kreisverbände in der Region haben in einem gemeinsamen Beschluss vom Februar 2015 formuliert: Wir sind der festen Überzeugung, dass unser Ziel einer lebenswerten, wirtschaftlichen starken und zukunftsfähigen Region zwischen Harz und Heide nur erreichbar ist, wenn die Zusammenarbeit der Landkreise und kreisfreien Städte auf eine höhere Stufe gehoben wird. Eine Bündelung der bislang nebeneinander wirkenden Kräfte wird die nötigen Ressourcen für den notwendigen Aus- und Umbau der Region mobilisie-

ren und der Region eine einheitliche Stimme geben, wenn es im Land, Bund und in Europa darum geht, Fördermittel und Unterstützung zu gewinnen.

Regionale Strukturen ermöglichen eine Schulplanung, die sich am Wohnort und an den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler statt an Kreisgrenzen orientiert. Sie erlauben auch erstmals eine integrierte, großräumige Weiterentwicklung von Wohn-, Freizeit-, Natur- und Gewerbeflächen und eine hierauf abgestimmte Planung von optimierten Verkehrsstrukturen etc. Als gemeinsames Fernziel haben wir Grüne auf dieser Basis uns daher das Ziel der verfassten Region gesetzt. In dem Beschluss haben wir aber realistisch formuliert: Die Zeit bis zur Verwirklichung der großen Region sollte zu einer Aufwertung des ZGB genutzt werden, indem er weitere Planungsaufgaben übernimmt.

Es freut mich, dass wir heute gemeinsam mit SPD und FDP genau diesen Schritt im Plenum gehen konnten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Unser Fazit: Bevor wir uns größeren Träumen widmen, die möglicherweise unrealistisch sind, wollen wir mit der Aufwertung des ZGB einen ersten ganz konkreten Schritt gehen, der endlich etwas umsetzt, was über Jahre nicht geschafft wurde. Anregungen aus der Anhörung sind dabei gerne gesehen. Alle regionalen Akteure sind aufgerufen, den Gesetzentwurf auch noch zu verbessern. In diesem Sinne freue ich mich sehr auf die Ausschussberatungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Heere. - Jetzt hat sich Björn Försterling für die FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Herr Försterling, Sie haben das Wort.

(Ulrich Watermann [SPD]: Das war auch einer der wenigen Aufrechten!)

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht um weitere Aufgaben, es geht um die Frage der institutionellen Weiterentwicklung, und es geht tatsächlich um die Frage der Wahl der Verbandsversammlung. Nicht mehr, aber auch

nicht weniger steckt in diesem Gesetzentwurf. Die Diskussion hat schon gezeigt, wie vielschichtig in der Region Braunschweig diskutiert wird. Ja, wir als FDP wären auch gemeinsam mit der CDU den Weg gegangen, eine Enquetekommission einzusetzen. Das hat hier keine Mehrheit gefunden. Das heißt aber nicht, dass wir uns aus sämtlichen Diskussionsprozessen abmelden.

Tatsächlich hat es im Zuge der Erarbeitung dieses Gesetzentwurfs eine intensive interfraktionelle Zusammenarbeit gegeben. Zumindest ich für meinen Teil kann mich nicht beschweren, von diesem Gesetzentwurf nichts erfahren zu haben.

Ich glaube, man muss tatsächlich noch einmal über diesen Gesetzentwurf reden. Scheinbar haben Sie in der CDU einen anderen Gesetzentwurf als ich.

(Zustimmung bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich habe den von Ihnen angesprochenen handwerklichen Fehler im Gesetzentwurf nicht entdeckt. Ich habe auch nicht verstanden, warum vonseiten der CDU zugerufen worden ist, die Flächennutzung solle irgendwie durch den ZGB geregelt werden. Es gab einmal einen Entwurf, in dem von Landschaftsrahmenplan und Schutzgebieten die Rede war. Aber das ist gestrichen worden.

Tatsächlich geht es um folgende Aufgaben:

1. Aufstellung eines Verkehrsentwicklungsplans ...,
2. Koordinierung des Angebots regional bedeutsamer Gewerbegebiete ...,
3. Bereitstellung, Analyse und Bewertung von Daten zur Strukturentwicklung ...,
4. Koordinierung eines ausgeglichenen Standort- und Bildungsangebots berufsbildender Schulen,
5. Erstellung touristischer Konzepte ...,
6. werbende, identitätsstiftende und ähnliche Maßnahmen“.

Jeder von uns sagt doch vor Ort - das sage ich auch als Kreistagsabgeordneter -: Diese Aufgaben enden nicht an der Landkreisgrenze. Bei ihnen muss man über diese Grenzen hinaus denken.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Für dieses Denken über die Landkreisgrenzen hinweg brauchen wir eine Ebene. Warum soll das nicht der Zweckverband „Großraum Braunschweig“ - künftig: der Regionalverband - sein?

(Zuruf von Ingrid Klopp [CDU])

Landkreisen und kreisfreien Städten soll die Möglichkeit gegeben werden, freiwillig weitere Aufgaben auf den Regionalverband zu verlagern. Der Gesetzentwurf zwingt aber keine Gebietskörperschaft zu einer solchen Aufgabenübertragung. Das ist ein reines Angebot. So steht es im Gesetzentwurf. Ich weiß nicht, was aus Sicht der CDU-Fraktion dagegen spricht, die doch interkommunale Zusammenarbeit durchaus fördern möchte.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch ich habe in den letzten Wochen intensiv mit Landräten über dieses Thema gesprochen.

(Glocke des Präsidenten)

Tatsächlich gibt es die große Sorge, dass die Landkreise schleichend entmachtet werden sollen. Ein Argument ist immer: Jetzt führt ihr die Direktwahl der Verbandsversammlung ein. Das heißt doch eigentlich, ihr wollt diesem Regionalverband mehr Aufgaben geben. Denn bei einer Institution mit wenig Aufgaben macht eine Direktwahl überhaupt keinen Sinn.

Diese Logik kann ich nicht nachvollziehen. Ich finde, auch bei wenig Aufgaben macht es durchaus Sinn, das demokratische Instrument der Direktwahl einer Verbandsversammlung einzuführen.

Ich lasse mich gerne von der nächsten Verbandsversammlung, die von 2016 bis 2021 amtiert wird und die noch mittelbar - über die Kreistage und Stadträte - gewählt wird, überzeugen, dass die Verbandsversammlung 2016 bis 2021 viel näher an die Bevölkerung heranrückt.

(Glocke des Präsidenten)

Das habe ich persönlich in den letzten Jahren aber nicht festgestellt. Kein Mensch da draußen weiß - Entschuldigung an die anwesenden Vertreter der Verbandsversammlung! -, welche altgedienten Kommunalpolitiker über die Kreistage in die Verbandsversammlung geschickt wurden.

(Zustimmung bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Wie heißt denn eurer?)

Ich finde, dieses Recht kann man den Bürgerinnen und Bürgern geben. Sie können bei der Kommunalwahl entscheiden, wer in die Verbandsversammlung entsandt werden soll.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege!

Björn Försterling (FDP):

Ich komme zum Schluss.

Selbst wenn die Landräte in der Region Braunschweig jetzt einhellig - gemeinsam - diesen Gesetzentwurf ablehnen, selbst dann hat dieser Gesetzentwurf schon mehr für die Gemeinsamkeit in der Region gebracht als so manche Diskussion der letzten Jahre.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Försterling. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind am Ende der Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Vorgesehen ist, federführend den Ausschuss für Inneres und Sport und mitberatend den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen zu beteiligen. Wer so entscheiden will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Gibt es nicht. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 5:

Abschließende Beratung:

Freies WLAN in Niedersachsen: Freifunk unterstützen, Bürgernetze ausbauen! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/4524 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung - Drs. 17/5260 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/5314

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag in einer geänderten Fassung anzunehmen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Der Änderungsantrag zielt auf eine Annahme des Antrags in anderweitig geänderter Fassung.

Wir kommen zur Beratung. Es hat sich der Kollege Maximilian Schmidt, SPD-Fraktion, gemeldet. Herr Schmidt, Sie haben das Wort.

Maximilian Schmidt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind tatsächlich auf der Zielgeraden. Ich freue mich wirklich sehr, dass wir heute hier im Landtag die abschließende Beratung zu unserer Initiative „Freies WLAN in Niedersachsen“ durchführen können. Vielen herzlichen Dank an alle, die auf dem Weg mitgeholfen haben, und ganz besonders an alle, die sich in Niedersachsen für freies WLAN und damit für den offenen, kostenfreien Zugang aller Menschen zum Internet einsetzen!

Es gibt ein wirklich schönes Sprichwort: Du verlierst nichts, wenn du mit deiner Kerze die eines anderen entzündest. Genau das ist das Prinzip von Freifunk. Man teilt seinen Internetzugang mit anderen. So entstehen offene Netze von Bürgern für Bürger.

Als wir im November hier im Plenum die erste Beratung zu diesem Antrag durchgeführt haben, habe ich Ihnen Zahlen genannt, wo und wie sich viele Menschen für Freifunk in Niedersachsen engagieren. Mindestens 18 Initiativen gibt es in unserem Land. Über 2 400 WLAN-Zugangspunkte zum Netz wurden geschaffen - nur durch bürgerschaftliches Engagement.

Richtig spannend ist, was diese Bewegung allein seit unserer ersten Beratung im November letzten Jahres zusätzlich ermöglicht hat. Freifunk Hannover hat die Zahl der WLAN-Punkte von 290 auf jetzt rund 400 Zugänge ausgebaut, Freifunk Braunschweig sogar von 115 auf nun 479, Freifunk Hildesheim von 63 auf 82. Freifunk Celle, wo ich selbst Mitglied bin, hat eine Steigerung von 11 auf 33 Zugangspunkte geschafft.

(Unruhe)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege, eine Sekunde! - Meine Damen und Herren, ich wollte - - -

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

- War das jetzt für meine Unterbrechung, oder war das für seinen Wortbeitrag?

(Helge Limburg [GRÜNE]: Für beides!)

Maximilian Schmidt (SPD):

Die sind alle im WLAN.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Ich möchte darum bitten, dass die Gespräche auf der rechten Seite eingestellt werden. - Bitte schön, Herr Schmidt! Sie sind dran.

Maximilian Schmidt (SPD):

Vielen Dank. - Ich habe in gewisser Hinsicht dafür Verständnis. Die WLAN-Nutzung ist auch hier im Landtag sehr verbreitet.

(Zustimmung von Gerald Heere [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, noch ein paar ganz praktische Beispiele: In Wittmund - - -

(Reinhold Hilbers [CDU] spricht mit Minister Peter-Jürgen Schneider)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Entschuldigung! - Herr Kollege Hilbers, kaum habe ich auf der einen Seite für Ruhe gesorgt, geht es auf der anderen Seite so weiter. Bei allem Respekt vor den Finanzpolitikern - - -

(Helge Limburg [GRÜNE]: Und das von Ihnen als früherem Bildungspolitiker! - Reinhold Hilbers [CDU] und Minister Peter-Jürgen Schneider verlassen den Saal)

- Jetzt gehen sie nach draußen. Gut. - Bitte schön!

Maximilian Schmidt (SPD):

Meine Damen und Herren, in Wittmund wurde der Weihnachtsmarkt durch Freifunk mit WLAN versorgt, von Uelzen aus in der Zwischenzeit die Flüchtlingsunterkunft in Bad Bevensen. In Oldenburg wurde von Freifunkern der komplette Bahnhof mit freiem WLAN versorgt. In der Gemeinde Rastede plant die örtliche Initiative jetzt sogar, den gesamten Ort flächendeckend mit kostenfreiem WLAN für alle zu versorgen.

Anfang Februar haben wir Freifunkinitiativen aus ganz Niedersachsen in den Landtag eingeladen. Ehrenamtliche aus allen Landesteilen waren am Start. Quasi von den Inseln bis zu den Bergen gibt es diese Bewegung.

Wir können heute erneut gemeinsam feststellen: Bei Freifunk geht es nicht nur um kostenfreies WLAN, sondern um Teilhabe, um Kommunikation, um Gemeinschaft. Unser Niedersachsen als Eh-

renamtsland Nummer eins hat eben auch diese ganz frische, ganz neue Bewegung. Das ist wirklich ein ganz wunderbarer Teil des Bürgerengagements in unserem Land.

Doch was muss die Landespolitik tun, um diese Bewegung bestmöglich zu unterstützen? Genau darüber haben wir im Ausschuss intensiv beraten. Wir haben eine fachlich wirklich spannende Anhörung durchgeführt. Die Ergebnisse haben wir in der heute vorliegenden Beschlussempfehlung, die auf Annahme in geänderter Fassung lautet, eins zu eins verarbeitet. Dabei sind vier Punkte deutlich geworden, die ich hier noch einmal herausstellen möchte.

Erstens. Wir brauchen endlich Rechtssicherheit für die Betreiber von öffentlichen WLAN-Netzen. Die wichtigste Regelung ist dabei die Freistellung von der sogenannten Störerhaftung. Das ist wichtig für Freifunk, aber auch für alle anderen - für Hotels, Restaurants, Arztpraxen -, die offenes WLAN anbieten wollen. Damit das klar ist: Berlin muss hier endlich liefern. Ich hoffe sehr, dass im Bundestag Klarheit geschaffen wird und wir eine gesetzliche Grundlage bekommen, mit der in Deutschland endlich der Stand erreicht wird, den wir fast überall sonst in der Welt schon haben, wo man problemlos offenes WLAN anbieten kann - ganz einfach.

Zweitens. Wir wollen die Kommunen noch besser beim Aufbau von offenen WLAN-Netzen unterstützen. Dafür brauchen sie klare und sichere Rahmenbedingungen. Doch was heißt das konkret? Auch hierzu haben wir in der Zwischenzeit viele Gespräche geführt. Ich freue mich sehr, dass das Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen vom Wirtschaftsministerium den Auftrag erhalten wird, die Freifunkförderung in Niedersachsen zu übernehmen. Damit einhergehen werden eine Informationskampagne für die Kommunen und Unterstützung bei allen praktischen Fragen der Umsetzung. Dafür an das Wirtschaftsministerium und das Breitband Kompetenz Zentrum schon jetzt vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Drittens. Meine Damen und Herren, wir wollen die Freifunkinitiativen in Niedersachsen direkt beim weiteren Ausbau des Netzes unterstützen. Da soll es eben nicht nur bei dem freundlichen Dank bleiben. Vielmehr wird diese Unterstützung auch materiell richtig helfen.

Was tun wir? - Im Landeshaushalt für 2016 haben wir als rot-grüne Koalition 100 000 Euro für ein Landesprogramm zur Unterstützung von Freifunk bereitgestellt. Übrigens noch einmal herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die den Landeshaushalt mit beschlossen haben! Mit diesen Mitteln werden wir maßgeblich in den Netzausbau investieren. Ich freue mich auch darüber, dass das Team des Breitband Kompetenz Zentrums an der Spitze die Umsetzung dieses Förderprogramms organisieren wird.

Ein ganz normaler Freifunkrouter kostet 20 Euro. Wenn wir das ins Verhältnis zu der Summe setzen, die wir investieren, sehen wir, dass wir den Netzausbau in Niedersachsen und flächendeckendes freies WLAN wirklich spürbar voranbringen können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, nach dem heutigen Landtagsbeschluss wird es auch ganz schnell konkret. Für Ende März sind alle Freifunkinitiativen nach Osterholz-Scharmbeck ins Breitband Kompetenz Zentrum eingeladen, um über den konkreten Ausbauplan zu sprechen. Kurz danach soll die Förderung beginnen. Auch das Land selbst wird einsteigen. Ich bin wirklich dankbar für die Bereitschaft der Landesregierung, die auch im Ausschuss deutlich gemacht wurde, zu prüfen, ob und wie geeignete Landesliegenschaften zeitnah mit freiem WLAN versorgt werden können. Es ist doch klar, dass das Land hier selbst vorgehen muss. Genau das wollen wir auch tun.

Viertens. Wir wollen den Breitbandausbau in Niedersachsen weiter nach Kräften voranbringen, gerade im ländlichen Raum. Warum ist das so wichtig? Wer freies WLAN will, braucht auch die dafür nötige Infrastruktur. Diese gibt es nur mit Breitbandanschlüssen, am besten mit Glasfaser, flächendeckend in Niedersachsen. Auch hier geht das Land mit einem effektiven Förderprogramm an den Start. Ich bin sehr dankbar dafür - denn dieser Vorschlag kam aus der FDP-Fraktion -, dass wir das gemeinsam in die Beschlussempfehlung aufnehmen konnten und heute auch gemeinsam dieses Programm beschließen können. Dafür auch an die FDP an dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der FDP)

Deshalb stelle ich in Summe fest: Wir beschließen hier heute ein wirklich gutes, durchdachtes Paket. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben vorab im Ausschuss ihre Zustimmung erklärt. Die CDU allerdings wird es wohl leider ablehnen, was wirklich schade ist.

Sie von der CDU haben hier noch einen Änderungsvorschlag vorgelegt. Darauf will ich auch noch kurz eingehen. Im Beschlussteil Ihres Antrags kommt die Freifunkbewegung überhaupt nicht mehr vor. In anderen Bundesländern ist die CDU da viel weiter und hat für die Unterstützung von Freifunk gestimmt. Aber in Niedersachsen wollen Sie konkrete Förderung nicht. Sie schreiben nur von einem Konzept, das entwickelt werden solle; außerdem solle geprüft werden usw. Beim Thema Störerhaftung sprechen Sie sich für eine Modernisierung aus. Was das genau heißen soll, weiß aber keiner.

Günther Jauch hat als Fußballkommentator einmal gesagt: „Wenn der Nebel dick wie Calmund, sieht man nix im weiten Halbrund.“ Genau so ist Ihr Änderungsantrag gefasst: ein bisschen schwammig hier, ein bisschen nebelig da.

(Björn Thümler [CDU]: Ha, ha, ha!)

Eine wirklich konkrete Unterstützung haben die zahlreichen Ehrenamtlichen von Ihnen nicht zu erwarten. Deshalb werden wir Ihrem Antrag auch nicht zustimmen können.

Stattdessen beschließen heute SPD, Grüne und FDP zusammen eine Initiative, die den Titel „Freies WLAN in Niedersachsen: Freifunk unterstützen, Bürgernetze ausbauen!“ wirklich verdient. Das beschließen wir, und das machen wir - gemeinsam.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Schmidt. - Zu Wort gemeldet hat sich Axel Miesner, CDU-Fraktion. Herr Miesner, Sie haben das Wort.

Axel Miesner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir über Freifunk, über WLAN und insgesamt über Datenkommunikation sprechen, dann müssen wir auch beim Freifunk, Herr Schmidt, erst einmal dafür Sorge tragen, dass die

technische Basis geschaffen wird. Das sind erst einmal stabile und auch leistungsfähige Datennetze und eine leistungsstarke Breitbandanbindung. Sonst funktioniert Ihr Freifunk nämlich auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Da stellt sich zunächst einmal wieder die Frage - diese Frage habe ich hier vor vielen Monaten auch schon gestellt -, wie es denn überhaupt mit der Förderrichtlinie zum Thema Breitband weitergeht, Herr Minister. Am 13. November 2015 antworteten Sie mir im Rahmen der Mündlichen Anfragen, dass die Förderrichtlinie im ersten Quartal 2016 vorliegen soll. Wir haben jetzt März 2016. Nach Ostern ist dieses Quartal schon fast zu Ende. Kommen Sie also langsam einmal auf die Füße, damit wir hier bei diesem Thema auch weiterkommen!

(Johanne Modder [SPD]: Was? - Maximilian Schmidt [SPD]: Sie reden zu einem anderen Thema!)

Sie sollten nicht nur über schöne Sachen sprechen, sondern auch erst einmal die Basis dafür schaffen, dass Freifunk und WLAN funktionieren.

(Beifall bei der CDU - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Herr Miesner, was war das Thema noch einmal?)

Neben einer leistungsfähigen Internetverbindung gilt es, einen rechtlich einwandfreien und auch „sauberen“ Rahmen zu schaffen, damit diejenigen, die ihre Router zur Verfügung stellen, sichergehen können, dass sie nicht belangt werden und haftbar gemacht werden, falls Nutzer beispielsweise illegal Daten downloaden. Das kann und darf nicht den Betreibern der offenen Netze angelastet werden.

Solange dieser Flaschenhals nicht vom Bundesgesetzgeber - das hat mein Kollege Schmidt eben zu Recht angesprochen - beseitigt ist, bleibt der Ausbau des Freifunks und etablierter WLAN-Netze weiter in den Kinderschuhen. Die Störerhaftung muss mit dem Ziel modernisiert werden, dass für die Betreiber Rechtssicherheit geschaffen wird.

(Maximilian Schmidt [SPD]: Wird geschaffen!)

Da sind wir auch alle einer Meinung.

Die Anhörung im zuständigen Ausschuss am 28. Januar dieses Jahres hat deutlich gemacht, dass es erstens um die Störerhaftung geht, also darum, Rechtssicherheit zu schaffen, und dass es zweitens darum geht, leistungsfähige Internetverbindungen - Stichwort „Breitband“ - zu schaffen.

Seitens der Anzuhörenden ist uns auch recht deutlich bewusst gemacht worden, dass es sich dabei nicht um ein Entweder-oder handelt, sondern um ein Sowohl-als-auch; beides ergänzt sich entsprechend. - Das waren im Kern die drei Punkte, mit denen die Anhörung zusammengefasst werden kann.

An dieser Stelle sei aber auch allen Akteuren und Betreibern von Freifunk und WLAN-Netzen gedankt, die sich zum Teil schon seit fast zehn Jahren dieser Aufgabe widmen und in der damaligen Zeit auch Pioniere waren. Genannt sei hier beispielsweise die Wolfsburg AG.

Die Bereitstellung einer kabellosen Datenkommunikation gerade im öffentlichen Raum geht einher mit mehr Attraktivität im öffentlichen Raum, mehr Kundenorientierung seitens der Kommune und mehr Gastfreundlichkeit gegenüber Gästen und Touristen in den Städten, Orten und vor allem Ortszentren. Davon profitieren dann die Kommunen und damit auch die Menschen insgesamt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Arbeit und Freizeit vermischen sich immer mehr. Kunden, Gäste und Touristen wollen sich informieren. Freifunk und WLAN sind, wenn man so will, ein Werkzeug dafür.

Schließen wir nicht das eine aus, wenn wir das andere wollen! Beides zusammen - leistungsstarke WLAN-Netze und Freifunk als sinnvolle niedrigschwellige Ergänzung; so wurde es auch in der Anhörung formuliert - macht die ganze Sache erst rund. Wenn wir das als Ergebnis der Anhörung mitnehmen und auch umsetzen, kommen wir alle ein ganz großes Stück weiter.

Bieten wir unseren Städten und Gemeinden Unterstützung und die Werkzeuge zur Schaffung und zum Ausbau leistungsfähiger Internetverbindungen im öffentlichen Raum! Das schafft erstens Attraktivität, zweitens Lebensqualität und damit drittens auch Zukunft für unsere Innenstädte und Ortskerne.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Maximilian Schmidt [SPD]: Der ist aber nicht gut!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Miesner. - Jetzt hat sich Belit Onay, Bündnis 90/Die Grünen, zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

Belit Onay (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns bereits in der ersten Beratung intensiv über den Freifunk und die Digitalisierung im Allgemeinen ausgetauscht. Es lohnt sich, an dieser Stelle noch einmal zu unterstreichen, welche Wichtigkeit die Digitalisierung als solche, aber eben auch die Teilhabe an der Digitalisierung hat und welche Chancen die Digitalisierung bietet.

Dazu möchte ich die Reise des Rechtsausschusses in die baltischen Staaten, vor allem nach Estland, erwähnen. Estland ist ein sehr schönes Land - aber auch ein sehr spannendes, was die Digitalisierung angeht. Dort hat die Digitalisierung nämlich regelrecht Eingang in die nationale DNA, in das nationale Kulturgut gefunden.

Es war sehr spannend zu beobachten, wie in diesem Land, das relativ dünn besiedelt und dessen Bevölkerung von seiner Struktur her sehr alt ist, die Digitalisierung voranschreitet. In Estland kann man sogar digital, also online, wählen, natürlich unter Verwendung entsprechender Sicherungssysteme. Was dort insgesamt an Online-Teilhabe an Verwaltungs- und politischen Prozessen möglich ist, zeigt deutlich die Chancen, die die Digitalisierung bietet.

Sehr spannend zu beobachten war auch, dass von der Möglichkeit, online zu wählen, vor allem diejenigen Menschen Gebrauch machen, die älter als 50 oder 60 Jahre sind. Wenn wir also über Freifunk, Digitalisierung und Internet sprechen, dann reden wir nicht nur über ein Thema für die junge Generation, sondern dieses Thema ist für die gesamtgesellschaftliche Teilhabe von Interesse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb wiederum ist gerade die Freifunkinitiative wichtig. Sie zielt nämlich auf diese Teilhabe und darauf ab, dass Bürgerinnen und Bürger im Rahmen ehrenamtlichen Engagements Bürgerinnen- und Bürgernetze schaffen können.

Wir senden mit unserer Beschlussempfehlung ein wichtiges Signal gerade an die kommunale Ebene aus; denn dort soll das Ganze umgesetzt werden. Deshalb ist es wichtig, dass der Landtag diesen Initiativen quasi ein Qualitätssiegel verleiht. Das wird hoffentlich dazu führen, dass die Gespräche vor Ort vereinfacht werden.

Die CDU-Fraktion hat als Antwort auf unseren Antrag einen Änderungsantrag vorgelegt.

Wir haben unter Nr. 1 unserer Beschlussempfehlung nunmehr ausdrücklich klargestellt - das ist ein Ergebnis der Beratungen gewesen -, dass die Betreiberinnen und Betreiber offener WLAN-Netze hinsichtlich der Störerhaftung rechtlich genauso behandelt werden sollen wie die Provider, sprich: dass sie von ihr freigestellt werden.

Die CDU-Fraktion hat unter Nr. 3 ihres Änderungsantrags ausgeführt, wen sie als mögliche Träger freier WLAN-Netze ansieht. Darüber, Herr Toepfer, haben wir uns im Ausschuss ja schon ausgetauscht. Sie nennen neben den Privatpersonen und den Freifunkinitiativen auch Unternehmen und Institutionen. Ich habe schon im Ausschuss gesagt, dass man das so machen kann. Ich will das ausdrücklich positiv formulieren, um der CDU-Fraktion damit eine Brücke zu bauen.

Es würde wenig Sinn machen, wenn bei der Störerhaftung eine Ungleichbehandlung bestünde. Aber die Unternehmen werden aufgrund der geltenden rechtlichen Regelungen nun einmal anders behandelt. Diese Regelungen müssten also verändert werden; das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich unterstreichen.

Unsere Beschlussempfehlung ist zumindest im Kern, also wenn man von der Erweiterung absieht, deckungsgleich mit dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU. Deshalb sollte man diesen Änderungsantrag ausdrücklich unterstützen. Die Freifunkinitiative ist etwas sehr Wichtiges, gerade was die Teilhabe und die Möglichkeiten sozialer Art angeht. Insbesondere die Flüchtlinge würden davon aktuell sehr stark profitieren.

Wir haben hier einen sehr guten Antrag. Den Hinweis von Herrn Kortlang von der FDP-Fraktion haben wir interessiert aufgenommen. Es wäre gut, wenn die CDU-Fraktion mitgehen würde. Ansonsten freue ich mich darüber, dass wir diesen Antrag heute beschließen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke, Herr Onay. - Herr Kortlang, FDP-Fraktion, bitte schön! Sie haben das Wort.

Horst Kortlang (FDP):

Hohes Präsidium! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! In unserem November-Plenum wurde der Antrag „Freifunk unterstützen, Bürger-

netze ausbauen!“ eingebracht. Zu Punkt 1, der Störerhaftung, und einem neuen Gesetzentwurf gab es dann eine Anhörung im Wirtschaftsausschuss des Bundestages am 16. Dezember 2015 mit dem Ergebnis, dass dieser Punkt bis heute leider noch nicht erledigt ist.

Hier einige zusammengefasste Kommentare: „Schwammig formulierte Sicherungsmaßnahmen“ (Professor Dr. Gerald Spindler, Universität Göttingen), „Störerhaftung ein deutscher Sonderweg“ (Dr. Ulf Buermeyer, Richter am Landgericht Berlin), „Entwurf verhindert Betrieb offener Funknetzwerke. Funknetzwerke in Deutschland relativ gering verbreitet“ (Volker Tripp, Digitale Gesellschaft).

Ich könnte das weiterführen, aber das soll reichen, um zu untermauern, wie notwendig diese Forderung und der Gesetzentwurf, den wir hier angeschoben haben, sind. Die Störerhaftung wird die Gerichte weiterhin beschäftigen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

- Danke.

Dass es kommerzielle Hotspotbetreiber durchaus anders sehen, belegt z. B. die Auffassung von Dr. Ulrich Meier von Hotspots: Die Angabe, dass die Verfügbarkeit von WLAN-Anschlüssen geringer sei als anderswo, sei falsch; denn es seien insgesamt 1,5 Millionen Hotspots in Deutschland, also 187 je 10 000 Einwohner. - Herr Dr. Meier verschwieg aber, dass diese Hotspots nur gegen Geldzahlung genutzt werden können, und was dafür gezahlt werden muss, ist nicht unerheblich. Das hat also nichts mit Freifunk zu tun. Er hat es entweder falsch dargestellt, oder er wollte etwas verschweigen.

Zu Punkt 2 des Antrags, über den Herr Schmidt und auch die anderen Herren schon geredet haben: Das wird uns nur gelingen, wenn Punkt 1 erledigt ist.

Auch Punkt 3 wird dann gelingen, und so werden in Ballungsräumen, aber auch in den Zentren von Städten und Dörfern solche WLAN-Netze möglich sein.

Flächendeckend kann das aber nur gelingen, wenn es - und damit komme ich zum entscheidenden Punkt 4 - den flächendeckenden Breitbandausbau als Glasfasernetz bis zum letzten Haus gibt. Daran arbeiten wir alle kräftig.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Mein Wunsch war dementsprechend massiver formuliert, aber er ist ganz gut übernommen worden: Freies WLAN braucht Bandbreite. Deshalb sind Initiativen, die eine Glasfaserinfrastruktur (FTTB) aufbauen wollen, zu unterstützen - das tun wir -, wie es Bitkom gefordert hat.

Meine Forderung - beginnend mit den Häusern, die nach allgemeiner Auffassung wegen zu hoher Kosten nicht mit Glasfaser versorgt werden sollen - sollte eigentlich mit einfließen und berücksichtigt werden. Begründung: Gerade auf dem Land - das wurde auch von meinen Vorrednern schon gesagt - sollte eine flächendeckende Infrastruktur für zukunftsfähiges schnelles Internet vorgehalten werden. Freifunk, aber auch der digitale Binnenmarkt und Homeoffice funktionieren nur dann gut, wenn es auch überall den schnellen und stabilen Upload gibt. Darüber hat der Kollege der CDU auch schon gesprochen. Industrie 4.0 lässt grüßen, kann ich da nur sagen.

Gerade unterwegs - ob nun beruflich oder in der Freizeit - wäre der Freifunk eine gute Sache, entlastet er doch auch die Mobilfunknetze. Glasfaser bis zum letzten Haus auf dem Land stärkt auch den Mobilfunk und lässt die weiteren weißen Flecken dramatisch schrumpfen. Wir sollten auch die Schülerinnen und Schüler oder die Studierenden nicht vergessen, die fernab auf dem Land in solchen Häusern sitzen und dort ihre Haus- oder Doktorarbeiten schreiben.

Zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion kann ich nur sagen: Er ist per se nicht schlecht, auch wenn in ihm nicht so klare Forderungen aufgestellt worden sind. Wäre er ein bisschen eher gekommen, hätte man das eine oder andere vielleicht herausnehmen können. Ich hoffe, Herr Kollege Toepffer, dass Sie trotzdem noch zustimmen und sich auf die andere Seite schlagen.

(Zuruf von Dirk Toepffer [CDU])

- Nein? - Na gut. Aber wir machen das.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Um zu zeigen, dass wir gemeinsam weiter vorankommen wollen, habe ich meine Fraktion um Zustimmung zu dem geänderten Antrag der Regierungsfractionen gebeten. Die haben auch zugesagt. Wir stimmen der Sache also zu.

Auf gutes Gelingen! Danke schön fürs Zuhören.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke, Herr Kortlang. - Jetzt hat sich der Herr Minister zu Wort gemeldet. Herr Minister Lies, bitte schön!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst einmal herzlichen Dank für die breite Diskussion und auch für die Anhörung, die deutlich gemacht hat, dass wir uns mit dieser Frage sehr intensiv beschäftigen. Dadurch werden natürlich auch alle die ermuntert, die mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement dazu beitragen, dass der Ausbau in unserem Land weiter voranschreitet.

Priorität hat in Niedersachsen aber aktuell die Versorgung der Kommunen mit Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetzen. Dafür setzen wir nicht unerhebliche Mittel ein; ich habe beim letzten Mal darüber berichtet. Über Zuschüsse und Kredite werden die Landkreise gerade in den dünn besiedelten ländlichen Gebieten in die Lage versetzt, den Ausbau der schnellen Internetverbindungen voranzutreiben. Ziel ist - auch das habe ich beim letzten Mal gesagt -, ein möglichst breiter Glasfaserausbau. Das Vectoring für die letzte Meile sollte jedenfalls nur eine Teillösung sein. Wir werden über kurz oder lang nicht darum herumkommen, die Glasfaser tatsächlich bis zum Endkunden auszubauen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Miesner, die Richtlinie selber wird noch in diesem Monat veröffentlicht, also - wie wir angekündigt haben - noch im ersten Quartal 2016. Wir sind mit vielen Landkreisen in einem sehr engen Dialog. Ein großer Teil der Landkreise ist gerade in der Strukturplanung, ein Teil ist schon fertig, und wiederum ein anderer Teil hat schon Anträge für die Umsetzung im Betreibermodell gestellt. Das zeigt, glaube ich, dass die Vielfalt, die wir den Kommunen als Möglichkeit geboten haben, genau der richtige Weg ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, diese Breitbandstrategie wird dafür sorgen, dass wir den schnellen Internetausbau voranbringen. Aber das ist auch Voraussetzung für das, was wir heute diskutieren, nämlich für den WLAN-Ausbau - sei es das offene WLAN-Netz, also Hotspots, oder sei es der Freifunk als eine besondere Form des bürgerschaftli-

chen Engagements, das wir in unserem Land haben.

Diese öffentlichen WLAN-Hotspots oder der Freifunk haben Potenzial für die Steigerung der Attraktivität von Innenstädten - das darf man nicht unterschätzen -, für die Nutzung innovativer audiovisueller Medienangebote oder eben für die Medienkompetenzprojekte, die wir voranbringen wollen. Das Potenzial öffentlicher Hotspots wird übrigens in Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten derzeit noch wenig ausgeschöpft. Im europäischen Vergleich gibt es in Deutschland immer noch sehr wenige offene WLAN-Netze. Gerade einmal zwei Hotspots pro 10 000 Einwohner stehen im Schnitt in Deutschland zur Verfügung, in Schweden sind es zehn, im Vereinigten Königreich sogar 28. Das zeigt also, dass ein großes Mobilitäts- und Informationspotenzial, das es gibt, noch weitestgehend ungenutzt bleibt.

Dazu, meine Damen und Herren, gehört auch die ungeklärte Haftungsfrage, die wir bearbeiten müssen. Die Bundesregierung hat im vergangenen September - ich hatte das schon berichtet - den Gesetzentwurf zur Änderung des Telemediengesetzes vorgelegt. Dort geht es ganz explizit um das Thema Störerhaftung mit dem Ziel, Rechtssicherheit in Haftungsfragen für die Betreiber zu schaffen, um die derzeit bestehende Rechtslage, die zu Rechtsunsicherheit bei den Anbietern führt, zurückzubauen.

Grundsätzlich befürworten wir das. Das ist der richtige Weg. Allerdings - das muss man sagen - geht dieser Entwurf aus Sicht der Länder noch nicht weit genug, und wir hoffen, dass wir mit den Forderungen, die wir auch in den Bundesrat eingebracht haben, die Diskussion vorantreiben können.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung sieht in der Entschließung einen sinnvollen Ansatzpunkt, die Akzeptanz von offenen WLAN-Netzen zu steigern, bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen und zu fördern. - Das ist ein Grund mehr dafür, dass im Haushalt 100 000 Euro für die Förderung von freien Internetzugängen durch die Errichtung von Bürgernetzen zur Verfügung stehen.

Wir greifen natürlich auch den Punkt des Antrages auf: Wir werden ein Konzept erarbeiten, wie wir mit diesen Mitteln in Niedersachsen die WLAN-Infrastruktur im Allgemeinen und den Freifunk im Besonderen unter Einbeziehung der Landesliegen-

schaften und kommunaler Gebietskörperschaften bedarfsgerecht weiter fördern können.

Herzlichen Dank für die Unterstützung und für den Antrag.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke, Herr Minister. - Wir sind jetzt am Ende der Beratungen.

Bevor wir abstimmen, möchte ich Ihnen noch Folgendes vortragen. Der auf Annahme des Antrags in geänderter Fassung zielende Änderungsantrag entfernt sich inhaltlich weiter als die Beschlussempfehlung vom ursprünglichen Antrag. Nach § 39 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 31 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 unserer Geschäftsordnung stimmen wir daher zunächst über diesen Änderungsantrag ab. Falls dieser abgelehnt wird, stimmen wir anschließend über die Beschlussempfehlung ab.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/5314 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das Letzte war die Mehrheit.

(Christian Grascha [FDP]: Und Enthaltungen?)

- Entschuldigung. Ich habe Herrn Kortlang so verstanden - - -

(Christian Grascha [FDP]: Also, wir würden uns enthalten, Herr Präsident!)

- Okay.

Enthaltungen? - Trotzdem: Das war die Mehrheit. Dem Änderungsantrag wurde nicht gefolgt.

Wir kommen daher zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der sich aus der Beschlussempfehlung ergebenden geänderten Fassung annehmen will, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen?

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Enthaltungen!)

Das Erste war die Mehrheit. Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 6:

Abschließende Beratung:

Europäische Stahlindustrie - vor unlauterem Wettbewerb schützen und für faire Handelsbedingungen im internationalen Stahlmarkt sorgen! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/4972 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung - Drs. 17/5261 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 17/5289

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag unverändert anzunehmen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Der gemeinsame Änderungsantrag aller Fraktionen in der Drucksache 17/5289 zielt auf eine Annahme des Antrags in einer geänderten Fassung.

Wir kommen jetzt zur Beratung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Stefan Klein von Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

(Zurufe: Nein, nein! - Heiterkeit)

- Jetzt habe ich die Fraktion noch größer gemacht.

(Zuruf von der CDU: Was heißt „noch größer gemacht“?)

Ich bitte um Nachsicht.

Stefan Klein (SPD):

Es hätte schlimmer kommen können.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Klein für die SPD-Fraktion, bitte schön! - Anschließend kommt Frau Westphely von den Grünen.

(Zuruf: Den würden wir auch nehmen!)

- Gucken wir mal, wer mehr bietet.

Herr Klein, bitte schön, Sie haben das Wort.

Stefan Klein (SPD):

Na, bei den Mehrheitsverhältnissen würde das ziemlich teuer werden, glaube ich.

(Heiterkeit - Jörg Bode [FDP]: Wir nehmen nur Überzeugungstäter!)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Einleitung. Wir können wohl sagen, dass die Stahlindustrie in Niedersachsen in den vergangenen Wochen und Monaten eher wenige wirklich gute Tage erlebt hat. Ein solcher war sicherlich vor einem Monat die Verhängung von Strafzöllen auf kaltgewalzte Flachstahlerzeugnisse, einer war sicherlich auch der StahlDialog vor genau einem Monat hier in Hannover, und schließlich haben wir einen solchen auch heute, der - das kann man, glaube ich, sagen - zumindest Hoffnung macht. Denn es ist ein starkes Signal, dass alle Fraktionen dieses Hauses einen gemeinsamen Antrag auf den Weg bringen, der heute einmütig beschlossen werden wird. Dafür schon einmal herzlichen Dank allen, die dazu beitragen, dass das hier heute der Fall ist!

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und von Dirk Toepffer [CDU])

Wir stellen uns damit an die Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch an die Seite der Unternehmen in Niedersachsen und darüber hinaus.

Der Antrag umfasst vier Punkte, die ich kurz benennen will - ich muss sie nicht im Detail ausführen; das haben wir hier schon vor etwa einem Monat debattiert -: Es geht einmal um die Gefahren durch die Vergabe des Marktwirtschaftsstatus an China eventuell noch im Laufe dieses Jahres.

Der zweite Punkt ist, dass wir fordern, dass die Antidumpingverfahren auf europäischer Ebene deutlich schneller und konsequenter durchgesetzt bzw. umgesetzt werden.

Der dritte Punkt ist, dass wir der Bedrohung aus Europa bezüglich der Vorgaben für unser EEG, aber auch - viertens - für den Emissionshandel in der vierten Handelsperiode ab 2021 entgegenzutreten wollen.

Das sind die vier Punkte, ganz knapp dargestellt.

Herzlichen Dank dafür, dass wir das gemeinsam machen können! Herzlichen Dank auch dafür, dass wir zwei Anträge für die heutige Abstimmung zu-

sammengeführt haben, nämlich unseren Ursprungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Stahlindustrie und den Antrag der CDU-Fraktion, den ich einmal mit „Schutz für energieintensive Unternehmen“ umschreiben möchte! Dass wir daraus einen gemeinsamen Antrag gemacht haben, ist, glaube ich, auch in diesem Haus ein gutes Zeichen.

Ich möchte deutlich machen, dass die Punkte in dem Antrag, die ich hier genannt habe, für die Stahlindustrie unheimlich wichtig sind, weil sie die vier Bedrohungslagen darstellen. Sie sind nicht nur am Rand bedrohend, sondern sie sind existenziell. Deswegen müssen wir auch gemeinsam entschieden dagegen vorgehen.

Das tun wir hier jetzt auch. Der Landtag - alle Fraktionen - und die Landesregierung sind sich hier völlig einig. Das hat auch der Stahldialog vor einem Monat gezeigt, und das zeigen die Gespräche, die Herr Ministerpräsident Weil, Herr Minister Wenzel und Herr Minister Lies sowohl in Brüssel als auch in Berlin zugunsten der niedersächsischen und damit der deutschen Stahlindustrie insgesamt führen. Ich glaube, dass wir hier heute einen guten Schritt in diese Richtung zur Hilfe der Stahlindustrie und der Grundstoffindustrie insgesamt machen.

In diesem Sinne noch einmal herzlichen Dank für die gemeinsame Arbeit an diesem Antrag und für das Zuhören sowie ein herzliches Glückauf!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung von Dirk Toepffer [CDU])

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Stefan Klein. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat sich Maaret Westphely zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Maaret Westphely (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich finde, wir legen heute einen guten gemeinsamen Antrag zur abschließenden Beratung vor.

Der definitiv wichtigste Punkt ist unserer Auffassung nach die Aufforderung an Brüssel, für den schnelleren Einsatz der EU-Handelsschutzinstrumente zu sorgen. Die Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus für China würde den Einsatz dieser Schutzinstrumente erschweren. Beides kann daher im Moment nicht unser Ziel sein; denn klar ist,

dass selbst die effizientesten und die wettbewerbsstärksten Unternehmen nicht auf die Dauer gegen Anbieter konkurrieren können, die mit staatlicher Unterstützung und wider marktwirtschaftlicher Prinzipien agieren und so im Prinzip jeden Preis unterbieten können.

Wenn in dieser entscheidenden Frage nicht gegengesteuert wird, würde auch der vollständige, aber unverantwortliche Verzicht auf ökologische und soziale Standards die Stahlindustrie in Europa nicht retten. Nur mit einem klaren ordnungspolitischen Rahmen sowohl für den Wettbewerb als auch für soziale und ökologische Standards werden sich die Unternehmen in Europa weiterentwickeln können.

Unbestritten ist auch, dass die Stahlindustrie in Europa nur dann eine Zukunft haben wird, wenn sie weiterhin und verstärkt auf Nachhaltigkeit, Innovation, Effizienz, Spezialisierung und Hochwertigkeit aufbaut.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Diese strategische Ausrichtung muss auch politisch unterstützt werden. Wir begrüßen es daher sehr, dass wir uns hier in einem parteiübergreifenden Antrag für einen funktionierenden Emissionshandel und für ambitionierte Emissionsminderungsziele aussprechen und dass wir parteiübergreifend die Initiative der Landesregierung unterstützen, mit der sie sich gegenüber der Kommission dafür eingesetzt hat, eine kostenfreie Zuteilung von Zertifikaten entsprechend dem Bedarf der effizientesten Unternehmen zu begrenzen. Damit fordern wir das technisch und wirtschaftlich maximal Machbare für den Klimaschutz ein, ohne die Branche zu überfordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allen Unkenrufe heute - oder spätestens morgen, wenn wir zu dem Antrag zur Grundstoffindustrie sprechen - zum Trotz, dokumentieren wir damit unserer Meinung nach einvernehmlich, dass das Gegeneinander von Industriepolitik und einer Politik für mehr Klima- und Umweltschutz der Vergangenheit angehören kann, sofern alle Beteiligten bereit sind, sich zu bewegen und sich auf tragfähige Kompromisse zu verständigen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Westphely. - Jetzt hat sich Dirk Toepffer, CDU-Fraktion, zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Dirk Toepffer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat, das ist ein erfreuliches Bekenntnis zur niedersächsischen und deutschen Stahlindustrie. Darin bin ich mir mit allen Vorrednern einig: Das ist ein wichtiges Zeichen für Unternehmen und Beschäftigte.

Frau Westphely, vielleicht unke ich tatsächlich jetzt schon: In der Tat freut es uns ganz besonders, dass die Grünen dabei sind. Das ist angesichts der Stimmen, die wir z. B. aus Nordrhein-Westfalen und aus dem EU-Parlament von dem einen oder anderen gehört haben, nicht selbstverständlich.

(Zustimmung bei der CDU)

Uns hat das überrascht. Es gibt wenig, was mich mehr überraschen könnte: Frau Menge, wenn Sie morgen bei Tagesordnungspunkt 20 auch noch für den Neubau von Autobahnen sprächen, wäre ich wirklich überrascht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Nun tun Sie mal nicht so, als wäre Frau Menge das allein!)

Wie dem auch sei: Wir haben zusammengefunden. Wir haben einen gemeinsamen Antragstext erarbeitet. Der Text ist zuweilen, wie das bei solchen Anträgen ist, etwas sperrig. Darin steht viel Gutes und Richtiges. Manches ist nicht unbedingt eine sprachliche Glanzleistung. Mein Lieblingssatz findet sich auf Seite 2 unter dem vorvorletzten Spiegelstrich:

„Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung Anfang Februar Arbeitgeber, Gewerkschaften und Verbände zu einem Stahlgipfel eingeladen hat.“

Die Landesregierung hat zu einem Stahlgipfel geladen - ein Satz wie ein Donnerschlag!

(Heiterkeit)

Es nicht so richtig deutlich geworden, warum man das beschließen muss. Es stand ja auch in der Zeitung. Nun steht es im Antrag. Ich muss zugeben: Im Ursprungsantrag von SPD von Grünen war das natürlich wesentlich blumiger formuliert; keine

Frage! Nun muss ich dem Herrn Wirtschaftsminister erklären, warum wir uns nicht zu einer solch lobenden Formulierung, wie sie von Ihren Parteifreunden gewünscht worden ist, durchringen konnten: Dieser Stahlgipfel ist natürlich absolut nichts Neues gewesen; das wissen wir. Das Saarland hat einen Stahlgipfel im Juli 2015 abgehalten. In Nordrhein-Westfalen hat es einen im September gegeben. Im Februar kam dann Olaf Lies und hat die Idee einfach kopiert. Darüber will man ja nicht schimpfen. Letztendlich gilt: besser spät als nie!

Aber, Herr Minister, es bringt eigentlich nichts, wenn ein betroffenes Land nach dem nächsten im Abstand von vier oder fünf Monaten einen Stahlgipfel veranstaltet, teilweise mit denselben Persönlichkeiten und denselben Aussagen. Uns hätte es wirklich gefreut, wenn Sie die Zeit genutzt hätten, um ein Bündnis aller betroffenen Länder zu schmieden, damit es zu einem einheitlichen Stahlgipfel kommt, damit wir jetzt nicht noch auf Bremen warten müssen, damit alle mit vereinter Stimme sprechen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Denn eines ist doch klar: Die niedersächsische Stahlindustrie wird nicht in Hannover gerettet. Möglicherweise wird sie in Berlin gerettet. Aber wahrscheinlich - wenn sie überhaupt gerettet wird - wird sie in Brüssel gerettet werden. Dafür brauchen wir alle in einem Boot.

Wenn Sie von den Grünen mich so angucken: Ich nehme Ihr Signal auf, obgleich ich mir noch nicht ganz sicher bin. Ich muss Ihnen sagen, liebe Frau Westphely, und bei aller Freude darüber, dass Sie jetzt dabei sind: Ihr Bekenntnis zu diesem Antrag und zur niedersächsischen Stahlindustrie nehme ich Ihnen erst in dem Augenblick ab, in dem dieser Antrag 1 : 1 auf einem Landesparteitag der niedersächsischen Grünen beschlossen worden ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Toepffer.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Bei uns bestimmt nicht die Fraktion, was ein Parteitag beschließt! Ich weiß ja nicht, wie das bei euch ist! Wir haben durchaus noch innerparteiliche Demokratie!)

Jetzt hat sich Jörg Bode von der FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön!

(Gegenrufe von der CDU und von der FDP)

- Herr Bode, manchmal ist der Dialog über die Fraktionsgrenzen hinweg auch ohne Mikrofon sehr interessant. - Bitte schön!

Jörg Bode (FDP):

Daran beteilige auch ich mich sonst sehr gerne.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mich bei all denen bedanken, die dazu beigetragen haben, ein einstimmiges Votum am heutigen Tag zu diesem Antrag zu erreichen. Es wurde eben schon angedeutet: Für eine Fraktion in diesem Hause was es sicherlich sehr viel schwieriger, sich diesem Votum anzuschließen, als für die anderen drei Fraktionen. Ich glaube, ganz ehrlich, auf einem Parteitag der Grünen werden wir diesen Antrag nicht sehen. Ihn würde dort niemand einbringen wollen. Schon daran würde es hapern!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist richtig und wichtig, dass wir hier einen gesonderten Punkt für die Stahlindustrie aufrufen; denn die Stahlindustrie leidet unter besonderen Schwierigkeiten. Es gibt eine weltweite Überproduktion, insbesondere durch China vorangetrieben; denn China löst das Problem der eigenen Überproduktion durch staatliche Subventionen und damit durch Dumpingpreise am Weltmarkt, mit denen der Rest der Welt so nicht klarkommen kann.

Verschärft wird diese Lage allerdings auch noch durch hausgemachte Regelungen in Europa, die zu Verschärfungen der Wettbewerbsbedingungen für unsere eigene Stahlindustrie führen, die heute schon zu den effizientesten und sicherlich auch zu den klimafreundlichsten Stahlindustrien der ganzen Welt zählt.

Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir hier die Regelungen zum Dumpingverfahren, die Strafzölle der Europäischen Union, einfordern, sodass sie schnell und modernisiert angewandt werden können.

Genauso richtig und wichtig ist es, den energetischen Teil auszuführen, was den Emissionshandel angeht. Auch die Steuerbefreiung für die Eigenerzeugung ist wichtig. Ich finde es auch gut, dass wir den etwas dünnen Antrag - er musste, vermute ich, kurz vor dem Stahlgipfel noch schnell ins Plenum kommen, was ich auch verstehen kann - inhaltlich

andicken konnten, sodass alle für die Stahlindustrie wichtigen Punkte umfassend aufgeführt sind.

Aber - auch das ist ein wichtiger Punkt - es ist nicht alles, was für die Stahlindustrie thematisch möglich wäre, bereits in diesem Antrag für den einstimmigen Beschluss des Landtags aufgenommen worden; denn wo es nicht wehtut, wo also andere handeln müssen, war die Einigkeit einfach herzustellen. Wo es aber um eigene Entscheidungen und eigene Vorhaben geht, ist diese Einigung manchmal nicht so einfach. Deshalb haben wir zusammen mit der CDU einen umfassenderen Antrag zur Grundstoffindustrie eingebracht, über den wir morgen sprechen werden, sodass auch diese Punkte noch einmal behandelt werden können.

Frau Westphely, Sie haben es so schön gesagt - das ist ein Punkt, der darin steht -: Es ist in der Industrie - nicht hier im Landtag - einfacher, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen. „Alle Beteiligten“ heißt für uns aber „wirklich alle Beteiligte“, also international und nicht nur in Europa, wenn es um weitere Regelungen zum Klimaschutz, um Klimaschutzgesetze, um Strombesteuerung etc. geht. Das ist der Punkt, der hierbei aus meiner Sicht auch für die Landesregierung ganz entscheidend ist.

Herr Wenzel, das beziehen wir auf das Agieren in Europa, in Deutschland und hier in Niedersachsen. Wenn Frau Hendricks nach dem Pariser Klimagipfel das Ziel einer CO₂-Reduktion um 95 % bis zum Jahr 2050 ausruft, wenn die Landesregierung erklärt, in einem Klimaschutzgesetz ein CO₂-Reduktionsziel von 90 % auszurufen, obwohl ein eigens von Ihnen in Auftrag gegebenes Gutachten für Niedersachsen nur 80 % als möglich ansieht, so heißt das, dass Sie diese Maßnahmen aus Ihrem eigenen Klimaschutzgesetz, die die Stahlindustrie hier treffen könnten, nicht zulasten der Stahlindustrie umsetzen dürfen. Wir können nicht heute dieses beschließen, wenn in den nächsten Monaten Ungemach aus dem Umweltministerium in Niedersachsen droht, und dann denken wir nicht daran. Von daher: Wir wollen einen einstimmigen Beschluss. Aber dann soll die Landesregierung den Beschluss bitte auch einstimmig leben und nicht nur diese Seite der Regierungsbank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Uns liegt die Bitte auf eine Kurzintervention vor. Frau Emmerich-Kopatsch, bitte schön!

(Christian Grascha [FDP]: Herr Schneider macht da aber auch mit!)

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Werter Herr Bode, ich finde es sehr schade, dass Sie hier unnütz Schärfe hineinbringen. Es waren die Grünen und die SPD, die diesen Stahlantrag auf den Weg gebracht haben, dem Sie sich angeschlossen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe noch einmal in den alten Dokumenten nachgelesen. Ich weiß, ich hatte damals auch Herrn McAllister angesprochen, weil ich ziemlich entsetzt war. Das mag vielleicht keine grüne Linie sein, aber es ist immerhin eine SPD-Linie. Sie haben 2011, als Sie in der Regierung waren, sowohl im Bund als auch im Land dem EU-Vorschlag für eine CO₂-freie bzw. CO₂-arme Wirtschaft zugestimmt. Sie haben nicht interveniert. Genau den Dingen, die Sie heute beschimpfen, haben Sie damals in beiden Regierungsverantwortungen zugestimmt. Das Land hatte keine Einwände, und der Bund hat es durchgewunken.

Um einmal die rot-grüne Landesregierung zu unterstützen, schreiben Sie in Ihrem Antrag:

„Es ist zu unterstützen, dass sich die Landesregierung bei der Bundesregierung und der EU-Kommission im Bereich des CO₂-Emissionshandels derart einsetzt, dass es energieintensiv produzierenden, im internationalen Wettbewerb stehenden Industrieunternehmen mit effizienten Produktionsanlagen weiterhin ermöglicht wird, wirtschaftlich erfolgreich in Deutschland tätig zu sein“.

So viel zu Ihrem Lob. Sie unterstreichen das. Von daher: Es gibt keinen Dissens zwischen Rot und Grün, auch wenn Sie das bei jedem Antrag betonen wollen. Wir wollen keine Veränderung in der Regierung. Rot und Grün stehen zusammen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Bode, bitte schön!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Genau der Punkt ist wichtig. Wir begrüßen auch, dass sich die Landesregierung in diesem Punkt für die energieintensive Industrie und die Stahlindustrie im Besonderen einsetzt, aber dann bitte einheitlich und in einer kompletten Linie; das habe ich Ihnen ja dargelegt.

Auf der einen Seite sagt man: Wir müssen etwas tun, die Belastung reduzieren, die Reglementierung durchaus zurücknehmen, beispielsweise bei der Eigenstromerzeugung. - Auf der anderen Seite sagt man: Jetzt brauchen wir aber auch neue Klimaschutzinstrumentarien. - Die müssen natürlich von irgendjemandem eingehalten werden und führen zur weiteren Verschärfung der Wettbewerbsbedingungen

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Westphely hat hier gesagt - das haben Sie eben, glaube ich, komplett ausgeblendet -: Die Stahlindustrie soll sich durch mehr Effizienz und mehr Qualität weiterbringen und durchsetzen. - Ja, das soll sie. Sie soll qualitativ hochwertig sein. Aber bei Salzgitter liegt der Bereich von qualitativ hochwertigem Stahl bei ungefähr 20 % des gesamten Verkaufsvolumens. Mit 20 % kann die Salzgitter AG aber nicht leben bzw. nur ganz minimiert.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn sich diese Forderung tatsächlich durchsetzt, müsste man hier Entlassungsprogramme realisieren.

Nein, man muss am Weltmarkt wettbewerbsfähig sein. Das bedeutet auch, dass man bei den eigenen Regulierungen nicht überdrehen darf. Denn - das weiß jeder, der schon einmal gewerkelt hat - nach fest kommt bei der Schraube ab.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, jetzt hat sich der Wirtschaftsminister gemeldet. Herr Minister Lies, bitte schön!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte es bereits beim letzten Mal gesagt: 2016 ist ein Schicksalsjahr für die Stahlindustrie. Ich bin mir sicher - das ist die gute Botschaft heute; das haben die bisherigen Gespräche gezeigt -, dass alle Fraktionen hier im Landtag die

Arbeitsplätze der rund 10 000 Beschäftigten in der niedersächsischen Stahlindustrie erhalten wollen. Das ist ein wichtiges Signal, das wir heute gemeinsam geben.

(Zustimmung bei der SPD)

Deswegen begrüße ich ausdrücklich, dass der Entschließungsantrag von allen Fraktionen unterstützt wird.

Ich will aber noch etwas zu der Intention des rot-grünen Antrags sagen - das darf ich auch für Umweltminister Stefan Wenzel tun -: Ein Antrag, hinter dem der Wirtschaftsminister und der Umweltminister stehen, ist ein wichtiges Signal an die Wirtschaft und zeigt, dass es in unserem Land gut funktioniert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir haben den Auftakt mit dem Stahldialog gemacht. Das war ein wichtiger Dialog, weil er die Botschaften fixiert hat, die wir gemeinsam nach Berlin und Brüssel tragen. Das sind auch die Botschaften, die wir in einem gemeinsamen Brief, Herr Toepffer, der Länder Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Saarland sowie der Wirtschaftsvereinigung Stahl an die EU-Kommissarin Bieńkowska gesandt haben. Es sind die Inhalte - auch da wieder getragen von Umweltminister Stefan Wenzel und Wirtschaftsminister Olaf Lies -, die in eine Bundesratsinitiative gemündet sind, die das Kabinett gestern beschlossen hat. Niedersachsen hat diese federführend auf den Weg gebracht, natürlich mit Unterstützung der Länder.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Also können wir, glaube ich, auch von einem breiten Signal im Bundesrat ausgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Dazu kommt der Besuch von Ministerpräsident Stephan Weil bei Kommissionspräsident Juncker, um sich dort noch einmal explizit für die niedersächsische und die deutsche Stahlbranche insgesamt starkzumachen. Das wird so weitergehen. Wir sehen, was sich bewegt hat; wir haben es vorhin gehört.

Mitte Februar sind 1 000 Stahlarbeiter aus ganz Europa mit dem Management in Brüssel auf die Straße gegangen. Allein aus Niedersachsen sind rund 150 Kolleginnen und Kollegen der Salzgitter

AG mit Bussen auf dem Weg zu den Gebäuden der EU-Kommission gewesen. Auch da zählt die Solidarität. Es waren die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die sich gemeinsam aufgemacht und den Protestmarsch durchgeführt haben. Das zeigt noch einmal, wie wichtig das gemeinsame Handeln ist, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Stahlindustrie zu erhalten.

Wir sehen die Auswirkungen. Die EU-Kommission hat zuletzt vorläufige Antidumpingzölle für kaltgewalzte Flachstahlerzeugnisse aus China erhoben. Das war ein richtiger Schritt. Allerdings reichen die festgelegten Zölle von 15 % nicht aus; denn tatsächlich wurden in Untersuchungsverfahren Dumpingsspannen von rund 60 % festgestellt. Das heißt, dort besteht noch dringender Handlungsbedarf.

Die EU-Kommission muss also dringend weitermachen:

Erstens. Sie muss die Untersuchungsverfahren schneller durchführen, damit Schutzzölle deutlich früher in Kraft treten können.

Zweitens. Sie muss ihre Antidumpingverordnung überarbeiten, damit sie künftig höhere Zölle erlassen kann. Das wird ein weiteres wichtiges Signal sein.

Es ist weiterhin erforderlich, dass die EU China nicht als Marktwirtschaft anerkennt. Welche Folgen hätte das? - Der Dumpingnachweis wäre kaum noch möglich. Wenn doch, dann würden Schutzzölle künftig noch niedriger ausfallen, und China könnte bei der WTO gegen alle Schutzzölle vorgehen, die bisher von der EU verhängt worden sind. Damit würde das gesamte Verfahren ad absurdum geführt.

Lassen Sie es deswegen nicht so weit kommen, meine Damen und Herren! Es ist uns allen gemeinsam - das wird heute deutlich - ein persönliches Anliegen, sich für eine der Schlüsselindustrien Niedersachsens einzusetzen.

Lassen Sie uns gemeinsam mit diesem Beschluss heute ein deutliches Signal nach Berlin und nach Brüssel senden!

Herzlichen Dank und ein herzliches Glückauf!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister Lies. - Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, trage ich Ihnen vor, was hier aufgeschrieben worden ist.

Der auf Annahme in einer geänderten Fassung zielende interfraktionelle Änderungsantrag entfernt sich inhaltlich am weitesten vom ursprünglichen Antrag. Wir stimmen daher zunächst über diesen Änderungsantrag ab. Nur falls dieser abgelehnt wird, stimmen wir anschließend noch über die Beschlussempfehlung ab.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer dem gemeinsamen Änderungsantrag aller Fraktionen des Hauses in der Drucksache 17/5289 zustimmen will, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dem Änderungsantrag wurde gefolgt. Damit wurde der Antrag in der Fassung des Änderungsantrags angenommen.

Damit ist zugleich die Beschlussempfehlung des Ausschusses nach § 39 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 31 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 unserer Geschäftsordnung abgelehnt. Und der Finanzminister hätte auch zugestimmt. Sie haben das vorher ja kundgetan, als Ihr Ministerkollege gesprochen hat.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 7:

Abschließende Beratung:

Rechnung über den Haushalt des Niedersächsischen Landesrechnungshofs (Einzelplan 14) für das Haushaltsjahr 2014 - Antrag des Landesrechnungshofs - Drs. 17/5243 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/5293

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Landesrechnungshof die beantragte Entlastung zu erteilen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre und sehe keinen Widerspruch und lasse daher gleich abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zustimmen will, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen worden.

Bevor wir hier oben den Vorsitz wechseln, rufe ich noch auf den

Tagesordnungspunkt 8:

Abschließende Beratung:

Diskriminierung in Sicherheitsbehörden entgentreten - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/3838 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 17/5255

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag in geänderter Fassung anzunehmen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Beratung. Zu Wort gemeldet hat sich Belit Onay, Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

(Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann übernimmt den Vorsitz)

(Jens Nacke [CDU]: Ich habe gerade ein interessantes *NP*-Interview von Ihnen gelesen!)

Belit Onay (GRÜNE):

Das freut mich.

(Jens Nacke [CDU]: Es macht die Unterschiede sehr deutlich! Das hilft mir sehr!)

- Das ist schön.

Ich lege los?

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege, der Kollege Klare hatte Ihnen schon das Wort erteilt. Sie hätten schon anfangen können.

Belit Onay (GRÜNE):

Ich wollte den Wechsel noch abwarten. Vielen Dank.

(Jens Nacke [CDU]: So geht es uns auch, Herr Kollege!)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gesellschaft in Deutschland ist kulturell heterogen - Herr Nacke hat das meinem Interview schon entnehmen können. Das ist nicht erst seit der Zuwanderung in der aktuellen Größenordnung der Fall, sondern das war schon zuvor der

Fall. Das wurde auch von verschiedenen Behörden nicht erst neuerdings, sondern schon seit Längerem erkannt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das tut auch not, und zwar gerade im Bereich der Sicherheitsbehörden, um die es heute geht.

Die Vereinten Nationen beispielsweise fordern verbindliche Trainings für Polizei, Richter, Staatsanwälte in Deutschland, damit diese - so heißt es in dem Dokument - „rassistische Vorstellungen erkennen“. Diese Empfehlung ist Teil des Abschlussberichtes des Antirassismus-Ausschusses der Vereinten Nationen zu Deutschland, der im Mai 2015 in Genf vorgestellt wurde. Damit sollen Konsequenzen aus dem NSU-Skandal und der wachsenden Zahl fremdenfeindlicher Übergriffe gezogen werden. Die Polizei- und Justizbeamten müssten geschult werden, um Verständnis für den Begriff der - so heißt es dort - „racial discrimination“, der Rassendiskriminierung, zu bekommen, zu lernen, wie man diese bekämpft und gegebenenfalls bestraft. Nötig sei auch die Schaffung unabhängiger Instanzen im Bund sowie in den Ländern, bei denen Beschwerden gegen Diskriminierung durch Polizeibeamtinnen und -beamte und andere Sicherheitskräfte vorgebracht werden könnten.

Dies ist auch schon Thema in Niedersachsen und wird hier schon bearbeitet, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist auch bei der Polizei angekommen. Wir haben dies beispielsweise mehrmals im Innenausschuss thematisieren können. Auch bei der Polizeiakademie in Nienburg, die wir besucht haben, hat man uns sehr eindrucksvoll gezeigt, wie hoch der Anteil der Studierenden mit Migrationshintergrund dort ist. Er liegt bei 12 %; bei der Verwaltung des Landes Niedersachsen insgesamt liegt er lediglich bei 8 %.

Neben diesem Lob muss man aber auch sagen: In der gesamten Bevölkerung liegt der Anteil bei knapp 18 bis 20 %, sodass da noch Luft nach oben ist. In Osnabrück beispielsweise - das habe ich mir anschauen können - greift man in Kooperation mit verschiedenen Jugendmigrantinnen- und -migrantenorganisationen auf sogenannte Scouts zurück und versucht, Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeiberuf zu werben. Das ist sehr erfolgreich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben auch den Zweitplatzierten beim Zukunftspreis Polizeiarbeit 2014 in den Innenausschuss eingeladen. Er hat uns seine Masterarbeit

mit dem Titel „Interkulturelle Kompetenz in der Polizei - Eine empirische Studie zur Betrachtung interkultureller Situationen durch Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte“ vorgestellt. Das war ein sehr interessanter Austausch. Beim 17. Europäischen Polizeikongress gab es dafür, wie gesagt, den zweiten Preis. In dieser Studie wird die Wichtigkeit der interkulturellen Kompetenz als soziale Kompetenz für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte betont.

Der Preisträger erklärte hier allerdings:

„Bislang jedoch fehlt die eingehende Forschung, wie interkulturelle Kompetenz für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sein soll. Anhand dessen konzipierte ich meine Forschungsziele.“

Tatsächlich ist die Forschung in diesem Bereich - wenn man es so sagen will - etwas mau. Darauf verweist auch ein Forschungsprojekt aus Niedersachsen aus dem Jahre 2013.

(Glocke des Präsidenten)

Die Polizeiakademie Niedersachsen führte ein Forschungsprojekt zu dem Thema „Interkulturelle Qualifizierung der Polizei“ durch, in dem Erfahrungen von Polizistinnen und Polizisten zum Thema Vorurteile gesammelt wurden. Gemäß der Leiterin - das ist relativ spannend, aber irgendwie auch selbstverständlich - ist eines der Ergebnisse dieses Forschungsprojekts, dass es in den Köpfen von Polizistinnen und Polizisten all jene Klischees und ethnischen Vorbehalte gibt, wie sie auch in der deutschen Gesellschaft zu finden sind. Das ist im Grunde eine sehr natürliche Erkenntnis; denn Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte sind Teil dieser Gesellschaft - mit all ihren Stärken, aber auch Schwächen, mit all der Polarisierung und Stigmatisierung, wie wir sie gerade erleben, aber auch mit allen ihren positiven Elementen wie der Willkommenskultur.

Genau diesem Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, stellen wir uns mit unserem Antrag. Die Anhörung und die Beratungen im Innenausschuss und in der Kommission für Fragen der Migration und Teilhabe, aber auch die vielen Stellungnahmen haben eindeutig gezeigt, wie elementar und wichtig das auch für die Optimierung der Arbeit ist.

(Glocke des Präsidenten)

- Abschließend, sehr geehrter Herr Präsident, möchte ich noch ein konkretes Beispiel aus Nie-

dersachsen nennen, weil es auch in den Ausschussberatungen immer wieder Thema war: die sogenannten Moscheekontrollen von 2003 bis 2009, die glücklicherweise eingestellt worden sind. Darüber wird jetzt aktuell vielleicht diskutiert werden müssen. Wenn man alle anderen Probleme zur Seite schiebt, die grundgesetzlich verbriefte Freiheit der Religionsausübung, und sich nur auf die Terrorfahndung dort konzentriert, stellt man relativ deutlich fest, dass insgesamt null Fälle von Straftaten von erheblicher Bedeutung mit internationalem Bezug - darum geht es ja -

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege, jetzt müssen Sie wirklich zum Schluss kommen!

Belit Onay (GRÜNE):

- gefunden worden sind, dass dort also Energie bei der Polizeiarbeit verpufft ist.

In diesem Sinne bitte ich um die Unterstützung unseres Antrags.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Onay. - Es liegt mir jetzt eine Wortmeldung des Abgeordneten Karsten Becker, SPD-Fraktion, vor. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Karsten Becker (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben bei den Beratungen dieses Antrags im Ausschuss den Versuch der Oppositionsfraktionen erlebt, der SPD-Fraktion und der Grünen-Fraktion das Label der Missachtung und des Misstrauens gegenüber der Polizei an die Backe zu kleben. Ich will gleich vorweg sagen: Über dieses schmale Brett werde ich nicht gehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Da sind Sie längst drüber!)

Ich will zunächst einmal feststellen, meine Damen und Herren, dass sich unsere Sicherheitsbehörden, sehr geehrter Herr Nacke, bereits seit vielen Jahren viel Mühe geben, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein gutes Rüstzeug mit auf den Weg zu geben, um sie vor der Diskriminierungsfal-

le zu schützen, der sie in ihrer beruflichen Praxis zwangsläufig ausgesetzt sind.

Das beginnt bereits mit der Personalauswahl. Schon im Einstellungsverfahren werden die sozialen Kompetenzen und die Einstellungen der Bewerberinnen und Bewerber für den Polizeidienst in strukturierten Interviews überprüft. Zudem erwarten wir von den Bewerberinnen und Bewerbern des Polizeidienstes einen Ausbildungsabschluss, der sie zu einer akademischen Ausbildung befähigt. Wir können also unterstellen, dass sie im beruflichen Alltag ein Maß an kritischer Selbstreflexion mitbringen, das sie in die Lage versetzt, sich mit solchen Herausforderungen vernünftig auseinanderzusetzen.

Selbstverständlich bemüht sich die Polizei - Herr Onay hat das gerade ausgeführt - um die Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die selbst einen Migrationshintergrund aufweisen. Dass Niedersachsen auf diesem Weg inzwischen schon ziemlich weit vorangekommen ist, ist auch kein Zufall, sondern das Ergebnis eines strukturierten, zielgerichteten Prozesses. Niedersachsen gehört nämlich zu jenen sechs Ländern, die sich intensiv um eine Erhöhung der Bewerberzahlen von Menschen mit Migrationshintergrund bemühen. Niedersachsen zeichnet sich durch besondere Erfolge dabei aus. Mittlerweile haben 19 % der Bewerberinnen und Bewerber für den Polizeidienst ausländische Wurzeln; die Einstellungsquote liegt bei 13,1 %. Damit sind wir auch schon dicht dran an dem durchschnittlichen Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Niedersachsen, der bei ungefähr 20 % liegt.

Damit ist die Polizei schon auf einem guten Weg - das will ich ganz ausdrücklich anerkennen - aus der Diskriminierungsfalle. Damit können wir ein Stück weit zufrieden sein, und darauf können wir vielleicht auch ein bisschen stolz sein, meine Damen und Herren. Jedenfalls kann ich gut verstehen, dass die Berufsvertretungen der Polizei diesen vergleichsweise hohen Standard der niedersächsischen Polizei - zu Recht - betonen. Es ist aber fraglich, ob der erreichte Standard in einer sozial und ethnisch immer ausdifferenzierteren Gesellschaft genügt oder ob wir weiter daran arbeiten müssen.

Meine Damen und Herren, wir müssen nämlich auch zur Kenntnis nehmen, dass es viele Menschen und eine Reihe ernst zu nehmender Institutionen gibt, die die Überwachungspraxis und die Legitimität von Polizeihandeln und Polizeikontrol-

len im Hinblick auf eine damit verbundene Diskriminierung kritisch hinterfragen. Die Frage, die sich uns als Gesetzgeber stellt, ist: Wie gehen wir damit eigentlich um? - Den Beschwerden die Legitimation abzuspochen, ist jedenfalls keine angemessene Antwort, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]:
Richtig!)

Denn damit werden wir den Empfindungen und der Lebenssituation der betroffenen Menschen nicht gerecht. Aber damit werden wir auch der Polizei nicht gerecht, die mit einer kritischen Öffentlichkeit konfrontiert wird und der wir die Instrumente an die Hand geben müssen, mit der sie ihr Handeln erklären und rechtfertigen kann. Darum ist es richtig, wenn sich Polizei und Gesetzgeber aus sich heraus konstruktiv mit dem Handeln der Sicherheitsbehörden unter dem Aspekt von Legitimität und Akzeptanz auseinandersetzen, jedenfalls richtiger, als dass sich in einem Einwanderungsland, das wir heute mehr denn je sind, erst eine kritische Öffentlichkeit bildet, die der Polizei unter Aspekten von Diskriminierung auf die Finger schaut und diese mit Vorwürfen konfrontiert. Das scheint mir nämlich auch nicht gerade ein Ausweis von Wertschätzung und Fürsorge für die Polizei zu sein, sich damit schlicht nicht auseinanderzusetzen und den Dialog dazu zu verweigern, wie wir das im Ausschuss erlebt haben.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Das ist ein pauschaler Vorwurf!)

- Herr Nacke, Sie hören mir nicht zu. Ich habe hier nicht einen pauschalen Vorwurf geäußert. Den werden Sie von mir auch nicht hören.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Sie pauschalisieren und stigmatisieren durch den ganzen Antrag!)

- Meine Damen und Herren, Sie können das noch zehn Minuten behaupten. Das macht es nicht richtiger, Herr Nacke.

(Jens Nacke [CDU]: In Wirklichkeit schämen Sie sich doch für Ihre Kollegen!)

Wir alle wissen, dass das Kontrollhandeln der Polizei verstärkt auf kriminalgeografische Räume ausgerichtet ist, die im weitesten Sinne als Problemquartiere wahrgenommen werden. Wir wissen

auch, dass diese Quartiere ganz häufig durch soziale und ethnische Segregation geprägt sind. In der Folge heißt das aber, dass das Kontrollhandeln der Polizei bestimmte Menschen in unserer Gesellschaft viel intensiver trifft als andere.

Das hat nun zwei Effekte, meine Damen und Herren: Zum einen laufen natürlich auch Polizeibeamte, wie jeder andere Mensch in dieser Gesellschaft, Gefahr, in gewisser Weise Stereotype oder vielleicht sogar Vorurteile auszuprägen. Zum anderen nehmen die so besonders häufig von Kontrollen betroffenen Menschen diese Kontrollen und die Polizistinnen und Polizisten, die sie durchführen, eben gerade auch als von Stereotypen und Vorurteilen geprägt wahr. Das prägt natürlich Misstrauen bei den betroffenen Menschen aus. Dazu braucht man nicht sonderlich viel Empathie und Fantasie.

Das ist umso mehr der Fall, als ein solches Kontrollhandeln individuell in der Verantwortung der eigentlichen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten liegt und weniger in der Verantwortung der Institutionen, also der Behörden. Wie berechtigt oder unberechtigt ein solcher Vorwurf im Einzelfall auch immer sein mag - Herr Nacke, das geht jetzt in die Richtung, die Sie mir immer dazwischen rufen -, spielt überhaupt keine Rolle.

(Zuruf von der CDU: Er ruft doch gar nicht!)

Entscheidend ist, dass in jedem Einzelfall ein Verlust in das Vertrauen in die Polizei eintritt. Das muss uns kümmern, meine Damen und Herren. Dem wollen wir nämlich vorbeugen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will das noch einmal an einem praktischen Beispiel deutlich machen. Ich würde das lieber an einem praktischen Beispiel aus Niedersachsen oder aus Deutschland deutlich machen. Das geht aber leider nicht, weil es keine aus wissenschaftlichen Untersuchungen belegten Beispiele gibt. Aus der Polizeiforschung im angelsächsischen Raum wissen wir aber, dass Menschen mit schwarzer Hautfarbe deutlich häufiger kontrolliert werden als solche mit weißer Hautfarbe. In England ist das beispielsweise achtmal so häufig der Fall.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Stimmt!)

Was das mit Menschen macht, die außer, dass sie eine andere Pigmentierung haben, keinen Anlass zu einer solchen Kontrolle gegeben haben, kann man sich leicht vorstellen.

Ich will an dieser Stelle nur feststellen, dass wir für Deutschland und für Niedersachsen solche Zahlen nicht kennen,

(Jens Nacke [CDU]: Das ist jetzt aber kein pauschaler Vorwurf, oder?)

weil wir die Zahlen nicht erheben und dazu auch keine Untersuchungen anstellen.

Anstelle aber die Augen vor dem offensichtlichen Phänomen zu verschließen, sollten wir dazu forschen und eine vernünftige Strategie entwickeln. Das ist jedenfalls klüger, meine Damen und Herren, als die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit diesem Problem allein zu lassen und dann, wenn das Kind - üblicherweise anlässlich eines Einzelfalls - in den Brunnen gefallen ist, einen Unterrichtsantrag zu schreiben, in dessen Begründung man dann rückblickend seine Sorge zum Ausdruck bringt, dass mit der Polizei möglicherweise irgendetwas nicht stimmen könnte. Wir schauen da lieber im Sinne einer konstruktiven Arbeit für die Polizei und im Sinne eines Schutzes für die einzelnen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten voraus, der mir und der uns sehr wichtig ist. Wir werden diesem Anspruch gerecht.

Danke.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Gewunden wie ein Aal!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Becker. - Das Wort hat jetzt für die CDU-Fraktion Herr Kollege Thomas Adasch.

Thomas Adasch (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei uns in Niedersachsen darf es selbstverständlich keinerlei Diskriminierung, egal aus welchen Gründen, geben. Ich denke, darüber sind wir uns in diesem Hohen Hause einig. Bereits bei der ersten Beratung des vorliegenden Entschließungsantrages von SPD und Grünen im Juli 2015 habe ich allerdings darauf hingewiesen, dass diesen Antrag leider wieder einmal eine pauschalisierende, verallgemeinernde und unsachliche Stigmatisierung unserer niedersächsischen Polizei und unseres Verfassungsschutzes durchzieht.

(Beifall bei der CDU)

Hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommt erneut das tief sitzende Misstrauen Ihres grünen

Koalitionspartners zum Tragen, Herr Minister Pistorius.

(Anja Piel [GRÜNE]: Ach, Herr Adasch! - Zurufe von den GRÜNEN)

Sie von der grünen Landtagsfraktion haben diese Einwände in der Debatte vom 17. Juli letzten Jahres entschieden zurückgewiesen. Ich erinnere an eine Kurzintervention des Kollegen Onay - der gerade dazwischenruft - auf meine Rede. Er wies unsere Bedenken gegen den vorliegenden Antrag ausdrücklich zurück und warf meiner Fraktion vor, bei diesem Thema nicht mehr auf der Höhe der Zeit zu sein.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese Ausführungen, lieber Herr Kollege Onay, lassen sich durch die uns vorliegenden Stellungnahmen der Polizeigewerkschaften GdP, DPoIG und BDK, die Sie hoffentlich auch gelesen haben, definitiv nicht mehr aufrechterhalten. Ganz im Gegenteil: So schreibt die GdP in ihrer Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag vom 19. Januar 2016, es sei nicht nachzuvollziehen, dass - Zitat -:

„die Antragsteller es ‚als höchste Priorität ansehen, das angekratzte Vertrauen von Migrantinnen und Migranten in den Rechtsstaat und die Glaubwürdigkeit der Sicherheitsbehörden zu stabilisieren bzw. gegebenenfalls wiederherzustellen.‘ Die Beschäftigten erwarten vielmehr“

- so die GdP in ihrer Stellungnahme -

„Vertrauen seitens der Politik in ihre Arbeit und keine Pauschalverurteilung, die vor dem Hintergrund des tatsächlichen Engagements nicht standhält.“

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Die DPoIG fordert in ihrer Stellungnahme vom 21. Januar 2016 die Fraktionen von SPD und Grünen dazu auf, den vorliegenden Antrag gänzlich zurückzuziehen. Zitat:

„Die Politik sollte sich vor ihre Polizei stellen und nicht ihre Arbeit erschweren.“

(Beifall bei der CDU - Jens Nacke [CDU]: So ist es!)

Der BDK geht in seiner Stellungnahme vom 9. Januar 2016 noch weiter. Er spricht ganz offen von einem gestörten Verhältnis zwischen der Nieder-

sächsischen Landesregierung und den Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei und führt weiter aus, dass der Entschließungsantrag dazu beitragen dürfte - Zitat -, „dass sich noch mehr Beschäftigte von der Politik alleingelassen und pauschal vorverurteilt fühlen“.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Verheerender, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, kann eine Stellungnahme gar nicht ausfallen. Sie haben das jahrelange Vertrauensverhältnis zwischen der Landespolitik und der niedersächsischen Polizei unter CDU und FDP innerhalb von nur einer halben Legislaturperiode völlig verspielt, Frau Modder.

(Zuruf von Johanne Modder [SPD])

Das ist die Wahrheit, Herr Minister Pistorius, vor der Sie heute stehen.

(Ronald Schminke [SPD]: Weihnachtsgeld! A-11er-Erlass!)

Stellen Sie sich endlich den Tatsachen, Herr Schminke, und stellen Sie sich endlich vor unsere niedersächsische Polizei!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Gerd Ludwig Will [SPD]: In welcher Zeit lebst du denn?)

Sie fordern in Ihrem Antrag weiterhin eine Stärkung der interkulturellen Kompetenz innerhalb der niedersächsischen Sicherheitsbehörden. Diese interkulturelle Kompetenz ist richtig und wichtig. Aber sie gehört bereits heute zu den Studien- und Fortbildungsinhalten. Unsere Polizei zeichnet sich bereits heute durch viele Beamtinnen und Beamte mit Migrationshintergrund aus.

Auch die niedersächsischen Polizeigewerkschaften weisen in ihren Stellungnahmen unisono auf die bereits heute hohe interkulturelle Kompetenz unserer Beamtinnen und Beamten hin.

So berichtet beispielsweise die GdP von vielen Rückmeldungen von Flüchtlingen, dass diese Flüchtlinge Vertreter der Sicherheitsbehörden in Deutschland im Kontrast zu ihren Herkunftsländern als verständnisvoll, hilfsbereit und gewaltfrei wahrnehmen. Die DPoIG weist zu Recht darauf hin, dass auch die Mitarbeiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes im Bereich interkultureller Kompetenz in den letzten Jahren gezielt gefördert wurden.

Alles das müssen Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen, meine Damen und Herren von der SPD und vor allem von den Grünen!

(Beifall bei der CDU)

Was die niedersächsischen Polizeigewerkschaften und mich an Ihrem Antrag besonders stört, ist Ihre pauschale Verallgemeinerung von Einzelfällen auf die gesamte niedersächsische Polizei. Zu Recht sind die berichteten Verfehlungen einzelner Polizeibeamter, beispielsweise bei der Bundespolizei in Hannover, Anlass von Ermittlungsverfahren; darin sind wir uns einig. Aber alle Beamtinnen und Beamte pauschal unter Generalverdacht zu stellen, Herr Minister Pistorius, verstehen die Polizistinnen und Polizisten in unserem Lande nicht. Sie haben es auch nicht verdient, durch diesen Antrag diskriminiert zu werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Denn gerade unsere niedersächsischen Beamtinnen und Beamten - das wissen Sie ganz genau - sind im Einsatz ständig vor schwierige Herausforderungen gestellt und halten täglich den Kopf hin, auch dort, wo Multikulti gescheitert ist.

2015 ist die Zahl der Gewalttaten gegen Polizisten in Niedersachsen zum fünften Mal in Folge gestiegen. Vorläufiger trauriger Höhepunkt war die Messerattacke einer 15-Jährigen auf einen Bundespolizisten am Hauptbahnhof Hannover Ende Februar.

Aber, meine Damen und Herren von Rot-Grün, wo sind Ihre Entschließungsanträge, wenn es um den Schutz unserer Polizistinnen und Polizisten geht, wenn Polizeiwachen gestürmt, Familienstreitigkeiten mit Schusswaffen in Krankenhäusern ausgetragen oder Richter bedroht werden? Warum starten Sie keine Bundesratsinitiative für einen gesonderten Paragrafen im Strafgesetzbuch, mit dem Übergriffe auf Polizisten geahndet werden, wie es u. a. die Gewerkschaft der Polizei in Niedersachsen fordert? Wo ist Ihre Reaktion auf die Polizisten, die beklagen, dass sie und damit auch der Staat von manchen Gruppen nicht mehr akzeptiert werden?

(Glocke des Präsidenten)

Keine Wertschätzung, keine bessere Ausstattung, zu wenig Personal, stattdessen eine Beschwerdestelle gegen die Polizei, individuelle Kennzeichnungspflicht, pauschale Vorverurteilung!

Mit Ihrem Antrag laufen unsere Polizistinnen und Polizisten in Zukunft nun auch noch Gefahr, dass

ihnen diskriminierendes Verhalten bei der Ausübung ihres Dienstes vorgeworfen wird.

(Beifall bei der CDU - Angelika Jahns
[CDU]: Genau so ist es!)

Sie skandalisieren aus rein ideologischen Motiven und zerstören damit das Vertrauen innerhalb unserer Polizei und das Vertrauen in die Polizei gleichermaßen. Das bescheinigen Ihnen auch die vorliegenden Stellungnahmen der Berufsvertretungen der Polizei. Hören Sie darum endlich auf die Gewerkschaften! Hören Sie auf die Beamtinnen und Beamten vor Ort und stellen Sie sich endlich vor unsere niedersächsische Polizei! Sie hat es verdient.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Adasch. - Das Wort hat jetzt für die FDP-Fraktion der Kollege Jan-Christoph Oetjen.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Polizei und Verfassungsschutz in Niedersachsen fehlt interkulturelle Kompetenz. Diskriminierungen sind bei Ämtern und Behörden an der Tagesordnung. Musliminnen und Muslime werden vom Verfassungsschutz in Form eines Pauschalverdachts in bedenkenloser Weise in die Nähe des islamistischen Terrorismus gesetzt. Es gibt stereotype Ermittlungen gegenüber Ausländerinnen und Ausländern. - Das, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist das Bild, das dieser Entschließungsantrag von SPD und Grünen hier an dieser Stelle von unseren niedersächsischen Sicherheitsbehörden zeichnet, von unseren Polizistinnen und Polizisten und von den Mitarbeitern des Verfassungsschutzes!

(Helge Limburg [GRÜNE]: Sie wissen, dass das in dieser Pauschalität nicht wahr ist!)

Dieses Bild, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist uns in der FDP-Fraktion fremd. Aber es ist auch den Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei fremd, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das, was ich hier gerade erzählt habe, sind alles Zitate aus diesem Entschließungsantrag.

(Christian Dürr [FDP]: Aha! Das ist unglaublich! - Christian Grascha [FDP]: Die kennen Ihren eigenen Antrag nicht!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, die Rede des Kollegen Becker

(Ronald Schminke [SPD]: Guter Mann!)

hat hier gezeigt, dass Ihnen die Argumente für diesen Entschließungsantrag tatsächlich fehlen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Becker hat hier aus meiner Sicht zu Recht dargestellt,

(Ronald Schminke [SPD]: Guter Mann!)

dass Polizei und Verfassungsschutz in Niedersachsen auf einem sehr, sehr guten Weg sind. Das haben auch die sehr differenzierten Stellungnahmen von GdP, DPoIG und BDk deutlich gemacht - dass das Thema eben nicht zur Seite gewischt wird, sondern dass es schon heute im Zentrum von Fortbildung und von Ausbildung insbesondere bei der Polizei ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Deswegen sage ich an dieser Stelle sehr, sehr klar: Polizei und Verfassungsschutz in Niedersachsen brauchen Ihren Antrag nicht. Die sind längst auf dem Weg. Auf diesem Weg wollen wir von der FDP die Kolleginnen und Kollegen weiter unterstützen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Damit daran auch gar kein Zweifel aufkommt: Für mich steht außer Frage, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass es keine Diskriminierung gegen irgendjemanden geben darf. Es darf aber auch kein Augen-zu gegenüber irgendjemandem geben. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Sind Sie jetzt wieder für Moscheekontrollen? Früher waren Sie ja einmal dagegen!)

- Sehr geehrter Herr Kollege Limburg, selbstverständlich bin ich gegen Moscheekontrollen! Sie wissen ganz genau, dass gerade wir von der FDP das Thema der Moscheekontrollen immer sehr kritisch begleitet haben.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Das habe ich ja gerade gesagt!)

Wir werden in der Debatte um das Polizeigesetz dazu kommen, ob auch Sie das, was wir getan

haben, in Ihrem Gesetz vorsehen, nämlich dass es anlasslose Kontrollen in gewissem Umfang geben darf. Sie sind aus unserer Sicht weiterhin notwendig. Ich bin gespannt, ob Sie, sehr verehrter Herr Kollege Limburg, das in Zukunft auch so sehen werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Artikel 4 des Grundgesetzes muss wieder gelten!)

Aber das ist jetzt ein Nebenkriegsschauplatz, sehr geehrter Herr Kollege. Es geht hier um die Frage, ob solche Forderungen, wie Sie sie hier aufstellen, nämlich „Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ... zu prüfen, welche Gründe für stereotype Ermittlungen ursächlich waren und wie diese in Zukunft verhindert werden können“, in diesem Lande Niedersachsen wirklich notwendig sind oder nicht. Ich sage nein. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Oetjen. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Innenminister Pistorius das Wort. Bitte, Herr Minister!

(Jens Nacke [CDU]: Der will den Antrag auch nicht! Aber er hat ja kein Stimmrecht!)

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die aktuellen Herausforderungen, mit denen wir es in Niedersachsen und in Deutschland zu tun haben, beschäftigen auch unsere Sicherheitsbehörden intensiv, und das täglich. Sie alle wissen das.

Insbesondere die Polizei leistet eine äußerst wertvolle Arbeit bei der Bewältigung des Flüchtlingszuzugs, aber auch bei den zahlreichen anderen Themen, die sich jeden Tag vor ihnen auftun. Ich habe - das sage ich in aller Deutlichkeit - von daher auch aus eigener Erfahrung vollstes Vertrauen in die Ausgewogenheit, vollstes Vertrauen in die Professionalität der Arbeit unserer niedersächsischen Polizei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Dann können Sie den Antrag ja ablehnen!)

Sie macht gerade in dieser besonders fordernden Zeit mit neuen Herausforderungen einen großartigen Job.

Heute steht nun das Thema Diskriminierung auf der Tagesordnung. Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt: Wir beugen hier am besten und am wirksamsten vor, indem wir die interkulturelle Kompetenz steigern und uns für andere Kulturen und den gegenseitigen Austausch öffnen. Von daher freue ich mich sehr, dass sowohl die Polizei als auch der Verfassungsschutz in Niedersachsen erfolgreich diesen Weg eingeschlagen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch etwas sagen: Der sich stetig wiederholende Versuch, einen Keil zwischen die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen auf der einen Seite und die Polizei auf der anderen Seite zu treiben, schlägt fehl. Die bloße Wiederholung macht den Versuch nicht erfolversprechender, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Den können Sie selbst schlagen, durch Ihre Initiative! - Angelika Jahns [CDU]: Der Antrag ist überflüssig!)

Die Polizei in Niedersachsen hat die Bedeutung des Themas, um das es hier geht, bereits vor einiger Zeit erkannt. Sie hat die kulturelle Öffnung und die Steigerung der interkulturellen Kompetenz zu zentralen Anliegen gemacht. Auch in der neuen Polizeistrategie 2020 ist das Ziel - ich zitiere - „Wir ermöglichen und leben Diversität“ - fest verankert, und das aus gutem Grund.

Dazu werden bereits im Studium an der Polizeiakademie in Niedersachsen die relevanten Bereiche umfänglich berücksichtigt; angefangen bei der Bürgerorientierung über das umfangreiche Thema Toleranz bis hin zur Vermeidung von Diskriminierung jeglicher Art.

Auch beim Verfassungsschutz hat das Thema interkulturelle Kompetenz eine besondere Bedeutung, z. B. bei der Fortbildung oder auch der Personalauswahl. Sowohl unsere Polizei als auch unser Verfassungsschutz haben zahlreiche Seminare zum Thema interkulturelle Kompetenz angeboten. Es sind schon weit über 1 500 Führungskräfte der Polizei mit entsprechender Kompetenz qualifiziert worden. Gerade das ist wichtig, meine Damen und Herren; denn Führungskräfte tragen

bekanntlich viel Verantwortung. Sie haben eine Schlüsselrolle und gehen deshalb mit gutem Beispiel bei uns in der niedersächsischen Polizei voran.

Die kulturelle Öffnung wird aber auch durch die Einstellung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte entscheidend vorangetrieben. Die niedersächsische Polizei ist auch hier äußerst erfolgreich und konnte in nur wenigen Jahren den Anteil bei den Einstellungen signifikant steigern. Allein im letzten Oktober haben über 100 Polizeianwärterinnen und -anwärter mit Migrationshintergrund ihr Studium an der Polizeiakademie aufgenommen. Landesweit haben wir mittlerweile annähernd 1 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Zuwanderungsgeschichte in unserer niedersächsischen Polizei, die auch innerhalb der Organisation übrigens - das bestätigen unsere Befragungen - als eine echte Bereicherung empfunden werden. Dies hat die Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbefragung im letzten Jahr ausdrücklich bestätigt.

Auch beim Verfassungsschutz hat sich vieles getan. Wir haben nunmehr auch arabisch- und türkischsprachige Muttersprachler, die in der Behörde beschäftigt sind. Darüber hinaus arbeiten dort drei Islamwissenschaftler, die über eine Ausbildung in orientalischen Sprachen verfügen, insbesondere in Arabisch.

Meine Damen und Herren, für die Zukunft gilt weiterhin: Wir haben ein vitales eigenes Interesse daran, dass es gar nicht erst zu Diskriminierungen jeglicher Art kommt. Deshalb versteht es sich von selbst, dass die niedersächsischen Sicherheitsbehörden ihren ganz bewusst eingeschlagenen Kurs, für den ich hier einige exemplarische Beispiele genannt habe, auch in Zukunft entschlossen fortsetzen werden. Dies gehört untrennbar zu der von mir beschriebenen ausgewogenen professionellen Aufgabenwahrnehmung, wie sie sowohl von der Polizei als auch vom Verfassungsschutz in Niedersachsen geleistet wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die CDU-Fraktion hat noch vier Sekunden Restredezeit. Der Minister hat 43 Sekunden überzogen. - Herr Nacke hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort; Sie

haben eine zusätzliche Redezeit von aufgerundet zwei Minuten. Bitte!

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Pistorius, ich möchte Ihnen an dieser Stelle ausdrücklich für Ihre Rede danken, weil Sie sehr dezidiert dargelegt haben, wie die niedersächsischen Sicherheitsbehörden bereits längst auf genau diese Fragestellung reagiert haben. Ich habe in Ihrer gesamten Rede kein einziges Argument gehört, das diesen Antrag rechtfertigt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dieser Antrag ist ein pauschaler, ungerechtfertigter Vorwurf gegen die Sicherheitsbehörden. Er ist ein Kotau vor der grünen Misstrauenskultur gegenüber unseren Sicherheitsbehörden.

Wir haben gerade hier erlebt, wie sich Herr Becker gewunden hat, als Polizist hier einen solchen Antrag vertreten zu müssen.

(Zuruf von den Grünen: Hat er gar nicht! - Anja Piel [GRÜNE]: Erzählen Sie hier keine Märchen! - Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben wenigstens das nicht mitgemacht. Sie haben als Innenminister des Landes sehr deutlich gemacht, dass die Sicherheitsbehörden in diesem Land eine gute Arbeit leisten. Es ist eine Schande, dass das heute von Ihnen beschlossen wird. Sie sollten sich für diesen Antrag schämen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Nacke, bleiben Sie bitte einen Moment am Rednerpult. Ich wollte Ihren engagierten Beitrag nicht unterbrechen. Herr Becker wollte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Würden Sie diese noch zulassen? - Bitte, Herr Becker!

Karsten Becker (SPD):

Vielen Dank, Herr Nacke, für die Möglichkeit, eine Zwischenfrage zu stellen. Darf ich Ihr bewundernswertes Plädoyer für die Arbeit der Polizei, zu dem ich ausdrücklich bemerken will, dass ich es für angemessen halte, so interpretieren, dass Sie die Arbeit des Innenministers für so prägend, für so weitreichend und richtig halten, dass Sie eine parlamentarische Befassung mit diesem Problem als obsolet erachten?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Nacke!

Jens Nacke (CDU):

Herr Kollege Becker, darauf will ich Ihnen gerne antworten. Sie dürfen mein Plädoyer für die Arbeit der Polizei sowie insbesondere meinen Dank an den Innenminister so verstehen, dass offenkundig hier immer deutlicher wird, dass dieser Innenminister tatsächlich bereit ist, sich - auch gegen diese grüne Landtagsfraktion - vor die Sicherheitsbehörden dieses Landes zu stellen.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Hier ist kein Keil zwischen den Fraktionen, hier ist ein Keil zwischen diesen beiden Landtagsfraktionen und den Sicherheitsbehörden, aber ein noch viel tieferer Kanal, ein Canyon,

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

liegt inzwischen zwischen Ihnen und dieser grünen Landtagsfraktion: Das wird immer deutlicher.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Minister, es ist deutlich geworden, dass Sie inzwischen nicht einmal mehr die grüne Landtagsfraktion, den Koalitionspartner, fragen, wenn Sie Vorschläge machen und sich vor die Sicherheitsbehörden stellen. Das ist doch sehr deutlich geworden, als Sie gesagt haben, wie hier zukünftig das Gesetz im Bereich des Verfassungsschutzes zu ändern ist.

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Das sind Ihre Träume!)

Sie stehen vor den Sicherheitsbehörden, und die tun das nicht. Es ist wohltuend, auch zu erkennen, dass offenkundig zwischen Rot und Grün nicht mehr ein Koalitionsfrieden herrscht,

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Unglaublich! Helge Limburg [GRÜNE]: Das finden Sie gut?)

sondern dass Sie endlich für die Sicherheitsbehörden in diesem Land sprechen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Ich stelle fest, meine Damen und Herren, dass weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vorliegen.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der sich aus der Beschlussempfehlung ergebenden geänderten Fassung annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist eine Schande!)

Ich frage nach den Gegenstimmen. - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Das Erste war die Mehrheit.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist eine richtige Schande, ihr solltet euch schämen!)

- Herr Nacke, Sie können Ihre Meinung haben, hier werden wir jetzt aber nicht mit Vorwürfen arbeiten. Ich stelle ein Abstimmungsergebnis fest: Das Erste war die Mehrheit. Sie sind der Beschlussempfehlung des Ausschusses gefolgt.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 8 erledigt.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 9:

Erste Beratung:

Barrierefreier Zugang zum Recht muss auch in Niedersachsen gewährleistet sein! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/5278

Wir kommen zur Einbringung durch die antragstellende Fraktion. Dazu hat sich die Kollegin Mechtild Ross-Luttmann gemeldet.

(Unruhe)

Frau Kollegin, Sie dürfen schon an das Rednerpult gehen, aber das Wort erteile ich Ihnen erst, wenn hier ein bisschen mehr Ruhe und weniger Bewegung im Plenarsaal festzustellen sind. - Wer der Rede lauschen möchte, nimmt bitte Platz, ansonsten ziehen Sie sich zu Gesprächen nach außen zurück. - Es geht jetzt einigermaßen, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Mechthild Ross-Luttmann (CDU):

Danke schön, Herr Präsident. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, seit dem Jahr 2009 auch in Deutschland geltendes Recht, fordert die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen in der Gesellschaft. Wie dies in Niedersachsen erfolgreich umgesetzt werden kann, diskutieren wir vielfach hier im Landtag, so beispielsweise für die Inklusion in den Bildungseinrichtungen oder in sozialen Einrichtungen, aber auch völlig zu Recht.

Inklusion, meine Damen und Herren, ist aber mehr. Sie erstreckt sich auf alle Lebensbereiche und muss selbstverständlich auch uneingeschränkt für den Zugang zum Gericht gelten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Zugang aller Menschen zum Recht ist elementares Recht eines jeden Menschen und unabdingbar für ein funktionierendes Rechtswesen.

(Beifall bei der CDU)

Alle rechtsuchenden Personen und Bediensteten müssen unsere Gerichte barrierefrei erreichen und ohne fremde Hilfe zweckentsprechend nutzen können. Leider ist das in Niedersachsen nicht an allen Gerichtsstandorten gewährleistet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so hat die Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des Kollegen Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens eingeräumt, dass zurzeit 35 der 80 Amtsgerichte in Niedersachsen nicht barrierefrei zugänglich sind. Das bedeutet in der Praxis, dass rechtsuchende Menschen mit Beeinträchtigungen in der Regel auf unterstützende Maßnahmen fremder Menschen angewiesen sind. Wenn sie den Verhandlungssaal des Amtsgerichtes im ersten Stock nicht selbstständig erreichen können, weil beispielsweise ein Fahrstuhl fehlt, oder das Amtsgericht nur mithilfe eines Krankentransportes wieder verlassen können, ist dies für unsere Gesellschaft beschämend. Meine Damen und Herren, das können wir nicht wollen. Unser Ziel muss vielmehr sein, dass alle Menschen die Justiz ohne Probleme erreichen können.

(Zustimmung bei der CDU)

Dafür müssen bauliche Barrieren und Hindernisse beseitigt werden.

Das wird den Einsatz erheblicher finanzieller Mittel erfordern. Ich räume auch ein: Dies wird nicht sofort - an allen Standorten zeitgleich - möglich sein,

sondern es wird Zeit kosten. Es werden sicherlich Jahre vergehen. An einigen wenigen Amtsgerichten wird es wohl nur mit unverhältnismäßigem Mehraufwand umsetzbar sein. Schließlich sind einige Gerichte in alten, denkmalgeschützten Gebäuden untergebracht, bei denen ein barrierefreier Zugang nur schwer zu realisieren ist.

Meine Damen und Herren, das sollte uns aber nicht entmutigen. Wir sollten anfangen.

(Beifall bei der CDU)

Barrierefreiheit kommt insbesondere Menschen mit Behinderungen zugute, nutzt aber jedem Menschen. Ein jeder von uns kann plötzlich und unverhofft auf einen barrierefreien Zugang angewiesen sein, sei es vorübergehend - durch Einschränkungen aufgrund von Krankheit oder Unfall -, sei es durch Mobilitätseinschränkungen im Alter. Beispielsweise freuen sich über einen Eingang ohne Stufen sowohl die Menschen im Rollstuhl als auch Eltern mit Kinderwagen und Personen mit Rollator.

Es gibt verschiedene Vorgehensweisen, unsere öffentlichen Gerichtsgebäude barrierefrei zu gestalten. Ein schönes Beispiel ist sicherlich das Justizzentrum Hannover. Hier hat mir insbesondere sehr gut gefallen, dass es Piktogramme gibt, die Menschen mit einer starken Sehbeeinträchtigung barrierefreien Zugang zum Recht geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Niedersächsische Bauordnung verpflichtet das Land, bei der Änderung öffentlicher Gebäude grundsätzlich die Belange von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen. Wenn wir so vorgehen, hängt die Umsetzung der Barrierefreiheit allerdings von Zufälligkeiten ab. Das wollen wir ausdrücklich nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wir möchten die Amtsgerichte schrittweise, in einem mehrjährigen Prozess, barrierefrei gestalten. Für die notwendigen vielfältigen baulichen Veränderungen brauchen wir eine realistisch umsetzbare und vor allen Dingen vorausschauende Planung. Es soll einen verbindlichen Zeitrahmen geben, der den Gerichten Verlässlichkeit und Planungssicherheit gibt. Deshalb schlagen wir vor, dass die Landesregierung ein mehrjähriges Investitionsprogramm mit festem Zeitplan zur Barrierefreiheit aller Gerichte vorlegt.

Ich würde mich sehr freuen, wenn unser Antrag in großer Geschlossenheit verabschiedet würde. Dies wäre ein gutes und wichtiges Signal für mehr

Chancengleichheit für alle Menschen - mit und ohne Behinderungen - und würde zeigen, dass barrierefreies Bauen für uns selbstverständlich ist.

Die Umsetzung wird unsere Gesellschaft menschlicher gestalten. Öffentliche Gebäude ohne Barrieren sind Gebäude für alle Menschen. Dies sollten wir anstreben.

Ich freue mich auf die Diskussion im Fachausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Ross-Luttmann. - Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Andrea Schröder-Ehlers von der SPD-Fraktion. Bitte schön!

Andrea Schröder-Ehlers (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ross-Luttmann, barrierefreier Zugang zum Recht ist ein sehr wichtiges Thema. In der Antwort auf die Anfrage aus Ihrer Fraktion wurde im letzten Sommer ein Teil des Bedarfes aufgezählt. Darauf haben Sie zu Recht hingewiesen.

Als frühere Sozialministerin wissen Sie sicherlich, dass Barrierefreiheit viel mehr ist als die physische Barrierefreiheit, auf die Sie mit diesem Antrag abzielen. Das Thema ist aus unserer Sicht viel weiter gefasst und die Aufgabe deutlich größer.

Unsere Ministerin hat sich dieser wichtigen Aufgabe mit der Regierungsübernahme 2013 angenommen. Grundlegendes von Herrn Busemann war leider nicht vorzufinden, sodass sie ein völlig neues Konzept auflegen musste. Dafür, meine Damen und Herren, ist in den letzten drei Jahren wirklich schon sehr viel passiert. Frau Ministerin, dafür danke ich Ihnen sehr herzlich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich nur ein paar wenige Punkte erwähnen:

Seit 2013 - das haben wir natürlich auch im Rechtsausschuss immer wieder diskutiert - gibt es die Projekte zur leichten Sprache. In der Justiz ist das ein ganz wichtiger Aspekt. Denn Barrierefreiheit bezieht sich eben nicht nur - wie Ihr Antrag - auf Aufzüge und Rampen, sondern auch auf die sprachliche Erreichbarkeit. Die Juristensprache ist für Menschen mit kognitiven Einschränkungen eine sehr komplizierte Sprache. Das Verwaltungs-

deutsch kann wirklich nicht jeder verstehen. Deshalb ist es sehr gut, dass Formulare, Broschüren und einzelne weitere Texte mittlerweile in leichter Sprache auf den Internetseiten zu finden sind, beispielsweise die Broschüre zur Vorsorgevollmacht und die Broschüre zum Erbrecht. Das kommt ganz vielen Menschen zugute. Im letzten Jahr - Sie wissen es vielleicht - haben sich die Justizminister der Länder auch auf Anregung von Niedersachsen einvernehmlich darauf verständigt, die Angebote in leichter Sprache auszuweiten.

Es gibt mittlerweile in der niedersächsischen Justiz eine Arbeitsgemeinschaft Barrierefreiheit. Sie hat Handlungsempfehlungen unter dem Titel „Auf dem Weg zu barrierefreien Justizgebäuden“ erstellt. Zur Vorbereitung wurde eine Vielzahl von Gerichten besucht. Auch dabei ging es nicht nur um Rampen und Aufzüge oder um Parkplatzgestaltung, sondern überhaupt um Maßnahmen, die Menschen mit motorischen, visuellen, auditiven oder kognitiven Beeinträchtigungen berühren.

Parallel zu der nötigen grundlegenden Arbeit sind schon viele wichtige Maßnahmen an einzelnen Gerichten umgesetzt worden. Davon war in den Haushaltsberatungen immer wieder zu hören. Es ging um Aufzüge im Amtsgericht Soltau und im Amtsgericht Stadthagen. Es ging um barrierefrei gestaltete WC-Anlagen.

Lassen Sie mich abschließend an die Haushaltsberatungen im letzten Herbst erinnern. Wir haben den Titel „Technische Sicherheitsausstattung“ erweitert, sodass Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit zukünftig auch daraus finanziert werden können. Ausdrücklich erwähnt wurden hier Evakuierungsstühle, FM-Anlagen für Hörgeschädigte und Verbesserungen der Raumakustik.

Meine Damen und Herren, in den letzten Jahren ist also schon sehr viel passiert. Nach der Regierungsübernahme war ein völlig neues Konzept nötig. Die Ministerin hat sich dieser Aufgabe gestellt. Es sind viele Bausteine erstellt worden. Es sind viele Maßnahmen vorbereitet worden. Es kann jetzt mit der Umsetzung zügig weitergehen. Darüber würde ich gerne mit Ihnen im Ausschuss beraten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schröder-Ehlers. - Herr Dr. Genthe, Sie haben jetzt für die FDP-Fraktion das Wort. Bitte schön!

Dr. Marco Genthe (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Akzeptanz von Justiz gehört selbstverständlich auch, dass die Menschen die Justiz - die Gerichtsgebäude, die Verhandlungssäle - tatsächlich erreichen können.

Wir haben in der vorletzten Plenarwoche über das Projekt gesprochen, in verschiedenen Städten Südniedersachsens Gerichtstage des Sozialgerichts Göttingen abzuhalten.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Dieses Projekt haben wir gestartet, weil wir wissen, dass viele an sozialgerichtlichen Verfahren Beteiligte in einer schwierigen persönlichen Situation sind. Teilweise fällt es ihnen besonders schwer, einen Gerichtssaal zu erreichen. Diese Menschen bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit.

Gleiches, meine Damen und Herren, gilt selbstverständlich für Menschen mit einem Handicap, mit einer Behinderung. Es ist unsere Pflicht, zu organisieren, dass auch sie einen Verhandlungssaal möglichst problemlos erreichen können. Daher verweist die CDU-Fraktion völlig zu Recht auf 35 Amtsgerichtsgebäude, die keinen barrierefreien Zugang ermöglichen. Wir als Freie Demokraten unterstützen selbstverständlich die Aufforderung an die Landesregierung, ein Programm aufzulegen, um mittel- oder vielleicht langfristig Barrierefreiheit zu organisieren.

Es macht natürlich Sinn, ein solches Programm mit einer Zeitschiene zu versehen. Selbstverständlich muss es auch haushalterisch untermauert werden. Ich verbinde das mit der Hoffnung, dass die Gelder, die dafür aufgewendet werden müssen, nicht an einer anderen Stelle des Justizhaushaltes eingekürzt werden, sondern dass der Justizhaushalt für diese Angelegenheit insgesamt aufgeweitet wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Genthe. - Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Helge Limburg von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Inklusion bedingt Barrierefreiheit. Der Zugang zum Recht muss in der Tat allen Menschen unabhängig von etwaigen Beeinträchtigungen offenstehen. So weit herrscht hier - das ist ja auch in der Debatte deutlich geworden - in allen Fraktionen selbstverständlich Einigkeit.

Nun aber zum Antrag der CDU: Meine Damen und Herren, Sie legen aus unserer Sicht - meine Kollegin Schröder-Ehlers ist schon darauf eingegangen - einen sehr verkürzten Begriff von Barrierefreiheit zugrunde. Barrierefreiheit ist nicht nur das Installieren von Rollstuhlrampen oder Aufzügen und auch nicht nur die Verwendung von Piktogrammen oder Ähnlichem. Leider gibt es in unserer Gesellschaft heute viel, viel mehr Formen von Barrieren.

Eine Barriere kann - gerade in den Bereichen Justiz und Verwaltung - die Sprache sein. Deswegen schließe ich mich den Ausführungen der Kollegin Schröder-Ehlers an. Es war gut, dass dieser Landtag mit rot-grüner Mehrheit das Projekt „Leichte Sprache in der niedersächsischen Justiz“ auf den Weg gebracht hat. Es war dann ein weiterer sehr guter und sehr erfolgreicher Schritt, dass unsere Justizministerin einen bundesweiten Beschluss für die Ausweitung dieses Projekts auf den Weg gebracht hat. Hingegen war es bedauerlich, dass die CDU sich diesem Projekt der Barrierefreiheit verweigert hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die CDU schreibt in ihrem Antrag unter dem dritten Spiegelstrich im Feststellungsteil, dass Menschen mit Behinderung der Zugang erschwert werde. Das ist in der Tat so. Aber sie schreibt dann weiter, dass er teilweise sogar unmöglich gemacht werde - der Zugang zum Recht, nicht der Zugang zum Gericht.

Wenn in einem demokratischen Rechtsstaat Menschen der Zugang zum Recht, zur Justiz, unmöglich gemacht würde, wäre das verfassungswidrig und schon ein ganz, ganz schwerwiegender Vorwurf. Die Beispiele, die Sie gebracht haben, Frau Ross-Luttmann, belegen diesen schwerwiegenden

Vorwurf in keiner Weise. Ich fordere Sie auf, entweder Belege dafür zu bringen oder diesen Vorwurf wieder zurückzunehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Die CDU hatte in der Vergangenheit Regierungsverantwortung in diesem Land. Bis 2013 war es die CDU, die hier zehn Jahre lang das Justizministerium besetzt hat. Deswegen ist die Frage schon mehr als legitim, Frau Ross-Luttmann, was Ihre Partei und Ihre Regierung eigentlich in dieser Zeit für die Barrierefreiheit getan haben. Denn es ist ja mitnichten so, dass die Gerichtsgebäude, über die wir jetzt reden, erst unter Rot-Grün gebaut worden wären. Viele von ihnen sind 100 und mehr Jahre alt.

Meine Damen und Herren, die CDU hat in der Tat - auch darauf hat Frau Schröder-Ehlers bereits hingewiesen - in zehn Jahren Justizpolitik im Bereich Barrierefreiheit überhaupt nichts gemacht. Auch das gehört zur Wahrheit dazu und muss heute einmal gesagt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Zu Recht ist von Frau Ross-Luttmann schon angesprochen worden, dass es in jüngster Zeit sehr positive Beispiele gibt. Das Fachgerichtszentrum Hannover ist weitgehend barrierefrei errichtet worden. Es gab einen Beirat für Barrierefreiheit. Über 80 % der Vorschläge des Beirats konnten umgesetzt werden. Die AG Barrierefreiheit des Ministeriums ist ebenso zu Recht angesprochen worden wie die Erweiterung des Titels für technische Sicherungsmaßnahmen.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Rot-Grün ist in Sachen Barrierefreiheit in der Justiz auf einem guten Weg.

Das heißt aber ausdrücklich nicht, dass man nicht prüfen sollte, was man vielleicht noch besser oder noch schneller machen kann und vor allem noch besser finanzieren kann. Wir werden uns vor diesem Hintergrund mit dem CDU-Antrag im Rechtsausschuss konstruktiv auseinandersetzen. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Sie wollten eine Frage stellen, Frau Ross-Luttmann?

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]:
Kurzintervention!)

- Sie haben noch Redezeit. Sie können gerne von Ihrer Redezeit Gebrauch machen. Sie haben mehr Redezeit, als Sie für eine Kurzintervention bekommen. Sie dürfen noch 6:28 Minuten sprechen. Wenn Sie jetzt die K-Karte zeigen, gebe ich Ihnen für 90 Sekunden das Wort.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]:
Redezeit!)

- Sie nehmen Ihre Redezeit in Anspruch.

(Björn Thümler [CDU]: Alles!)

Bitte schön!

Mechthild Ross-Luttmann (CDU):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, dass meine Stimme durchhält; denn ich bin furchtbar erkältet, und die Luft hier ist nicht gerade förderlich.

Sehr geehrter Herr Kollege Limburg, Sie wissen sehr genau, dass in den vergangenen Jahren gerade in den Gerichtsgebäuden eine ganze Menge Investitionen getätigt worden sind. Wir haben diesen Antrag auch ganz bewusst gestellt, weil die Anfrage ergeben hat, dass 35 der 80 Amtsgerichte nicht barrierefrei sind. Das bedeutet, dass wir handeln müssen.

Nun kann man sich natürlich hinstellen und zur Begründung der Ablehnung, die man gegebenenfalls vornehmen wird - das weiß ich nicht -, fragen: Was hat denn die damalige Landesregierung in den letzten zehn Jahren gemacht? - Das ist immer wieder der Blick zurück. Ich will Ihnen eines sagen: Sie sind nicht in den Landtag gewählt worden, um immer nur Rückschau zu halten, sondern um die Zukunft zu gestalten und für die Zukunft etwas zu bewirken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Filiz Polat [GRÜNE]: Was haben Sie
denn nach der Regierungsübernahme
gemacht? Zwei Jahre nur auf die rot-
grüne Regierung geschimpft!)

Ich möchte an dieser Stelle sehr gerne einmal einen Spruch von Albert Einstein zitieren:

„Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Menschen mit Behinderungen, die Recht suchend vor einem Gerichtsgebäude stehen, interessiert die Zukunft und nicht die Vergangenheit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Der Kollege Limburg möchte für Bündnis 90/Die Grünen die restliche Redezeit in Anspruch nehmen. Bei Ihnen ist das noch eine knappe Minute, Herr Kollege.

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst zum Thema Rückschau: Ich bin 2008 in den Landtag gekommen. Da haben Sie schon fünf Jahre regiert, Frau Ross-Luttmann. Bis zum Regierungswechsel 2013 hat Schwarz-Gelb überwiegend Rückschau betrieben, wie schlecht es bis 2003 angeblich gewesen sei. Ich entschuldige mich dafür, dass ich zu viele schlechte Eigenschaften der damaligen Koalition übernommen habe.

(Heiterkeit und Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber Spaß beiseite: Frau Ross-Luttmann, die Rückschau gehört zur kompletten Ehrlichkeit dazu. Ihr Fraktionskollege Bernd Busemann hatte fünf Jahre lang die Verantwortung für das Justizressort. Er hat im Bereich Barrierefreiheit nichts getan, obwohl wir im Rechtsausschuss dieses Thema oft hatten. Ich erinnere mich noch gut daran, dass der Kollege Hans-Dieter Haase immer wieder auf den Zustand der Gerichte hingewiesen hat.

Zum Zweiten: Frau Kollegin, Sie haben mir offenbar nicht zugehört. Ich habe keine Ablehnung in Aussicht gestellt, sondern, im Gegenteil, ganz am Ende ausdrücklich darauf hingewiesen, dass man trotz begonnener Maßnahmen selbstverständlich - auch vor dem Hintergrund der Anfrage und der Antwort, die gegeben wurde - schauen muss: Wie kann man noch besser werden? Wie kann man noch schneller werden? Wie kann man vielleicht gemeinsam etwas erreichen? - Das habe ich gerade auch schon gesagt. Es ist schade, dass Sie das nicht gehört haben. Wir werden uns konstruktiv diesem Thema widmen.

Ein letzter Satz: Auf den Vorwurf, den Sie erheben, der Zugang zum Recht werde teilweise komplett verwehrt, sind Sie leider in Ihrem zweiten Redebeitrag nicht eingegangen. Ich bitte Sie, das entweder klarzustellen oder Belege dafür zu liefern.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Limburg. - Frau Schröder-Ehlers kann noch restliche Redezeit für die SPD-Fraktion in Anspruch nehmen. Dazu hat sie sich gemeldet. Es sind noch 4:19 Minuten. Bitte schön!

Andrea Schröder-Ehlers (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Zeit will ich gar nicht in Gänze in Anspruch nehmen. Ich bin nur etwas verwundert, Frau Ross-Luttmann, dass Sie so scharf auf diese Punkte reagieren;

(Filiz Polat [GRÜNE]: Das ist wirklich schade!)

denn auch ich habe in Aussicht gestellt, dass wir selbstverständlich über diesen Antrag sprechen werden. Uns ist der barrierefreie Zugang zum Recht sehr, sehr wichtig. Ich habe Ihnen lediglich deutlich gemacht, was in der Vergangenheit schon alles passiert ist. An dieser Stelle sage ich noch einmal deutlich: Das ist viel. Das reicht aber noch nicht aus.

Die Liste mit den 35 Amtsgerichten macht deutlich, welche große Aufgabe da noch auf uns wartet; denn das sind oft historische Gebäude, bei denen man jetzt gemeinsam versuchen muss, Lösungen zu finden. Ich sage Ihnen an dieser Stelle auch: Es wird nicht gelingen, für alle Gerichte eine optimale Lösung zu finden, sondern es wird an vielen Stellen auch Kompromisse geben.

Aber eines ist auch ganz wichtig: Wenn wir über Barrierefreiheit reden, wollen wir nicht nur über Barrierefreiheit bezogen auf die Gebäude und auf Rampen und Aufzüge reden, sondern dann wollen wir diese Aufgabe sehr viel weiter fassen. Dazu gibt es im Justizministerium schon sehr gute Ansätze. Die wollen wir gerne noch erweitern. Dazu haben wir beim letzten Mal - auch im Rahmen der politischen Liste - Anträge gestellt. Ich freue mich sehr, dass das - beispielsweise das Projekt zur

leichten Sprache - jetzt auch bundesweit eine so große Resonanz findet.

Ich würde mir sehr wünschen, dass wir das konstruktiv diskutieren. Schärfe ist hier überhaupt nicht nötig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Ross-Luttmann, selbstverständlich - aber in Zukunft bitte mit einer schriftlichen Wortmeldung. Sie haben immer noch 5:07 Minuten. Bitte schön!

(Annette Schwarz [CDU]: Du kriegst die Zeit nicht rum!)

Mechthild Ross-Luttmann (CDU):

Doch. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin Schröder-Ehlers, ich hatte eingangs gesagt, dass ich mich sehr freuen würde, wenn wir diesen Antrag konstruktiv gemeinsam beraten würden. Wenn uns das gelingt, würde mich das sehr freuen.

Ich gebe Ihnen recht: Barrierefreiheit ist selbstverständlich mehr als nur physischer Zugang. Aber der physische Zugang ist der erste Schritt, um dann auch weitere Schritte in Anspruch nehmen zu können.

Selbstverständlich ist in den vergangenen Jahren einiges erreicht worden - u. a. das Projekt zur leichten Sprache. Ich habe ganz bewusst auf das Justizzentrum Hannover hingewiesen. Wenn man dort durchgeht, sieht man sehr deutlich, wo die Barrierefreiheit Einzug gehalten hat. Das ist gut so, und das ist wichtig so.

Wenn es uns gelingt, dass wir dies in den nächsten Jahren - möglichst in großer Übereinstimmung - schrittweise auch für die Gerichte erreichen können, für die es zurzeit noch nicht gilt, dann haben wir für Menschen mit Behinderungen wirklich einen Meilenstein gesetzt. Es sind ja nicht nur die UN-Behindertenrechtskonvention und die Gleichstellungsgesetze auf Bundes- und Landesebene sowie die Niedersächsische Bauordnung, die vieles vorschreibt. Das eine sind die Gesetzesvorschriften, die die Möglichkeit zum Handeln eröffnen. Mir ist an dieser Stelle wichtig, dass wir schrittweise anfangen und eine vernünftige Planung durchführen, damit die Gerichte insgesamt und für sich genommen Planungssicherheit haben

und wissen, wann die Barrierefreiheit auch für ihren Standort ansteht.

Das ist mir ein wirklich großes Anliegen. Insofern bitte ich um Verständnis, wenn ich manchmal etwas sehr emotional reagiere. Ich habe nämlich im Ehrenamt sehr viel mit Menschen mit Behinderung zu tun. Und dann kann es auch schon einmal sein, dass man meint, bei dem anderen etwas zu erkennen, was tatsächlich aber nicht vorhanden ist. Für mich ist es jedenfalls ein immens wichtiges Anliegen. Wenn wir im Ausschuss konstruktiv zusammenarbeiten würden, würde ich mich sehr freuen.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Ross-Luttmann. - Ich hatte zu den Schriftführern gesagt, die schaffen das in der halben Zeit. Aber so kann man sich irren. Drei Fraktionen könnten jetzt durchaus noch einmal sprechen. Deshalb gucke ich ganz ernst ins Plenum - aber ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Deshalb spricht jetzt für die Landesregierung Frau Justizministerin Niewisch-Lennartz. Bitte schön, Frau Ministerin!

Antje Niewisch-Lennartz, Justizministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich bedanke mich bei der Fraktion der CDU, dass sie zu diesem Thema einen Entschließungsantrag vorgelegt hat. Ich freue mich ja immer über konstruktive Beiträge, und dass das Thema Barrierefreiheit hier heute aufgerufen wurde, ist ein Gewinn.

Meine Damen und Herren, der Zugang zum Recht ist ein Grundrecht aller Bürgerinnen und Bürger, und selbstverständlich müssen auch Menschen mit Behinderungen Zugang zu den Gerichten haben. Dennoch sind viele Gerichte in Niedersachsen noch nicht barrierefrei. Sie sind für Menschen mit Behinderungen nicht durchgehend ohne besondere Erschwernis und auch nicht grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar.

Der Entschließungsantrag bietet eine willkommene Möglichkeit, in diesem Haus darüber zu reden. Ein Anstoß zum Tätigwerden ist er indessen nicht, weil das schon geschehen ist.

Wir haben bei Regierungsübernahme dazu allerdings keine Bestandsaufnahme oder gar ein Handlungskonzept vorgefunden. Deshalb mussten wir

eine solche Bestandsaufnahme zunächst einmal vornehmen, und das haben wir auch getan.

Die Justizlandschaft in Niedersachsen ist zu unserer großen Freude groß und vielfältig. Zwei Drittel der Gerichtsgebäude sind ganz oder zum Teil denkmalgeschützt. Jedes Gebäude ist anders.

Die Gerichte brauchen eine sorgfältige Bestandsaufnahme. Sie brauchen Beraterinnen und Berater, die sich auskennen. Sie brauchen maßgeschneiderte Lösungen.

(Unruhe)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Ministerin, einen Moment, bitte! - Es wird hier ziemlich laut. An der Regierungsbank und in den Abgeordnetenbänken wird fleißig diskutiert. Wenn Sie jetzt bitte der Frau Ministerin zuhören würden, dann würden wir den Rollen, die hier jetzt ausgeübt werden, auch gerecht werden. - Bitte schön!

Antje Niewisch-Lennartz, Justizministerin:

Vielen Dank. - Folgendes ist geschehen: Die Bestandsaufnahmen für alle Gebäude sind erstellt. Die Beraterinnen und Berater sind ausgebildet; sie werden in der nächsten Woche berufen. Die von mir eingesetzte Arbeitsgruppe „Barrierefreiheit in Gerichtsgebäuden“ hat einen Vorschlag für Handlungsempfehlungen vorgelegt. Jetzt geht es an die Umsetzung: vor Ort, Schritt für Schritt, maßgeschneidert.

Das ist bürgernahe Justiz in Niedersachsen. Entwickelt gemeinsam mit den Akteuren der Justiz, ausgerichtet nicht nur auf Behinderungen des Bewegungsapparats, sondern auch auf das Sehen, das Hören und das Verstehen - eben eine umfassende Barrierefreiheit! Denn das Grundrecht auf Zugang zur Justiz hat nicht in erster Linie etwas mit Treppen zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Ich stelle fest, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass zu Tagesordnungspunkt 9 keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Daher kann ich die erste Beratung abschließen.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll sich der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen und mitberatend der Aus-

schuss für Haushalt und Finanzen mit diesem Entschließungsantrag befassen. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das wurde mit der ausreichenden Zahl von Abgeordneten unterstützt und ist damit so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 10:

Erste Beratung:

CO₂-Reduktion, weniger Lärm und Vision Zero mit Tempo 30 - Modellversuche ermöglichen - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5285

Zur Einbringung hat die Kollegin Susanne Menge, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, das Wort. Bitte, Frau Kollegin!

Susanne Menge (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, hier heute einen zukunftsweisenden Antrag vorstellen zu können.

Dieser Antrag ist kein Tempo-30-Antrag. Das möchte ich gleich vorausschicken. Dieser Antrag hat zum Ziel, dass sich Kommunen auf einen Modellversuch bewerben, der uns Aufschluss darüber gibt, wie wir eine klimafreundliche und zukunftsfähige Mobilität für alle verwirklichen können.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Sehr gut! - Unruhe)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin, auch Sie sollen die ungeteilte Aufmerksamkeit des Hauses haben. - So geht das nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn es der letzte Tagesordnungspunkt für heute ist: Bitte beenden Sie Ihre Gespräche, oder führen Sie sie außerhalb des Plenarsaals! Frau Menge hat jetzt das Recht, einen Antrag einzubringen, und Sie, die Sie im Plenarsaal sind, hören ihr bitte zu oder gehen raus.

Frau Menge, setzen Sie bitte fort.

Susanne Menge (GRÜNE):

Danke schön. - Der Modellversuch bietet den Kommunen an, mit ihren eigenen Konzepten mitzumachen. Daraus entsteht, wie wir hoffen, dann eine breite Palette sinnvoller und qualitativ hochwertiger Maßnahmen, die Vorbildcharakter für

andere haben können. Tempo 30 ist dabei ein wichtiger Baustein. Runter vom Gas innerhalb von Ortschaften ist deshalb kein Selbstzweck, sondern notwendig, wenn wir Sicherheit und Gesundheit von Verkehrsteilnehmern und Anwohnern faktisch verbessern wollen.

Wir stehen mit der Einführung und Ausweitung von Tempo 30 längst nicht mehr allein da. Eine sinnvolle und mit Augenmaß eingesetzte Geschwindigkeitsreduzierung ist mittlerweile Mehrheitsmeinung geworden. Ohne Murren und Streit ist Tempo 30 auf Nebenstraßen inzwischen etwas ganz Alltägliches in unserem Land, etwas, an dem sich niemand mehr stört. Man kann sagen: Tempo 30 auf Nebenstraßen als Maßnahme zur Verkehrsberuhigung und zur Lärminderung hat sich bewährt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese guten Erfahrungen wollen wir nutzen und auch auf die Hauptverkehrsstraßen übertragen. Bislang war das alles andere als einfach, und viele Versuche scheiterten. Wenn, dann entschied die Verkehrsbehörde vor Ort. Und auch das geschah nur, wenn eine besondere Gefahrenlage wie ein Unfallschwerpunkt den strengen Maßstäben der Straßenverkehrsordnung standhielt.

Jeder von uns kann von gescheiterten Bemühungen in seinen Wahlkreisen berichten.

(Unruhe)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin Menge! - Ich könnte die Kolleginnen und Kollegen namentlich aufzählen. Weil ich sie sehr genau hören kann, weiß ich, dass sie sich sehr laut über etwas ganz anderes unterhalten als über das, worüber die Kollegin Menge hier redet. Das tue ich nicht, aber Frau Menge setzt erst dann fort, wenn die Unruhe im Plenarsaal aufhört. Es liegt also an Ihnen, wie lange das dauert. - Bitte, Frau Menge!

Susanne Menge (GRÜNE):

Ich war dabei stehengeblieben, dass jeder von uns von gescheiterten Bemühungen in seinem Wahlkreisen berichten kann.

So erhielt z. B. auch die Geschwindigkeitsreduzierung auf der Nienstedter Straße (L 401) in Egestorf eine Abfuhr, weil allein das Vorhandensein von Schule, Kindergarten, Kirche und Feuerwehr nicht ausreichte, um Tempo 50 zu unterschreiten. Vielen anderen Kommunen, die Sicherheit und Gesund-

heit ihrer Bürger im Sinn hatten, erging es in der Vergangenheit ähnlich.

Immerhin schafft der Bund punktuell Hindernisse ab. Angestoßen von den Verkehrsministern der Länder hat Bundesverkehrsminister Dobrindt jetzt einen Entwurf zur Änderung der Straßenverkehrsordnung vorgelegt, der es den Städten und Kommunen erleichtern wird, das Tempo vor Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern oder Altenheimen zu drosseln. Städte und Kommunen werden künftig selbst entscheiden, wo und wann sie an Durchgangsstraßen Tempo 30 anordnen.

Das, meine Damen und Herren, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Gleichwohl sind wir davon überzeugt, dass wir den Kommunen und ihren Bewohnerinnen und Bewohnern mehr zutrauen können. Wir finden, dass Kommunen sich am besten auskennen und die besten Entscheidungen für die Menschen vor Ort treffen können und deshalb generell entscheiden sollten, wo die Geschwindigkeit reduziert werden sollte und wo nicht - unabhängig davon, ob es sich um eine Bundes-, eine Landes- oder eine kommunale Straße handelt.

Wir finden auch, dass sich eine weitere Ausweitung angesichts der Vielzahl Betroffener lohnt. Anwohner wollen keinen Feinstaub einatmen und auch keinen gesundheitsschädlichen Verkehrslärm erdulden, Familien wollen, dass ihre Kinder den ganzen Weg zu Kindergärten und Schulen sicher absolvieren, Radfahrerinnen und Radfahrer wollen einen fairen Ausgleich zwischen den Verkehrsträgern.

Und ganz nebenbei lassen sich mit Tempo 30 sinnvolle Synergieeffekte erreichen; denn die Temporeduzierung, wenn sie gut gemacht ist und für eine - das betone ich an dieser Stelle - Versteigerung des Verkehrsfluss sorgt, dient sowohl der Luftreinhaltung als auch der Verkehrssicherheit und der Aufenthaltsqualität.

(Helge Limburg [GRÜNE]: So ist es!)

Ein kommunales Verkehrskonzept kann hier vernünftig mit den kommunalen Pflichtaufgaben, einen Lärminderungs- und einen Luftreinhalteplan zu erstellen, verknüpft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Wir können übrigens bei anderen schauen, die sich schon auf den Weg gemacht haben, und eventuell daraus auch lernen. So hat beispielsweise Rheinland-Pfalz landesweit im städtischen und

auch ländlichen Umfeld mehrere Projekte mit Tempo 30 erfolgreich getestet. Der Modellversuch ist nahezu abgeschlossen und ausgewertet - mit durchgehend positiven Ergebnissen. In den Testorten konnte der Lärm um bis zu 3,3 dB reduziert werden, wobei man wissen muss, dass allein eine Reduzierung um 1 dB einem Minus von 20 % der Verkehrsmenge gleichkommt. Bei -3 dB hätten wir sogar eine Reduzierung der Verkehrsmenge um die Hälfte erreicht. Hier ist also Enormes mit der einfachen Maßnahme Tempo 30 erzielt worden.

Dabei ließ sich feststellen, dass viele Sorgen von Kritikern und Skeptikern unbegründet waren. Weder die Verkehrsfunktion in den Tempo-30-Zonen wurde beeinträchtigt, noch fand eine Verdrängung des Verkehrs auf Nebenstraßen mit höheren zulässigen Geschwindigkeiten statt. Ebenso konnten keine Verkehrsstaus festgestellt werden. Und, meine Damen und Herren, der Einzelhandel hat von der Idee, Mobilität und Stadtplanung als Ganzes zu betrachten, profitiert.

Das, was wir wollen, verehrte Damen und Herren, ist ein Modell, ein Versuch, mit dem wir testen, welche Maßnahmen sich in Städten und Landkreisen am ehesten eignen, um erstens eine Akzeptanz zu schaffen, um zweitens die Lebensqualität in verdichteten Räumen zu verbessern, um drittens Mobilität im wahrsten Sinne des Wortes zu bewegen und um viertens natürlich die Straßenverkehrsordnung zu verändern.

Ich habe jetzt leider nur noch neun Sekunden Redezeit und muss deshalb zum Schluss kommen. - Ich hoffe, dass Sie offen sind für neue Strategien, offen für neue Zukunftspläne und dass wir im Ausschuss gemeinsam interessante Gespräche führen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank Frau Kollegin Menge. - Das Wort hat jetzt die Kollegin Gabriela König, FDP-Fraktion.

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich diesen Antrag gelesen habe, habe ich erst gedacht: Na, wunderbar, über eine Seite lang und nur das, was es alles schon gibt. Ich habe mich gefragt: Was brauchen wir denn jetzt eigentlich

noch? Bislang hatte ich das Gefühl, es ist alles schon abgedeckt.

Aber dann habe ich mir noch einmal die Überschrift durchgelesen:

CO₂-Reduzierung - machen wir dauernd, müssen wir messen, müssen wir auch erreichen.

Weniger Lärm - okay, da haben wir auch schon einiges getan, da wird auch mit Asphalt und anderen Sachen gearbeitet, da wird mit Baumaßnahmen gearbeitet.

Und dann: Modellversuche, begleitet mit Runden Tischen.

(Zuruf von Christian Dürr [FDP])

Da habe ich gedacht: Oh, schon wieder Runde Tische! Alles kreist mittlerweile um Runde Tische, dass es einem schwindelig werden kann.

Frau Menge, Sie haben gesagt - das interessiert mich ganz besonders -, dass es bereits Modellversuche gibt, die fast schon zu Ende geführt worden sind,

(Christian Dürr [FDP]: Aha!)

dass man nur noch auf die Auswertung wartet. Da frage ich mich: Was hat das dann in diesem Antrag zu suchen?

(Beifall bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Alles nur Gerede!)

Ich verstehe das, ehrlich gesagt, nicht. Ich vermute allerdings - und das sehe ich sehr skeptisch -, dass Sie über die Köpfe der Kommunen hinweg die Innenstädte dann doch mit Tempo 30-Zonen zu pflastern wollen, auch wenn diese das gar nicht wollen.

(Jörg Bode [FDP]: Genau!)

Ich bin schon der Meinung, dass man an Krankenhäusern, an Kindergärten, an Alten- und Pflegeheimen, an Schulen - auch an Hauptverkehrsstraßen - eine verkehrsberuhigte Zone einrichtet und damit auch Tempo-30-Zonen schafft. Diese Möglichkeit gibt es bereits, das ist auch nicht das Problem. Das haben wir heute schon, und das haben wir u. a. der FDP in Schleswig-Holstein zu verdanken,

(Christian Dürr [FDP]: Richtig!)

die nämlich einen Antrag eingebracht hat, der aus einem einzigen Satz besteht, der sechs Zeilen umfasst. Die FDP in Schleswig-Holstein will, dass

das im Prinzip wesentlich schneller und effektiver geht, unbürokratischer.

Genau das wird jetzt auch vom Bund in die neue Straßenverkehrsordnung aufgenommen. Da gehört es meiner Ansicht nach auch hin. Denn die Kommunen können doch am besten beurteilen, was in ihrem eigenen Bereich über die Straßenverkehrsordnung umgesetzt werden kann. Deshalb möchte ich es auch bei den Kommunen belassen

(Christian Dürr [FDP]: Richtig!)

und es ihnen nicht durch Beschluss des Landtags von oben aufdrücken.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von Björn Thümler [CDU])

Genau das müssen wir bei diesem Antrag berücksichtigen; denn da steht von den Kommunen so gut wie gar nichts drin. Es gibt nur einen kleinen Hinweis darauf, aber ansonsten geht es nur um die EU, den Bund und das Land. Das ist für mich einfach zu wenig, und da liegt das Problem, das wir behandeln müssen.

Ich möchte auf gar keinen Fall, dass Sie den Bürgern demnächst auch noch sagen, an welchen Stellen Sie Tempo 30 haben wollen, und dass Sie den Städten von vorn bis hinten vorschreiben, wo Tempo-30-Zonen eingerichtet werden müssen. Das brauchen wir nicht.

Ich bin der Meinung, dass wir da ansetzen können. Vielleicht finden wir da ja auch zu einer gewissen Gemeinsamkeit. Die unbürokratische, schnelle Umsetzung von Tempo-30-Zonen ist in Ordnung - das finde ich ganz passabel -, und das sollten wir auch weiter verfolgen. Uns aber über die EU-Richtlinie hinwegzusetzen und dann vom Bund noch mehr zu verlangen, und das Land setzt dann noch ein i-Tüpfelchen darauf, das ist ein bisschen zu viel. Da sollten wir weniger fordern - so, dass unsere Kommunen damit auch noch klarkommen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin König. - Das Wort für eine Kurzintervention hat jetzt Frau Kollegin Menge für 90 Sekunden.

Susanne Menge (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau König, der Kern eines Modellversuchs ist, dass Kommunen Modelle ausarbeiten, wie sie ihre Mobilität zukunftsfähig erhalten. Tempo 30, habe ich gesagt, ist ein Baustein. Und

ich habe auch gesagt, dass die Kommunen am besten beurteilen können, wie sie das in die Realität umsetzen.

In der Tat haben wir mit der geltenden StVO überhaupt keine Möglichkeit, die Mobilität so zu gestalten - auch auf den Hauptverkehrsstraßen oder auf Landesstraßen -, wie wir uns das vielleicht wünschen. Dazu gehört weiß Gott mehr, und es gehören auch andere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer dazu, um Mobilität als Ganzes und Vernetztes zu gestalten. Darum geht es: den Kommunen diese Freiheit zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau König möchte erwidern. Bitte schön, für maximal 90 Sekunden!

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Frau Menge, genau das war ja das Anliegen, das ich versucht habe an Sie heranzutragen. Es gibt viel mehr als nur diese Tempo-30-Zonen. Das müssen die Kommunen beurteilen, aber das steht in dem Antrag leider nicht drin. Die Meinung der Kommunen ist bei Ihnen nicht von Relevanz. Daran müssen wir arbeiten; denn wir können nicht alles von oben herab machen.

Und dann nehmen Sie ja auch noch die Unfallsituation auf. Da müssen wir auch ganz vorsichtig sein und ganz dezidiert vorgehen. Das hat nicht nur etwas mit Tempo 30 oder 50 zu tun. Die meisten Unfälle in den Städten passieren aufgrund von Problemen beim Abbiegen, Stichwort toter Winkel, durch das Nichtbeachten von Rot oder durch einen nicht vernünftig vollzogenen Fahrspurwechsel; ich könnte noch zig andere Sachen aufzählen.

Von daher müssen wir das alles in einem Kontext sehen und nicht einfach so, wie es in diesem Antrag steht. Der bringt uns nicht weiter.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch von Susanne Menge [GRÜNE])

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank für die Kurzintervention und für die Erwidern. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Will.

(Björn Thümler [CDU]: Jetzt bin ich mal gespannt! - Jens Nacke [CDU]: Können wir nicht schon abpfeifen?)

Gerd Ludwig Will (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau König, zunächst einige Worte zur Erwidern. Sie haben eingangs gesagt, eigentlich sei ja alles da, und haben gefragt: Wozu dieser Antrag? - Wenn das so wäre, könnten Sie dem Antrag ja bedenkenlos zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Johanne Modder [SPD]
- Zuruf von Gabriela König [FDP])

Sie haben sich über die Runden Tische mokiert. Ich erinnere daran, dass wir gerade ein Projekt, das die Y-Trasse ersetzen soll, mit großer Bürgerbeteiligung, mit großer Verbandsbeteiligung als ersten Planungsschritt auf den Weg gebracht haben. Nichts anderes würde hier mit den Runden Tischen stattfinden. Wir brauchen die Akzeptanz der Betroffenen, aber wir wollen auch die Bürgerinnen und Bürger mit einbeziehen, weil genau die es ja sind, die in dieser Verkehrssituation leben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Gabriela König [FDP]: Das ist eine kommunale Aufgabe!)

Sie haben die Straßenverkehrsordnung angesprochen - meine Kollegin hat darauf ja schon geantwortet -: Es ist doch keine Verordnung von oben, sondern ein Schutz, wenn sich eine Kommune entwickeln möchte und eine Politik zur Verkehrsberuhigung betreiben möchte. Wir wissen doch, wie schwer es heute nach den gesetzlichen Rahmenbedingungen ist, sich da überhaupt durchzusetzen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Völlig richtig!)

Das führt in der Regel dazu, dass überhaupt nichts passiert und dass sich viele Kommunen entmutigt abwenden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Im Augenblick finden wir regelmäßig nur in Neubaugebieten Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Tempo 30 oder sogar noch weniger. Die Akzeptanz ist bei vielen betroffenen Menschen im Grunde vorhanden.

Bislang fehlt es aber an einer allgemeinen Regelung, die eine Geschwindigkeitsreduzierung auch an Hauptverkehrsstraßen - ob es Bundes- oder Landesstraßen sind, sei einmal dahingestellt - gestattet. Das ist bislang nur in einigen Kommunen und Städten auf der Grundlage einer Ausnahmeregelung umgesetzt worden.

Mit diesem Antrag geht es um innerörtliche Modellversuche. Wir wollen evaluieren und auch Best-Practice-Beispiele entwickeln, damit andere Kommunen daraus möglicherweise Schlüsse für die eigene Verkehrspolitik ziehen können.

Das Ziel ist im Grunde, über einen gleichmäßigeren Verkehrsverlauf dort eine angepasste Verkehrspolitik zu machen, wo die meisten Menschen leben. Zu den Zielen gehört die Verkehrslärmreduzierung, die Verbesserung der Luftqualität durch eine Reduzierung der Emissionen und vor allem auch die Verbesserung der Verkehrssicherheit.

(Zustimmung von Susanne Menge [GRÜNE])

Sie selbst haben beschrieben, dass das insbesondere an besonderen Einrichtungen notwendig ist und dort vielfach auch schon gemacht wird. Aber das setzt eben eine Ausnahmegenehmigung voraus. In diesem Bereich wollen wir weiter öffnen, sodass Kommunen, wenn sie das selbst wollen - nicht von oben verordnet, sondern sie selbst -, eigenständig solche Projekte auf den Weg bringen können.

Deswegen begrüßen wir ausdrücklich die Initiative unseres Verkehrsministers, die er bereits im April 2015 im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz geäußert hat, zur Verbesserung der Verkehrssicherheit eine erleichterte Möglichkeit für die Anordnung von Tempo-30-Zonen vor Kitas, Schulen und Seniorenheimen einzuführen.

(Zustimmung von Dr. Gabriele Andretta [SPD] und Susanne Menge [GRÜNE])

Dem haben die Verkehrsminister im Übrigen einstimmig zugestimmt. Ferner hat die Umweltministerkonferenz im November 2015 auch unter Umweltaspekten insbesondere das Thema Lärminderung behandelt und kommt zu dem gleichen Ergebnis.

Meine Damen und Herren, aktuell hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur einen Verordnungsentwurf zur Änderung der Straßenverkehrsordnung vorgelegt, der u. a. eine erleichterte streckenbezogene Anordnungsmöglichkeit von Tempo 30 auch auf Hauptverkehrsstraßen vorsieht - das ist die neue Qualität -, insbesondere vor Grundschulen, Kindergärten oder ähnlichen Einrichtungen. Man kann sich durchaus wünschen, dass das weiterentwickelt wird. Aber wir wollen den Einstieg über Modellversuche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor diesem Hintergrund ist der vorliegende Entschließungsantrag sehr aktuell, um die wesentlichen Ziele für mehr Verkehrssicherheit, für mehr Lärmschutz, für besseren Verkehrsfluss und für eine Reduzierung von Emissionen durch den motorisierten Verkehr zu entwickeln. Mehr Tempo-30-Versuche in den Kommunen und Landkreisen auch an Bundes- und Landesstraßen sind eine Chance für eine Verkehrspolitik, die die Sicherheit für die Menschen - insbesondere auch die, die nicht motorisiert zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind - stärker in ihren Mittelpunkt stellen wird.

Wir erwarten intensive Beratungen und schlagen vor, neben dem Wirtschaftsausschuss den Umweltausschuss mitberatend zu beteiligen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Will. - Auf Ihre Rede liegt eine Wortmeldung zu einer Kurzintervention vor. Der Kollege Bode von der FDP-Fraktion hat das Wort für maximal 90 Sekunden. Bitte!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Will, da machen Sie es sich ein bisschen zu einfach, wenn Sie sagen, dass die Kommunen die Möglichkeit haben sollen, Verkehrspolitik mit Tempo-30-Zonen unabhängig von der Art der Straße zu machen, die durch die Gemeinde führt.

Ich möchte nur einmal deutlich machen, zu was das führen kann: Da baut der Bund eine Bundesstraße aus; wobei klar ist, dass eine Bundesstraße eine andere Funktion hat als eine Straße durch ein Wohngebiet. Und dann beschließt eine Kommune, dass sie das so nicht will, und macht daraus eine Tempo-30-Zone. - Das geht so nicht! Man muss dabei die unterschiedlichen Funktionen der Straßen berücksichtigen!

Wenn Sie wirklich etwas Sinnvolles hätten machen wollen, hätten Sie den Antrag der FDP aus dem Schleswig-Holsteinischen Landtag hier eingebracht. Darauf können wir uns gerne verständigen; denn er zielt darauf ab, dass man vor Schulen und anderen Einrichtungen Tempo-30-Zonen einrichten kann, ohne die statistischen Nachweise zu führen und die bürokratischen Verfahren zu durch-

laufen. Hingegen kann man demnach in allen anderen Gebieten nicht mal einfach so Tempo 30 anordnen, weil es einem gerade mal ins Gusto kommt oder weil sich nach einer Kommunalwahl gerade mal die kommunalen Mehrheiten geändert haben, sondern nur dort, wo es wirklich einen Bedarf gibt und es sinnvoll ist, eine solche Maßnahme mit einer vernünftigen Konzeption und begründet durchzuführen.

Aber einfach mal so zu handeln, bloß weil man die Vision Zero mit Tempo 30 verfolgt, und dann eine Bundesstraße lahmzulegen: Das geht so nicht! - Wenn Frau Menge hier sagt, dass Tempo 30 erst der Anfang ist, dann schwant mir Böses. Ich habe auch schon Tempo-5-Schilder gesehen. Mit 5 km/h über die Bundesstraße zu fahren - das ist noch nicht einmal Verkehrspolitik für die Postkutsche; denn sogar die ist schneller. So etwas wollen wir in Niedersachsen nicht haben!

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Nichts gegen Postkutschen! Wir sind doch Pferdeland! Das sollten Sie als Celler eigentlich wissen!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Bode, Sie wussten, dass Sie eben mit der Kurzintervention auf Herrn Will und nicht auf Frau Menge reagiert haben? - Herr Will darf antworten. Das möchte er auch. 90 Sekunden, bitte!

Gerd Ludwig Will (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde nicht auf Frau Menge antworten, sondern auf Herrn Bode.

Sie haben es mal wieder hervorragend hingekriegt, alles ganz stark zu vereinfachen und auf Tempo 30 zu reduzieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie können nur Tempo 30 und Tempo 30 kritisieren. Wir haben hierzu wesentlich mehr gesagt. Aber mit unseren Sachargumenten haben Sie ja in der Auseinandersetzung nie Probleme - Sie lassen Sie einfach weg!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Tempo 30 ist nur der eine Aspekt. Das andere waren die wesentlichen verkehrspolitischen Ziele für Fahrradfahrer, für

Fußgänger und für Menschen, die bisher bei der innerörtlichen Entwicklung der Verkehrspolitik keine Lobby hatten. Sie reduzieren die Anwendung von Tempo 30 oder weniger nur auf die neuen Wohngebiete. Wir wollen dieses Instrument angemessen und auf die örtliche Situation angepasst eben auch auf Landesstraßen und Bundesstraßen konzentrieren. Sie müssen sich damit auseinandersetzen, dass wesentliche Klima- und Lärmschutzziele sowie die Verkehrssicherheit stärker im Vordergrund stehen.

(Zustimmung von Susanne Menge
[GRÜNE])

Das müssen Sie aushalten! Dabei geht es nicht nur um Tempo 30.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Will. - Die volle Redezeit der CDU-Fraktion steht noch dem Kollegen Karsten Heineking zu, dem ich jetzt das Wort erteile. Bitte schön!

Karsten Heineking (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

„Nach derzeitiger Rechtslage ist die Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h - über einen punktuellen Bereich auf den klassifizierten Straßen ... hinaus - wegen der ‚besonderen Verkehrsfunktion‘ der Straßen nur schwer möglich.“

Was bedeutet das eigentlich? - Wenn wir es mit einer Bundes-, einer Landes- oder einer Kreisstraße zu tun haben und es vor Ort als wichtig angesehen wird, dort eine Veränderung zu erreichen, dann ist das nur schwer möglich. Das ist zurzeit so gewollt. Die Frage ist, ob das immer so bleiben muss.

Aktuell beschäftigt sich z. B. der Rat des Fleckens Hagenburg im Landkreis Schaumburg mit der Umgestaltung der Verkehrsknotens in der Ortschaft Hagenburg. Betroffen sind Abschnitte der Bundesstraße B 441 und Teile der Landesstraße L 445. Ein Verkehrsplanungsbüro wurde mit einer gutachterlichen Untersuchung beauftragt. Bereits seit Langem wird in diesem Zusammenhang auch über eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf der Langen Straße, die einen Abschnitt der B 441 in der Ortschaft darstellt, auf 30 km/h diskutiert. Die rechtliche Einordnung und die Erfolgsaussichten

eines entsprechenden Antrags waren dem Flecken Hagenburg bisher unklar.

In Niedersachsen gibt es Handlungsempfehlungen, die für die Verkehrsbeschränkung aus Lärmschutzgründen einen Überblick über die geltende Rechtslage und Hinweise zu den Lärmberechnungen geben.

Nach diesen Handlungsempfehlungen ist jeweils im Einzelfall eine Abwägung darüber zu treffen, ob eine Abweichung von den grundsätzlich zulässigen 50 km/h innerhalb geschlossener Ortschaften aufgrund der besonderen Umstände zwingend geboten ist. Ein Gutachten muss Aufschluss darüber geben, wie groß die Reduzierung der Lärmbelastigung bei Tempo 30 ist. Ebenfalls müssen Lärmgrenzwerte überschritten werden, damit eine Geschwindigkeitsreduzierung erlaubt wird. In der Verantwortung des Straßenbauasträgers liegt es, entsprechend den Handreichungen eine aktuelle Verkehrszählung in sehr aufwendigen Berechnungen auszuwerten und daraus die Begründung für die Anordnung abzuleiten. Um im Interesse der Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürger eine Verbesserung der Situation zu erreichen, muss der Fleckenrat eine entsprechende Geschwindigkeitsreduzierung beantragen.

(Unruhe)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Heineking, jetzt muss ich in Ihrem Interesse intervenieren. - Es wird wieder sehr laut. Das ist zwar immer so zum Ende der Sitzung. Aber es muss nicht immer so sein. Heute wollen Sie es ja auch nicht machen. Herr Heineking redet nämlich und nicht Sie. - Gut. Dann setzen Sie fort!

Karsten Heineking (CDU):

Auch die Verkehrsministerkonferenz hat sich einstimmig für eine erleichterte Anordnungsmöglichkeit von Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen ausgesprochen. Dies soll insbesondere vor Kindergärten, Schulen und Seniorenheimen möglich sein. Was man da alles noch hineininterpretieren kann, weiß ich nicht. Aber erst einmal ist es vor Kindergärten, Schulen und Seniorenheimen geplant.

Der Rat des Fleckens Hagenburg wäre sicherlich sehr erfreut, wenn in der Ortschaft auf der Langen Straße eine Geschwindigkeitsreduzierung umgesetzt würde und dabei das Verfahren weniger umfangreich und kostenintensiv wäre.

In dem vorliegenden Antrag steht in der Entschließung, dass sich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für ein EU-weites Tempolimit bis zum Jahr 2020 in Städten ausgesprochen haben, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Meiner Meinung nach spricht nichts dagegen, wenn der Landtag feststellt, dass die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger durch Luftschadstoffe und Lärm geschädigt wird und allein in Europa nach Ermittlungen der WHO jährlich mehr als 1 Million gesunde Lebensjahre durch Lärm verloren gehen.

Sicher bin ich mir auch, dass der Straßenverkehr dabei eine wichtige Lärmquelle ist. Bereits jetzt gibt es deutschlandweit in verschiedenen Bundesländern und Städten Modellversuche, wenn es um CO₂-Reduzierung und weniger Lärm geht. Im weiteren Verlauf dieser Versuche wird der Einfluss von Geschwindigkeitsreduzierungen untersucht. Deshalb sehe ich Chancen, dies auch niedersachsenweit im Rahmen von Modellversuchen zu ermöglichen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Auch die Forderung, dass sich die Landesregierung beim Bund dafür einsetzt, die Anordnung von Geschwindigkeitsbegrenzungen innerhalb geschlossener Ortschaften auf Tempo 30 km/h zu erleichtern, halte ich für sinnvoll. Am Beispiel des Fleckens Hagenburg im Landkreis Schaumburg habe ich das eingangs meiner Ausführungen angesprochen.

Im weiteren Verlauf der Beratungen werden wir den Antrag in seinen Einzelheiten beleuchten können. Sicherlich werden wir auch die Auffassung von weiteren Betroffenen in unsere Meinungsbildung einfließen lassen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Heineking. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Wirtschafts- und Verkehrsminister Lies das Wort.

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben schon sehr früh die Debatte um das Thema „Vereinbarkeit von Mensch und Verkehr“ angestoßen, auch in Berlin. An verschiedenen Stellen haben wir aufgezeigt, dass es ein wichtiges Thema ist, das in der Vergangenheit

nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Der fließende Verkehr hatte den Vorrang. Der Mensch, der mit den Auswirkungen leben muss, war aber immer in einer sehr untergeordneten Rolle.

Ich bin sehr froh, dass wir in den letzten Monaten schon eine ganze Menge auf den Weg gebracht haben und dass mit dem Modellversuch hoffentlich die Möglichkeit besteht, die Vereinbarkeit von Mensch und Verkehr sehr objektiv zu testen, um die Auswirkungen dann als Grundlage für das weitere Handeln zu nehmen.

Das Thema „Klimaschutz, Lärmschutz und Verkehrssicherheit“ hat für uns alle einen hohen Stellenwert. Niedrige Geschwindigkeiten reduzieren, wie eine aktuelle Studie des Umweltbundesamtes abermals belegt hat, nachweislich den Verkehrslärm, sie verhindern Unfälle oder mindern wenigstens ihre Folgen. Die Möglichkeiten, dies anzuwenden, sind jedoch sehr beschränkt. Deswegen sind wir sehr froh, dass die erleichterte Anordnungsmöglichkeit von Tempo 30, die wir im Rahmen der Initiative der Verkehrsministerkonferenz auf den Weg gebracht haben, erste Früchte trägt.

Erster Schritt: Sicherheit. Es ist uns gelungen, was wir schon im April 2015 gefordert haben. Denn der Bund hat mit Stand vom 5. Februar 2016 einen Entwurf zur Änderung der StVO vorgelegt, in dem u. a. die von uns geforderte erleichterte Anordnungsmöglichkeit von Tempo 30 vor Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern und Seniorenheimen enthalten ist. Das ist ein richtiger und wichtiger Schritt, der uns beim Thema Verkehrssicherheit sicherlich nach vorne bringt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Die zweite Forderung: Der Bund hat zugesagt, die Lärmschutz-Richtlinie-Straßenverkehr alsbald zu überarbeiten - das wäre die zweite Grundlage - und auch die Geschwindigkeit entsprechend zu reduzieren. Die Erklärung des Bundes, dass hierfür erst der Abschluss der Überarbeitung einer anderen Lärmrichtlinie erforderlich ist, da sich beide Richtlinien aufeinander beziehen, ist plausibel. Wir werden den Bund in der nächsten Verkehrsministerkonferenz aber nochmals auffordern, die Überarbeitung der beiden Richtlinien jetzt durchzuführen und schnellstmöglich abzuschließen.

Der dritte Punkt - auch den haben wir in Niedersachsen - ist die Frage: Was ist mit Geschwindigkeitsbegrenzungen auf kurzen Streckenabschnitten, an deren Ende wieder Geschwindigkeitsbe-

grenzungen kommen? - Wir haben es beim Thema B 1 erlebt. Dort gibt es die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 50 oder 70 km/h, dann einen kurzen Teilabschnitt, in dem wir die Geschwindigkeitsbegrenzung aufheben müssen, obwohl da Menschen leben, und dann kommt wieder eine Geschwindigkeitsbegrenzung. Es macht weder für den Autofahrer Sinn, noch ist es für die Anwohner akzeptabel, wenn dort, wo die Menschen leben, die Geschwindigkeit hochgesetzt wird. Auch da sind wir jetzt einen Schritt weiter. Der Bund hat ebenfalls eine Änderung angekündigt, die uns erheblich weiterbringen wird.

Das heißt, wir haben schon in den letzten Jahren Schritt für Schritt eine Verbesserung der Situation erreicht. Aber wenn wir jetzt mehr wollen, dann brauchen wir die Klärung, ob Tempo 30 akzeptiert wird und Wirkungen zu erzielen sind, also: Bringt Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen innerorts tatsächlich das, was wir im Hinblick auf Lärmschutz, Luftreinhaltung, Klimaschutz und Verkehrssicherheit erwarten, und findet es die nötige Akzeptanz in der Bevölkerung? - Auch das wird eine große Rolle spielen. Das wollen wir in einem Modellversuch testen.

Allerdings muss klar sein: Die rechtlichen Voraussetzungen müssen auch beim Modellversuch erfüllt sein, da Bürgerinnen und Bürger die verkehrsbehördlichen Anordnungen gerichtlich überprüfen lassen können. Wir sollten uns auch bei einem Modellversuch nicht angreifbar machen. Ich bin optimistisch, dass es uns im Dialog gemeinsam gelingt, rechtlich tragfähige Modelle zu finden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir werden prüfen, in welchen Bereichen Niedersachsens diese Voraussetzungen erfüllt sind, und dort entsprechende Modellprojekte initiieren. Das ist übrigens nicht neu; denn das haben wir auch beim Modellprojekt Baumunfälle gemacht. Dort haben wir Gebiete ebenfalls ganz gezielt ausgewählt. Mit den nötigen Änderungen, die dann von der Straßenverkehrsordnung ausgehen, werden wir das Thema „Verkehrbarkeit von Mensch und Verkehr“ im Sinne des Verkehrs, aber vor allen Dingen im Sinne der Menschen, die davon betroffen sind, wieder einen Schritt voranbringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Ich stelle jetzt ganz schnell fest, dass keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt mehr vorliegen und wir damit am Ende der ersten Beratung angekommen sind.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Der Kollege Will hat angeregt, auch den Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz mit diesem Antrag mitberatend zu befassen. Die Federführung liegt beim Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Ich frage, ob das Plenum damit einverstanden ist, dass das gleich festgelegt wird. Sonst kann das der federführende Ausschuss machen. - Dem wird nicht widersprochen. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen, die Ausschussüberweisung so zu beschließen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist mit der ausreichenden Mehrheit beschlossen.

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung angekommen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Bis morgen früh um 9 Uhr!

Schluss der Sitzung: 19.38 Uhr.